

Metropole Bombay, Zukunft der Welt

von SUKETU MEHTA

Am 27. Juli 2004 ging in Bombay die größte Regenmenge nieder, die je registriert wurde: 94 Zentimeter an einem Tag. Der Wolkenbruch brachte die besten und die schlimmsten Seiten der Stadt zum Vorschein. Hunderte Menschen ertranken in den Fluten. Aber im Unterschied zu den Zuständen in New Orleans nach dem Hurrikan »Katrina« brach die öffentliche Ordnung nicht zusammen. Und obwohl die Polizei keine Präsenz zeigte, gab es keinen Anstieg der Kriminalitätsrate. Das lag daran, dass die Menschen alles taten, um sich gegenseitig zu helfen. Slumbewohner liefen zur Stadtautobahn, um den dort liegen gebliebenen Autofahrern zu helfen. Vielen von ihnen wurde Zuflucht in Elendsquartieren angeboten, wo bis zu sieben Erwachsene in einem Raum leben. Freiwillige Helfer wateten durch das hüfthoch stehende Wasser, um die 150.000 Menschen, die in den Bahnhöfen eingeschlossen waren, mit Essen zu versorgen. Die Menschen fassten sich an den Händen und bildeten Ketten, um Ertrinkende aus den Fluten zu retten.

Von der Regierung und ihren Organen war kaum etwas zu sehen, doch das hatte auch niemand anders erwartet. Die Einwohner von Bombay halfen sich gegenseitig, weil sie jede Hoffnung auf Hilfe seitens der Regierung verloren haben. Und genau so wird es im 21. Jahrhundert den meisten Menschen auf der Welt ergehen.

Bombay ist mit den 15 Millionen Menschen, die innerhalb seiner Stadtgrenzen leben, die bevölkerungsreichste Metropole einer Erde, deren Bewohner mehrheitlich in Großstädten leben. Es ist die größte, reichste und am schnellsten wachsende Großstadt Indiens. Hier boomt die Wirtschaft, und zugleich herrscht sozialer Notstand. Bombay ist eine Insel der Hoffnung in einem sehr alten Land. Und weil die in Bollywood produzierten Filme so viele Menschen erreichen, ist Bombay zugleich die Stadt, von der die Massen in ganz Indien träumen. Wenn man die Stadt durchwandert, wird man entdecken, dass alles – ob Sex oder Tod, Handel oder Religion – auf offener Straße oder am Straßenrand stattfindet. Dies ist eine Stadt der Superlative: Hier sind Not und Elend am größten – wie auch die Herzen.

Bombay ist der Inbegriff für eine Gruppe von Megastädten in den Entwicklungs- und Schwellenländern, zu der Städte wie São Paulo, Lagos und Jakarta gehören. In all diesen Ballungsräumen gibt es eine unkontrollierte Zuwanderung vom flachen Lande und gewaltige Infrastrukturprobleme, riesige Slumsiedlungen und einen permanenten sozialen Überlebenskampf – und doch bleiben diese Megastädte für die jungen Menschen ein Fanal der Hoffnung.

Dabei entwickeln sie sich in eine ganz andere Richtung als die Metropolen, die das 20. Jahrhundert geprägt haben, also wie New York, London oder Paris, deren Wachstum inzwischen an seine Grenze gestoßen ist. Die Erste und die Dritte Welt sind nicht mehr auf die beiden entgegengesetzten

Großregionen, auf »den Norden« und »den Süden« unseres Planeten verteilt, sie liegen dicht beieinander, ja sie prallen innerhalb derselben Stadt aufeinander. In Bombay gibt es Menschen, die so reich sind, dass sie ihre Hemden zum Waschen nach Paris schicken. Und umgekehrt liegt die Lebenserwartung eines Bewohners von Harlem niedriger als die ein Bürgers von Bangladesch.

Indien entzieht sich jeder Beschreibung, denn alles, was man über dieses Land sagen kann, ist wahr und falsch zugleich. Gewiss, Indien dürfte schon bald das Land mit der größten Mittelschicht der Welt sein. Aber heute hat das Land noch die größte Unterschicht der Welt. Und dasselbe gilt für Bombay. In dieser Stadt wächst alles im exponentiellen Maßstab: die Call-Centers, die internationale Verbreitung der hier produzierten Filme, die Bedeutung der Börse als Eingangstor zum indischen Finanzmarkt, aber ebenso die Slums, die Anzahl der in absoluter Armut lebenden Menschen, der Verfall der städtischen Infrastruktur.

Als Modell für die Entwicklung von Bombay haben die Stadtplaner ganz offensichtlich Shanghai vor Augen. Und die lokale Regierung hat sich einen von McKinsey vorgelegten Report zu Eigen gemacht, der den Titel »Vision Mumbai« trägt und als Ziel formuliert, Bombay »bis 2013 zu einer Stadt von Weltniveau« zu machen. Der indische Architekt und Städtebauer Charles Correa konstatiert, dass der Report »wenig Visionäres enthält. Die Vorschläge haben eher etwas von Halluzinationen.«

Bombay braucht dringend eine drastische Verbesserung der elementaren kommunalen Leistungen, also des Straßen- und Abwassernetzes, des städtischen Transportwesens, der medizinischen Versorgung, der Sicherheit für die Bürger. Doch die Stadt steht vor einem Widerspruch, den einer der Stadtplaner so beschrieben hat: »Je angenehmer wir die Stadt machen, desto mehr Menschen werden herziehen, um hier zu leben.«

Heute stammt die große Mehrheit der Binnenmigranten aus den verarmten nordindischen Bundesstaaten Uttar Pradesh und Bihar. Die Probleme von Bombay sind also nicht zu lösen, bevor nicht die Probleme von Bihar gelöst sind. Entscheidend ist, dass der Bauer in Bihar auf seinem Acker bleibt. Und das bedeutet: Die kleinen Bauern müssen wieder von der Landwirtschaft leben können. Wenn die Vereinigten Staaten und die Europäische Union ihre verzerrenden Subventionen abschaffen würden, wäre das schon ein großer Schritt, um zum Beispiel die indische Baumwolle gegenüber der US-amerikanischen konkurrenzfähig zu machen. Bombay ist somit auf Gedeih und Verderb von nationalen und internationalen Faktoren abhängig, auf die es keinerlei Einfluss ausüben kann.

Für uns alle, wo immer wir leben, ist es also wichtig, dass den Menschen in Megastädten wie Bombay geholfen

5 Kapitel

Der Aufstieg Asiens

wird. Vor drei Jahren hat die UN anlässlich ihrer Habitat-Konferenz einen Bericht publiziert (»The Challenge of Slums: Global Report on Human Settlements 2003«), der die Prognose enthält, dass bis zum Jahre 2030 60 Prozent der Weltbevölkerung in Großstädten leben und dass 2 Milliarden Menschen in Slums wohnen werden. Der Bericht verweist auf die Gefahr, dass die Unternehmen der Ersten Welt im Zuge eines »Wettlaufs nach unten« ihre Investitionen und Arbeitsplätze ins Ausland, genauer: in die Städte mit den niedrigsten Arbeitskosten verlagern werden. Das bedeutet, dass die Verzweiflung der Slumbewohner in Städten wie Bombay unmittelbare Folgen für das ökonomische Schicksal der Menschen in New York oder Los Angeles oder London oder Berlin haben wird.

Derselbe UN-Bericht enthält auch die Warnung, dass diese Slums zum Nährboden für Extremisten werden können, falls wir keine politischen Rezepte entwickeln, die den kulturellen Unterschieden zwischen älteren und neueren Immigranten gerecht werden. Für London ist es genauso wichtig, Bombay zu verstehen, wie es für Bombay wichtig ist, London zu verstehen. Und sei es nur, weil die nächste Generation der Londoner in Bombay geboren wird. In der Stadt also, die unsere Zukunft ist, ob es uns gefällt oder nicht.

- **Suketu Mehta** ist preisgekrönter indischer Autor. Zuletzt erschien »Maximum City: Bombay Lost and Found«, New York (Knopf) 2004 (dt. »Bombay. Maximum City«, Frankfurt/Main, Suhrkamp, 2006).

Ostasien meldet sich zurück

Die Länder Ost- und Mittelasiens gewinnen die Bedeutung zurück, die sie vor der Industriellen Revolution in Europa hatten. Der Aufstieg Asiens könnte die internationale geopolitische Balance ins Wanken bringen. Deshalb besteht die wichtigste Zukunftsaufgabe darin, diese Entwicklung in friedliche Bahnen zu lenken.

In den letzten Jahrzehnten haben die meisten Länder Asiens einen großen Entwicklungsschub erfahren, der vor allem auf technologischer Modernisierung beruht. Innerhalb weniger Generationen sind Agrarländer zu Industrienationen geworden und vormals unbedeutende Staaten zu entscheidenden Akteuren auf dem Weltmarkt.

Den Anfang hatte Japan gemacht. Auf dessen Spuren sind in Ostasien in weniger als vierzig Jahren weitere »neue Industrieländer« entstanden, die den Über-

gang von vorkapitalistischen Produktionsweisen zu einer kapitalistischen Ökonomie mit mittlerem bis hohem Nationaleinkommen geschafft haben. China und Indien vollzogen die wirtschaftliche Neuorientierung in den 1980er- und 1990er-Jahren. Dabei hat China eine durchschnittliche Wachstumsrate von über 8 Prozent erreicht, sein Bruttoinlandsprodukt (BIP) mehr als versechsfacht und auf der Weltrangliste der Handelsnationen Platz drei erreicht. In die Volksrepublik fließen mehr Ausländische Direktinvestitionen als in jedes andere der so genannten Schwellenländer: 2004 waren es 62 Milliarden Dollar. Im selben Zeitraum verzeichnete Indien eine durchschnittliche Wachstumsrate von 5 Prozent, die 2005 auf 7 Prozent anstieg.

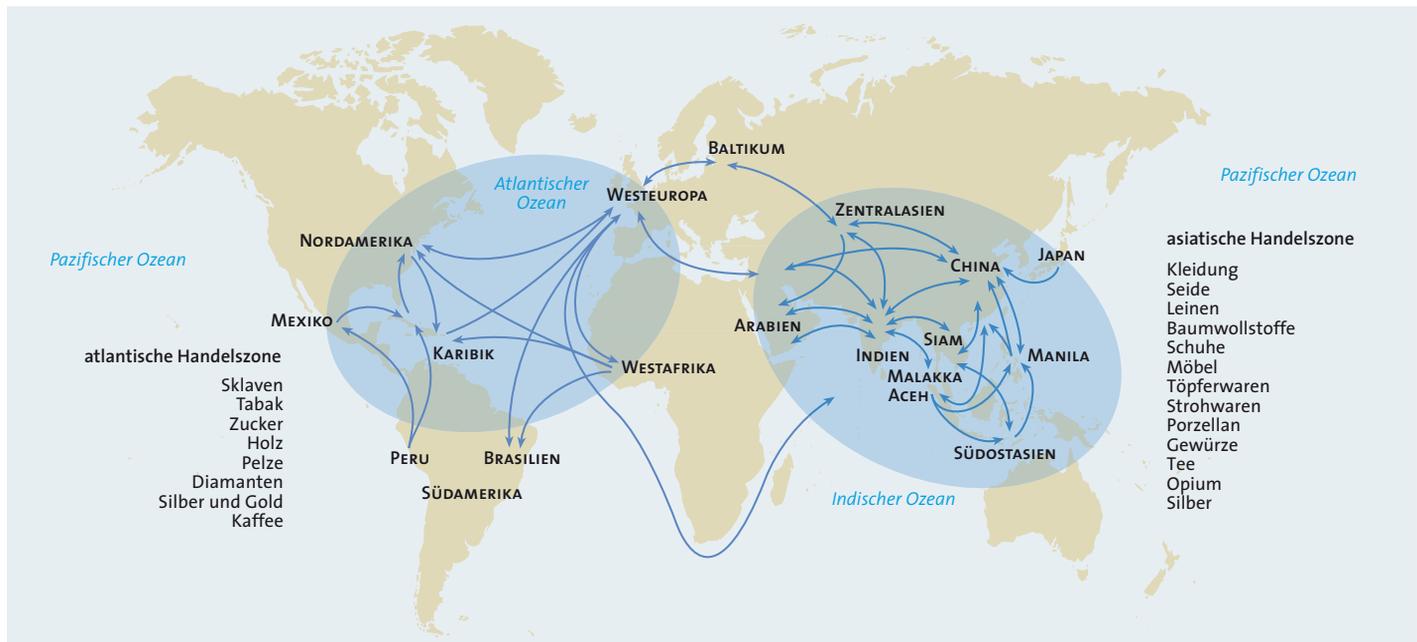
Die dynamische Entwicklung der Region ist nicht einfach die Folge einer Politik der wirtschaftlichen Öffnung und Liberalisierung. Vielmehr haben die einzelnen Staaten jeweils eine spezifische merkantilistische Politik betrieben, die zum Ziel hatte, die Industrialisierung durch Export zu fördern und die allmähliche Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft selbst zu steuern. Dass die meisten Staaten nach der großen Finanzkrise von 1997/1998 weiter auf Wachstum setzten,

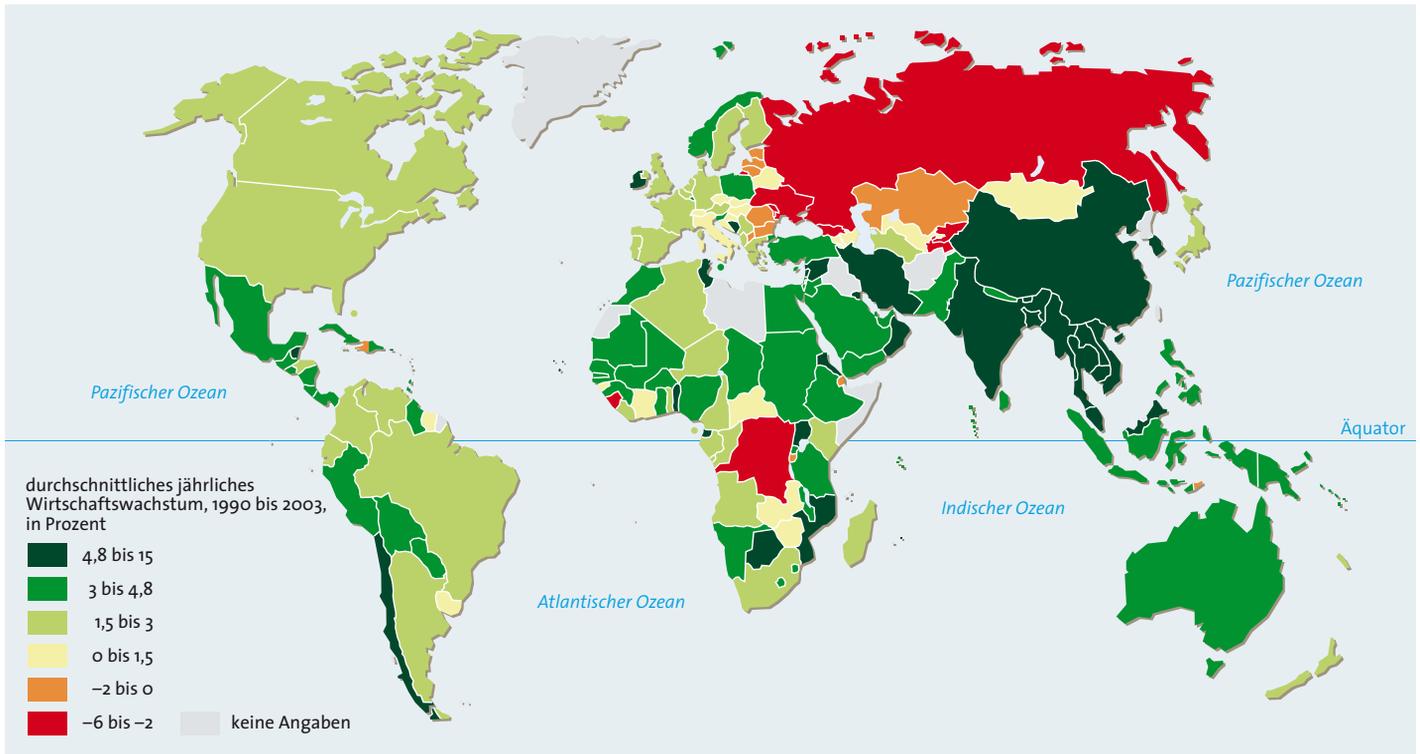
belegt die strukturelle Qualität ihrer Transformation, wobei allerdings die eingeschlagenen Entwicklungsstrategien von Land zu Land erhebliche Unterschiede aufweisen und in allen Ländern beträchtliche soziale und geografische Disparitäten fortbestehen.

Mit diesem grundlegenden Wandel gewinnt Asien innerhalb des globalen Wirtschafts- und Finanzsystems die zentrale Stellung zurück, die der Region vor dem Zeitalter der Kolonisierung und der europäischen Industriellen Revolution zukam. Damals stammte ein Großteil der Manufakturprodukte der Welt aus Asien, schreibt der Wirtschaftshistoriker André Gunder Frank: »China und Indien waren die beiden »zentralen« Regionen der Weltwirtschaft.« Dabei sei Indien durch seine »relativ und absolut hohe Produktivität« im Bereich der Textilerzeugung wettbewerbsfähig gewesen, insbesondere dank der Dominanz auf dem Weltmarkt für Baumwollstoffe.

Der Konkurrenzvorteil Chinas lag laut Frank in seiner noch höheren Produktivität im Bereich der Industrie, der Landwirtschaft, der (Binnen-)Schifffahrt und des Handels. Ähnliches galt auch für kleinere, aber wirtschaftlich erfolgreiche Länder, etwa für Siam (das heutige Thai-

► Vom 16. zum 18. Jahrhundert: die Anfänge der Weltwirtschaft





Die 1990er-Jahre: ein Schlüsseljahrzehnt verändert das Gesicht der Welt ◀

land) und die Region Java und Insulinde (Indonesien).

Der Historiker Paul Bairoch hat berechnet, dass um 1750 auf China 32,8 Prozent der weltweiten Güterproduktion entfielen, auf Europa dagegen nur 23,2 Prozent. Damals lebten in China 207 Millionen Menschen gegenüber 130 Millionen in Europa. 57,3 Prozent der Manufakturzeugnisse der Welt kamen aus Indien oder China. Und wenn man die Länder Südasiens, Persien und das Osmanische Reich dazunimmt, lieferte Asien im weiteren Sinne (allerdings ohne Japan) nahezu 70 Prozent. Vor allem bei Textilerzeugnissen beherrschte Asien den Weltmarkt – genau in dem Bereich also, der in der Folge eine Schlüsselrolle für die Industrielle Revolution in Europa spielen sollte.

Um das Jahr 1750 betrug das Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf (ausgedrückt in Dollar von 1960) in China 228 Dollar, in Europa hingegen nur 150 bis 200 Dollar. Damals leben zwei Drittel der Weltbevölkerung in Asien, das auch 80 Prozent des globalen BNE erzeugte. Fünfzig Jahre später lagen das chinesische und das europäische Bruttonationaleinkommen etwa gleichauf, aber Frankreich und England zusammen erzeugten bereits etwas mehr Manufakturwaren pro Kopf als China.

Während seit Beginn des 19. Jahrhunderts das Zentrum der Weltwirtschaft im Westen liegt, werden im 21. Jahrhundert mehrere Schwerpunkte entstehen. Die Herausbildung einer neuen Balance wird allerdings nicht ohne neue Spannungen abgehen. So heizt zum Beispiel der ständig wachsende Energiebedarf der chinesischen Wirtschaft eine Konkurrenz zwischen China und den USA hinsichtlich der Kontrolle der Rohstoffmärkte an, die potenziell gefährlich ist.

Das gilt vor allem für den Zugang zu fossilen Brennstoffen. Die Internationale Energiebehörde (IEA) schätzt, dass Chinas Erdölimporte bis 2010 auf 8 Millionen Barrel pro Tag steigen werden, bis 2030 sogar auf 10 Millionen. Damit wäre die Importmenge der USA aus dem Jahr 2000 erreicht. Die große globale Zukunftsaufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, dass die skizzierten Entwicklungen friedlich verlaufen.

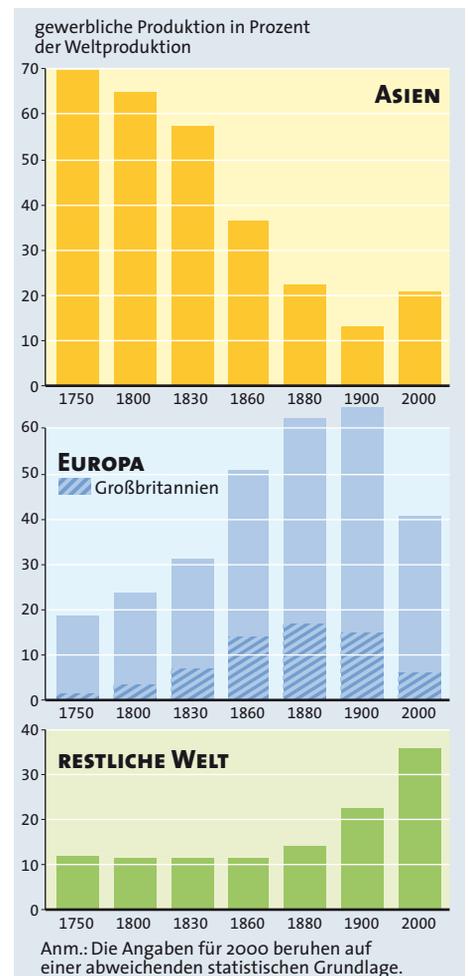
WWW

- Portale**
- de.wikipedia.org/wiki/Portal:Asien
 - coombs.anu.edu.au/WWWVL-AsianStudies.html

- Netzwerke von NGOs**
- www.aprnet.org
 - billie.lib.duke.edu/pubdocs/ngo/asia.asp

- Entwicklungspolitik online**
- www.epo.de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=28&Itemid=70

Kurze Geschichte der Weltmarktanteile ◀



Vom Maoismus zum Marktsozialismus

Die ersten beiden Zwangsmodernisierungen im Nachkriegs-China, der »große Sprung« und die Kulturrevolution, sind gescheitert. Die Reformpolitik unter Mao Tse-tungs Nachfolger Deng Xiaoping war hingegen so erfolgreich, weil sie behutsam begann und das Land nur langsam öffnete. Heute ist die soziale Ungleichheit die wichtigste Ursache für mögliche innere Konflikte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ging Mao Tse-tung aus dem Bürgerkrieg in China als Sieger hervor. Gestützt auf die Landbevölkerung baute Mao ein neues China nach dem Vorbild des Sozialismus in der Sowjetunion auf. Das Privateigentum wurde abgeschafft, die Unternehmen wurden verstaatlicht, die Versorgung mit Konsumgütern wurde rationiert. Die Investitionen erreichten Rekordhöhe und flossen vorzugsweise in die Entwicklung der Schwerindustrie.

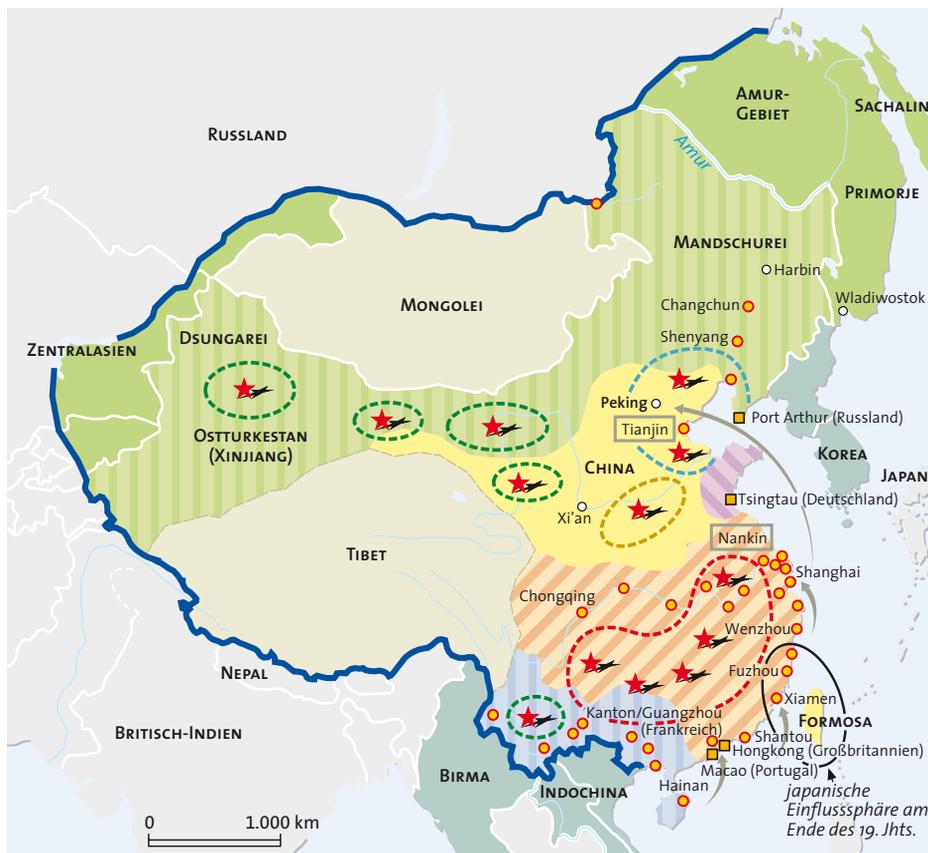
Diese Strategie erwies sich zu Beginn als erfolgreich. Das Land konnte seine Bevölkerung ernähren. Aber die neu gewonnene Stabilität ging mit einem starken demografischen Druck und mit bürokratischer Gängelung einher. Und die Tatsache, dass dieser Typ des »realen Sozialismus« keine Anreize jenseits politischer Parolen kannte, ließ die Produktion stagnieren. China blieb ein armes unterindustrialisiertes Agrarland: Nur 10 Prozent seiner Bewohner lebten in den Städ-

ten, und der Anteil des Landes am Welt-handel lag unter einem Prozent.

Mao Tse-tung unternahm zwei Versuche, die Entwicklung des Landes durch künstliches Anheizen des »Klassenkampfes« zu beschleunigen. Der erste war die Kampagne »Lasst hundert Blumen blühen« von 1957, die im Jahr darauf zum Konzept des »Großen Sprungs« erweitert wurde. Der zweite war die Kulturrevolution von 1966. Das Scheitern des »Großen Sprungs« bezahlte das Volk mit einer Hungersnot (1959–1962), die fast 30 Millionen Menschenleben kostete. Die Kulturrevolution wiederum brachte China an den Rand eines Bürgerkriegs und mündete in der Diktatur des Militärs. Als Mao 1976 starb, war das Wirtschaftswachstum auf Null zurückgegangen.

Unter Maos Nachfolger Deng Xiaoping begannen vorsichtige Reformen. Sie konzentrierten sich von 1978 bis 1984 auf die Landwirtschaft. Man löste die Volkskommunen auf und ging zum bäuerlichen Fa-

► China im 19. Jahrhundert



- Der Niedergang der Qing-(Mandschu-)Dynastie
- Grenze des Kaiserreichs um 1850 █
- Gebietsverluste an Russland Mitte des 19. Jh. █
- Schutzstaaten, gegen Ende des 19. Jh. verloren █
- Autonomiegebiete nach dem Kollaps des Kaiserreichs 1911/12 █
- europäische Einflussphären
- russisch █ deutsch █
- britisch █ französisch █
- Taiping-Aufstand (1850–1863) ★
- Nian-Aufstand (1853–1868) ★
- islamische Aufstände (1855–1873) ★
- Boxeraufstand (1900–1901) ★
- für Ausländer geöffnete Städte
- europäische Kolonien ■
- andere Städte und Handelshäfen, Mitte des 19. Jhts. ●
- Opiumkriege: 1839–42 und 1856–60 →
- Stoßrichtung der britischen und französischen Armeen →
- Orte, in denen »ungleiche Verträge« unterzeichnet wurden
- weiße Linien: Grenzen von heute

milienbetrieb zurück. Finanzielle Anreize führten bei den Staatsbetrieben zu mehr Eigenverantwortlichkeit. Dadurch stiegen das allgemeine Konsumniveau und auch der Lebensstandard der Landbevölkerung.

Von 1984 bis 1989 wurden die autoritären Methoden der Planwirtschaft durch neue Prinzipien abgelöst. Zum einen setzte man auf eine Dezentralisierung der politischen Entscheidungen zugunsten der Regionen, zum anderen auf mehr Marktwirtschaft. Alle diese Maßnahmen führten allerdings zu Inflation, Korruption und Schwarzmarktgeschäften, also zu der Entwicklung, gegen die sich die Demonstrationen auf dem Tienanmen-Platz im Juni 1989 richteten. Nachdem diese niedergeschlagen waren, wurde der Reformprozess bis 1991 auf Eis gelegt.

Die dritte Phase des Strukturwandels vollzog sich in den 1990er-Jahren. Die Staatsbetriebe wurden privatisiert, und der private Sektor wurde ausgeweitet; die Handelsschranken wurden abgebaut und Ausländische Direktinvestitionen ebenso wieder zugelassen wie bestimmte marktwirtschaftliche Mechanismen und Institutionen. Um die Jahrtausendwende lag

der Anteil des staatlichen Sektors bei nur noch 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und bei nahe 30 Prozent der Beschäftigung. Die »Kollektivbetriebe« in den Dörfern und Kleinstädten erwirtschafteten 12 Prozent des BIP und beschäftigten 6 Prozent der Arbeitskräfte. Für Privatbetriebe und Selbstständige lag der entsprechende Anteil bei 27 Prozent des BIP und 15 Prozent der Beschäftigung, für ausländische Kapitalgesellschaften bei 6 Prozent des BIP und 3 Prozent der Beschäftigung.

Trotz all dieser als »liberal« vorgestellten Reformen sind noch viele Bereiche der Volkswirtschaft staatlich geschützt und reguliert. So ist die chinesische Währung nicht frei konvertibel, was China jedoch in der asiatischen Finanzkrise von 1997/98 vor dem großen Einbruch geschützt hat. Auch gibt es für Staatsunternehmen nach wie vor privilegierte Kreditkonditionen, und die eigene Produktion wird durch Schutzzölle abgeschirmt und durch Exportsubventionen gefördert.

Dass China seit Dezember 2001 der Welthandelsorganisation (WTO) angehört, hat allerdings den Druck verstärkt: Die Führung ist nun gehalten, Einfuhr-

zölle zu senken und mehr ausländisches Kapital ins Land zu lassen. Zugleich entwickeln sich in der Konkurrenz um die »Billiglöhne« Ansätze eines ungezügelter Kapitalismus. Unter den Bedingungen einer zweigleisigen, staatlichen/privaten Wirtschaft bei gleichzeitigem Abbau der zentralen Finanzaufsicht haben die sozialen Ungleichheiten und die daraus erwachsenden Spannungen zugenommen. Aber andererseits ist der Lebensstandard der Bevölkerung seit 1978 deutlich gestiegen. Von 1950 bis 1980 erhöhte sich auch die durchschnittliche Lebenserwartung von 40 auf 66 Jahre, und die Kindersterblichkeit sank von 175 auf 40 pro tausend Lebendgeburt. Dennoch: Seit den 1990er-Jahren verschärft sich die soziale Ungleichheit, weil das alte System der sozialen Absicherung überfordert ist.

WWW

Einführend

- de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_China
- de.wikipedia.org/wiki/Maoismus

Portal

- sun.sino.uni-heidelberg.de/igcs

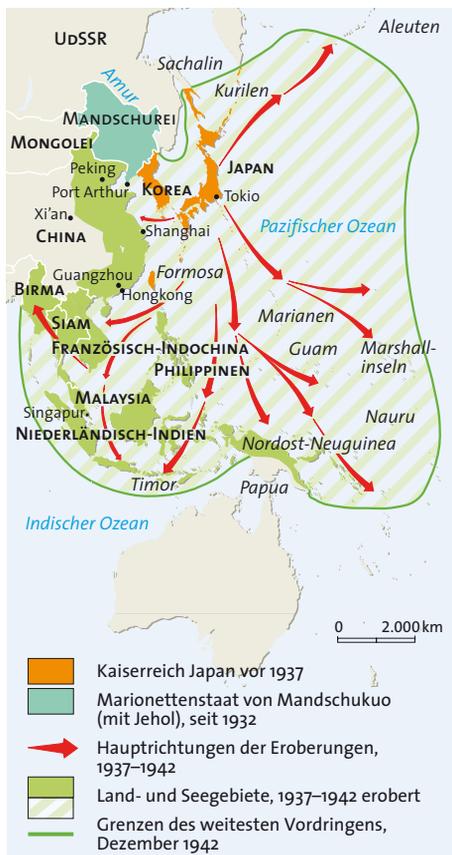
Geschichte

- orpheus.ucsd.edu/chinesehistory

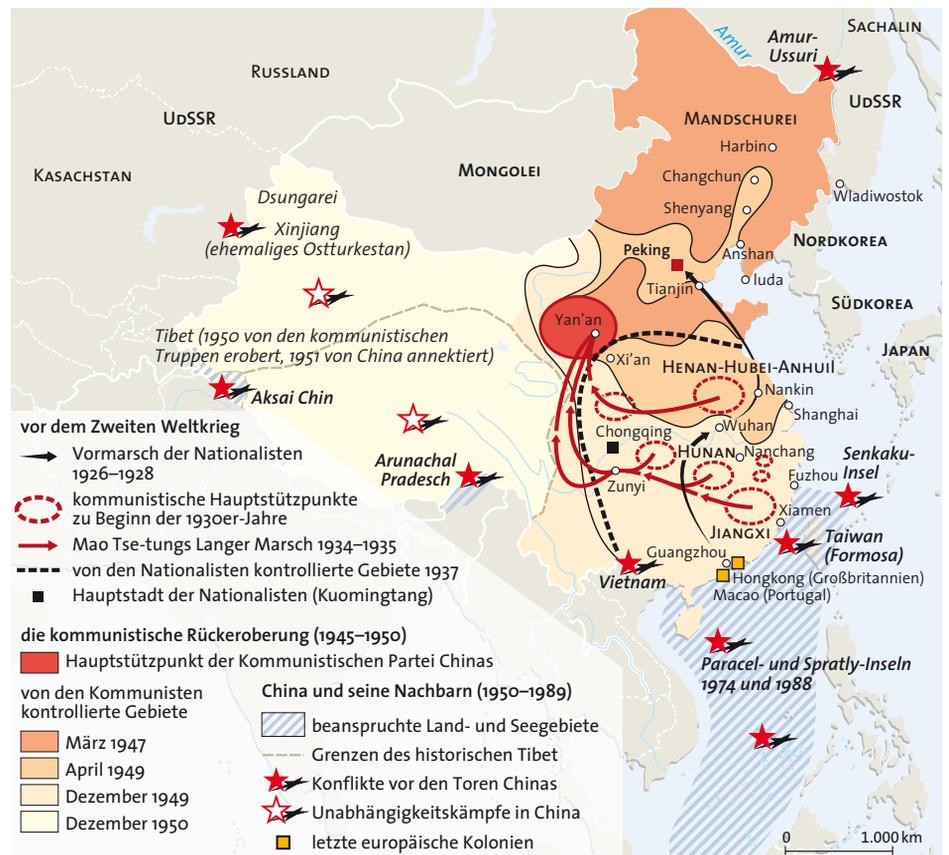
offiziell

- www.china.org.cn/german/index.htm

► Unter japanischer Besatzung



◀ Bürgerkrieg und Expansion nach 1945



China – die Risiken des Booms

China bemüht sich aktiv um ausländisches Kapital, und die internationalen Konzerne lassen sich von der billigen chinesischen Arbeit anlocken. Die Bedeutung des Landes für die Weltwirtschaft steigt ununterbrochen.

Seit Ende der 1980er-Jahre kann China als der beliebteste Produktionsstandort der Welt gelten. Das Land verzeichnet seit 2004 mit jährlich rund 60 Milliarden Dollar den höchsten stetigen Zufluss von Ausländischen Direktinvestitionen (ADI), wenn grenzüberschreitende Fusionen und Unternehmensverlagerungen innerhalb der EU unberücksichtigt bleiben. Die chinesischen ADI-Zahlen gelten zwar wegen der komplizierten Extraabrechnung mit Hongkong als übertrieben, aber dafür werden wiederum nicht alle ausländischen Investitionen erfasst.

Die Wettbewerbsvorteile des alten »Reichs der Mitte« liegen allerdings auf der Hand. Den internationalen Unternehmen bietet China ein gewaltiges Reservoir disziplinierter Arbeitskräfte zu geringen Stundenlöhnen um etwa 0,20 Dollar – und nicht zu vergessen: Es gibt keine unab-

hängigen Gewerkschaften. In den vergangenen zwanzig Jahren haben zahlreiche westliche Konzerne dieses Angebot genutzt und bedeutende Teile ihrer Produktion nach China verlegt.

Auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst seit längerer Zeit stetig um etwa 10 Prozent pro Jahr. Die Regierung kalkuliert allerdings nun einen leichten Rückgang vor allem wegen zunehmender Überkapazitäten ein. Das Wachstum soll 2006 bei immer noch 9,3 und 2007 bei 8,8 Prozent liegen.

Chinas Bruttoinlandsprodukt liegt inzwischen, gemessen am Gesamtvolumen, weltweit auf dem vierten Rang und wird nur noch von den USA, Japan und Deutschland (siehe Seite 156) übertroffen. Wird nicht nach dem Wechselkurs, sondern nach Kaufkraft verglichen, liegt China bereits auf dem zweiten Platz. Außerdem ist China inzwischen die drittgrößte Handelsnation der Welt.

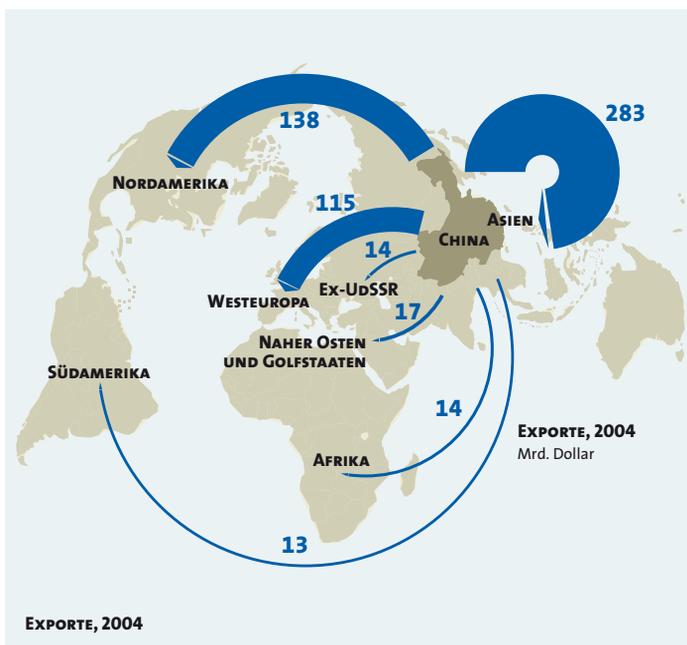
Natürlich sieht die chinesische Führung darin einen Erfolg ihres Wirtschaftsmodells. Dieser hängt allerdings stark vom Außenhandel ab. Ein weiterer Garant des Erfolgs war der starke Zustrom von Anlagekapital: Die Käufe von Aktien und anderen Wertpapieren stiegen im Jahr 2005 auf mehr als 700 Milliarden Dollar. Pro-

blematische Folgen der rasanten Wirtschaftsentwicklung sind unter anderem der wachsende Energiebedarf (siehe Seite 164), die zunehmende soziale Ungleichheit (siehe Seite 162) und verschärfte internationale Spannungen (siehe Seite 166).

Die chinesische Regierung weiß, wie wichtig das soziale Gleichgewicht zwischen den Städten und den ländlichen Gebieten ist. Dieses Problem stand im Mittelpunkt der Debatten beim Kongress der Kommunistischen Partei, an dem 2005 rund 500 Delegierte und Regierungsmitglieder teilnahmen. Nach offiziellen Angaben belief sich 2004 das durchschnittliche Jahreseinkommen in den Städten auf 9.422 Yuan (1.140 Dollar) und wuchs um 7,7 Prozent, in den ländlichen Gebieten dagegen nur auf 2.936 Yuan (355 Dollar), bei einem Zuwachs von 6,8 Prozent. Noch nicht erfasst sind dabei die Wanderarbeiter, die von einer Provinz zur andern ziehen, um als Tagelöhner ein paar Yuan zu verdienen.

Die zunehmende soziale Ungleichheit führt zu inneren Konflikten – von der »harmonischen Gesellschaft«, die Präsident Hu Jintao immer wieder beschwört, ist man weit entfernt. Nach Ansicht einiger ausländischer Beobachter befindet sich China in einer weit schlimmeren so-

► Ein- und Ausfuhr: Der größte Markt ist Asien



zialen und politischen Krise als 1989. Damals bestand die Antwort des Regimes auf die Demokratieforderungen vieler junger Chinesen in brutalen Unterdrückungsmaßnahmen wie dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens.

Chinas Exportüberschuss hat bereits etliche Konflikte ausgelöst. Peking muss fürchten, dass seine westlichen Partner auf offene und verdeckte protektionistische Maßnahmen zurückgreifen werden. Außerdem fordert der Westen immer dringender die Aufwertung des Yuan. 2005 betrug Chinas Handelsüberschuss 100 Milliarden Dollar gegenüber den unproblematischen 20 bis 30 Milliarden Dollar in den Jahren 1998 bis 2004. Der Grund für den Exportschub: Die Ausfuhren wuchsen um 30 Prozent, die Einfuhren dagegen nur um 18 Prozent.

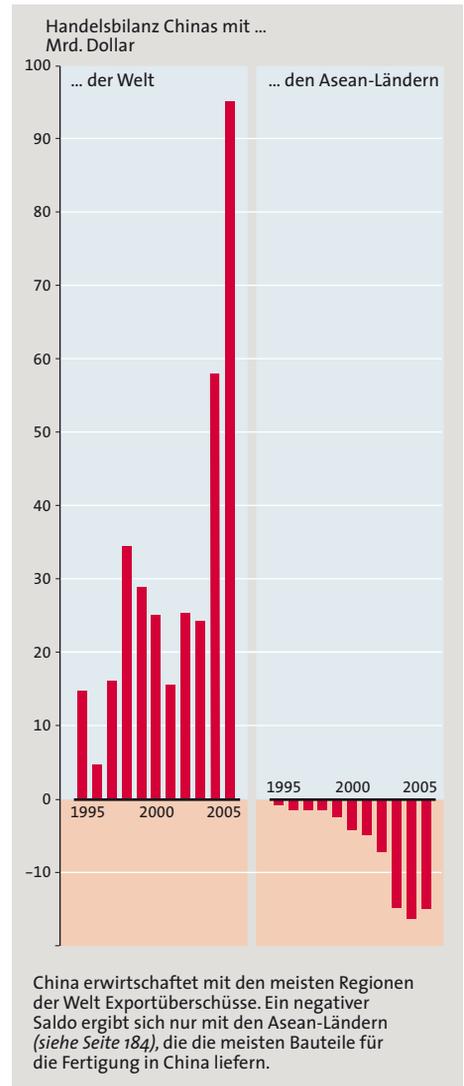
Gegen Chinas Exportoffensive scheint kein Kraut gewachsen. Weder die Einfuhrbeschränkungen der EU und der USA für chinesische Textilien, noch die geringfügige Abwertung des Yuan im Juli 2005 haben diesen Trend gestoppt. Ohne Auswirkungen blieb auch, dass der Wert des Yuan nicht mehr nur gegen den Dollar errechnet wird, sondern gegen einen Währungskorb, der auch den Euro enthält. Inzwischen fordern EU und USA eine realistische Aufwertung der chinesischen Währung oder sogar die Freigabe des Wechselkurses.

Die internationale Aufmerksamkeit konzentriert sich auf die Rivalität zwi-

schen Peking und Washington im Energiebereich und die Rolle, die Japan dabei spielt. Doch die UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz (Unctad) macht in ihrem World Investment Report 2005 auf eine noch gravierendere Entwicklung aufmerksam: Internationale Unternehmen verlagern nicht nur immer mehr Produktionsbereiche nach China, sondern auch immer mehr Abteilungen für Forschung und Entwicklung (Research and Development, R & D). Innerhalb von zehn Jahren waren es rund 700 R & D-Zentren ausländischer Unternehmen. Aus einer Unctad-Umfrage bei multinationalen Unternehmen geht hervor, dass 69 Prozent dieser Firmen bereit sind, in Zukunft noch mehr Geld in ausgelagerte R & D-Einrichtungen zu investieren. Die EU wie die USA betrachten diese Entwicklung mit Sorge – und bereiten neue Gesetze vor, die ihre »strategisch wichtigen« Wirtschaftsbereiche schützen und den Technologietransfer nach China eindämmen sollen.

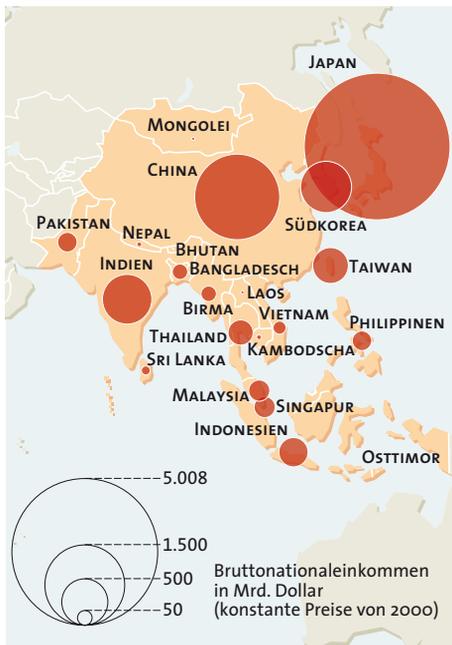
WWW

- offiziell**
- de.ce.cn/home
 - www.stats.gov.cn/english/index.htm
 - www.drcnet.com.cn/Drcnet.channel.web/english/index.aspx
- für Unternehmer**
- www.chinaeconomicreview.com
- über die Bevölkerung**
- hdr.undp.org/reports/detail_reports.cfm?view=902



Außenhandel mit regionalem Defizit ◀

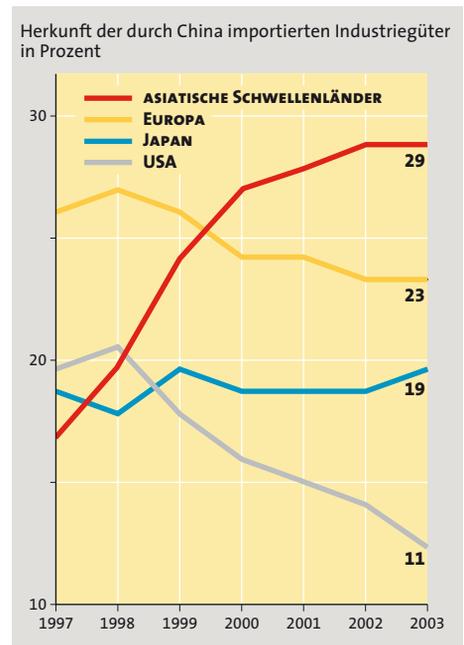
▶ Absolute Wirtschaftsleistung (2004)



▶ Absolute Investorenliebe (2004)



▶ Pekings Lieferanten ◀



Rebellion in Stadt und Land

China wird von heftigen sozialen Protesten erschüttert, doch über die häufigen und nicht immer friedlichen Demonstrationen wird im Ausland nur selten berichtet. Die tiefen Umbrüche bringen zahlreiche Gruppen dazu, sich für ihre Interessen stark zu machen und für neue soziale Rechte zu streiten. Das Regime hat es bislang geschafft, diese Bewegungen zu kanalisieren.

Gut ein Drittel der chinesischen Bevölkerung lebt heute in den großen Städten, wo die rasante Urbanisierung zu sozialen Konflikten vielfacher Art geführt hat. Die Proteste gehen vor allem von den Bauern, den Arbeitslosen und den Rentnern aus, die nicht genug zum Leben haben, aber auch von anderen verarmten Bevölkerungsgruppen. Sie alle sind vom Zusammenbruch eines Systems betroffen, das früher nicht nur einen lebenslangen Arbeitsplatz, sondern auch eine umfassende soziale Absicherung garantierte. Sie fordern die Erfüllung ausstehender Sozialleistungen und protestieren gegen die schwindenden Chancen auf Wieder-



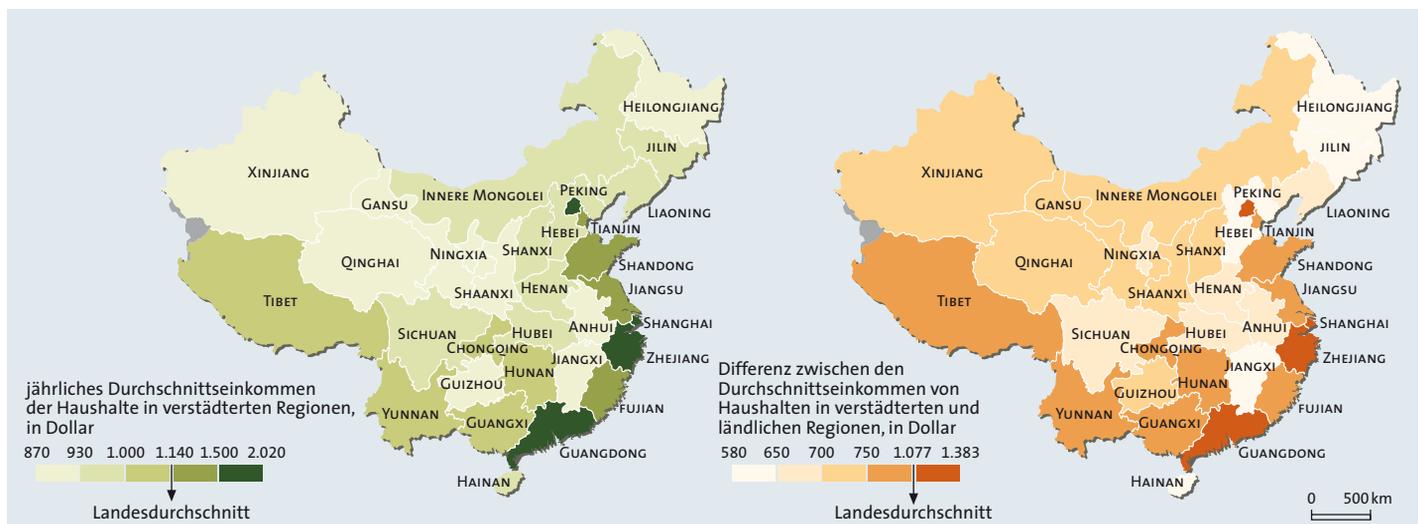
Ausländer bevorzugen die Ostküste ◀

eingliederung in den Arbeitsprozess. Ihre Kundgebungen veranstalten sie vor den städtischen Gebäuden, um die verantwortlichen Beamten zu zwingen, sie zu empfangen, wobei sie häufig auch die Straßen im Stadtzentrum blockieren. Doch gewaltsame Übergriffe auf Amtspersonen oder Unternehmensleiter sind die Ausnahme, weshalb sich die Repression der Staatsgewalt auch in Grenzen hält. Im schlimmsten Fall werden die Anführer verhaftet und vor Gericht gestellt. Die entscheidende Frage bleibt allerdings, ob der Staat die Mittel bereitstellt, um eine neue Form »sozialer Sicherung« zu finanzieren und den Deklassierten das Überleben zu sichern.

Konfliktträchtig ist auch die Urbanisierungspolitik als solche. In den engen Gassen Pekings kommt es immer wieder zu

Demonstrationen von »Ausquartieren«, die sich nicht so sehr gegen den Abriss ihrer Behausung empören als vielmehr gegen die geringe Entschädigung, die man ihnen anbietet, gegen die Methoden der lokalen Baulöwen und gegen die Missachtung geltender Vorschriften durch die Verwaltung. Auch die Wanderarbeiter haben begonnen, gegen ihre Lebensbedingungen zu protestieren. Mit Eingaben an die Behörden und gerichtlichen Klagen versuchen sie, etwas gegen ihren rechtlosen Status zu unternehmen. Bislang arbeiten sie zumeist ohne Vertrag und Sozialversicherung, weshalb ihnen die Unternehmer nach Belieben ihre Löhne vorenthalten können. Außerdem protestieren sie dagegen, dass es kaum Schulen für ihre Kinder und keinen angemessenen Wohnraum gibt.

► In den reichsten Provinzen ist die Ungleichheit am größten



Doch auch dabei handelt es sich weniger um eine Konfrontation zwischen »Herrschenden« und »Beherrschten« als vielmehr um das Problem, wie sich solche sozialen Ansprüche und die Bemühungen der Führungsschicht um soziale Stabilität auf einen Nenner bringen lassen. So werden etwa die Klagen gegen rücksichtslose Unternehmer von der Regierung in Peking durchaus ermutigt, und einige Leute in der Regierung unterstützen auch öffentlich den Kampf der Wanderarbeiter.

Die Protestbewegungen der Bauern richten sich vor allem gegen die überhöhte Besteuerung durch örtliche Behörden und die Enteignung von Grund und Boden ohne angemessene Entschädigung. Auf dem Land sind die lokalen Machthaber bei der Unterdrückung von Protesten weniger zimperlich als die städtischen Autoritäten. Und in Peking gibt es Leute, die mit diesen unzufriedenen Bauern durchaus sympathisieren. Sie kritisieren die örtlichen Kader als ungebildet und übermäßig korrupt und sehen es ohnehin nicht gern, wenn diese sich der Aufsicht Pekings entziehen wollen. Auch geraten die Behörden durch die vielfältigen Formen des Protests oft in eine schwierige Situation: Es gibt nicht nur Demonstrationen, Petitionen und Zusammenstöße, zuweilen wählen die Bauern auch Regimegegner in die Gemeinderäte, oder sie wenden sich an die Presse bzw. an ihre Fürsprecher innerhalb des Staatsapparats.

Paradoxerweise könnten gerade diese kritischen Verhältnisse auf dem flachen Lande einen »politischen Wandel« am ehesten begünstigen, denn Peking for-



Arbeit nach Sektoren, 2004 ◀

dert offiziell eine bessere »Regierungsausübung«. Die oppositionelle Bewegung und die mehr oder weniger freien Wahlen haben inzwischen eine neue lokale Elite hervorgebracht, zu der »aufgeklärte« Parteikader, neue Unternehmer, Mitglieder der einflussreichen Familien und örtliche Würdenträger gehören. Sie könnten sich als Katalysator einer Art konservativer Demokratisierung erweisen.

Alles in allem sorgen die vielfältigen Protestformen dafür, dass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung Ausdruck

finden kann, zugleich aber auf Fragen begrenzt bleibt, die gesellschaftlich zu bewältigen sind. Genaue Angaben über die sozialen Konflikte sind schwer zu ermitteln, denn von Transparenz kann nur begrenzt die Rede sein. Überraschend ist jedoch, dass sich allmählich ein Raum für ziviles Aufbegehren herausbildet, der vom Staat legitimiert wird.

Die Führung testet neue Formen der Konfliktregelung, ohne dass diese die alte Politik der gnadenlosen Unterdrückung vollständig ersetzen würden. Es bleibt die Frage, welche institutionelle Form dieser Wandel am Ende findet. So lange das Recht auf Gründung von Berufsverbänden und freien Gewerkschaften nicht existiert, verfügen die Arbeiter über keine eigenen »Vertretungen« und müssen sich zwangsläufig auf eine Fraktion des politischen Apparats stützen.

WWW

Menschenrechte

- web.amnesty.org/report2005/chn-summary-eng
- hrw.org/doc/?t=asia&c=china

Arbeit und Soziales

- www.chinalaborwatch.org/
- www.labournet.de/internationales/cn/arbeit.html
- www.clb.org.hk/public/main

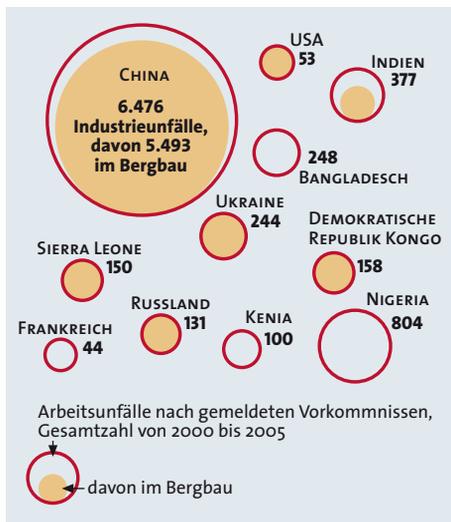
Radio Free Asia

- www.rfa.org/english/china/

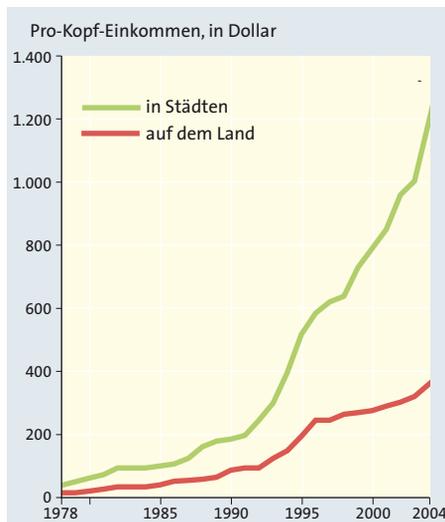
Blog und Portal

- www.chinesische-welt.de/

► **Tödliche Arbeit unter Tage**



► **Die Armut bleibt auf dem Land**



Umweltzerstörung auf Chinesisch

Chinas rasantes Wirtschaftswachstum führt zu gewaltigen Umweltschäden, die die Lebensqualität der Chinesen in den Städten wie auf dem Lande stark beeinträchtigen. Inzwischen hat auch auf Regierungsebene die Diskussion über die ökologischen Probleme begonnen.

In China lebt fast ein Viertel der Weltbevölkerung. Entsprechend kolossal ist die Ausbeutung und Belastung seiner natürlichen Ressourcen. Das gilt vor allem für den Osten des Landes, wo zwei Drittel seiner Einwohner leben. Hier hat sich die ganze Geografie in nur wenigen Jahrzehnten drastisch verändert.

Die tief greifenden ökologischen Veränderungen sind inzwischen nicht mehr zu übersehen. Der Gelbe Fluss (Huang Ho), einer der größten Ströme der Welt, an dessen Ufern die Kultur Nordchinas ihren Ursprung hat, war zum Beispiel im Jahr 1997 an seiner Mündung ausgetrocknet, weil schon an seinem Oberlauf zu viel Wasser für landwirtschaftliche Zwecke abgezapft worden war. Und 2003 sank sein Pegel auf den niedrigsten Stand seit einem halben Jahrhundert. 60 der 560 großen und kleineren Flüsse Chinas drohen zu versiegen oder sind bereits ausgetrocknet. Um den Wassermangel in den Nordprovinzen und in Peking (Beijing) zu beheben, wurde ein pharaonisches Projekt in Angriff genommen. Ein mehr als 1.600 Kilometer langer Süd-Nord-Kanal wird einmal Wasser aus dem Jangtse in den Gelben Fluss einspeisen.

Im Norden Chinas fällt die Wüste aus dem Himmel: Die Trockenheit führt immer häufiger zu Sandstürmen, die immer schwerere Schäden verursachen. Fast die Hälfte des Territoriums leidet bereits unter der Bodenerosion. Damit rückt auch die Wüste immer weiter nach Osten vor und frisst jedes Jahr 2.500 Quadratkilometer Nutzfläche auf. Heute sind die ersten Sanddünen schon 70 Kilometer vor Peking angelangt.

Der Temperaturanstieg – um 1,5 Grad seit 1950 – lässt die Himalajagletscher ab-

schmelzen, die den Gelben Fluss speisen. So hat der Halonggletscher innerhalb von dreißig Jahren 17 Prozent seiner Masse verloren. Am Unterlauf des Gelben Flusses beeinträchtigt die Bodenerosion die landwirtschaftlichen Erträge, und überall in China sind die Bauern vom Absinken des Grundwasserspiegels betroffen.

Dem Norden droht also die Dürre, dem Süden dagegen die Sintflut. Die Überschwemmungen von 1998, die entlang dem Jangtse 4.000 Menschenleben forderten und 18 Millionen Menschen obdachlos machten, hatten ihre Ursache darin, dass an den Flussufern 85 Prozent des Baumbestands abgeholzt wurden. Die Regierung verbot nach dieser Katastrophe jeden weiteren Holzeinschlag. Seitdem geht die Entwaldung der Bergregionen langsamer voran, aber die chinesische Industrie musste Holz importieren, um ihren wachsenden Bedarf zu decken. Die Überschwemmungen in China heizten also den Raubbau an den Wäldern in Russland und Südostasien an, aus denen ein Großteil der illegalen Holzimporte stammt.

China ist nicht nur der größte Kunstdüngerkonsument der Welt, es ist auch der weltweit fünftgrößte Erzeuger von genmanipulierten Agrarprodukten. Auf 3,7 Millionen Hektar werden transgenes Soja und Baumwolle angebaut. Trotz der Industrialisierung seiner Landwirtschaft kann China die steigende Nachfrage nicht decken. Und wenn die wohlhabenden Schichten in China die heutigen US-amerikanischen Konsumgewohnheiten übernommen hätten, würde das Land bereits 67 Prozent der weltweiten Getreide- und 76 Prozent der Fleischproduktion beanspruchen.

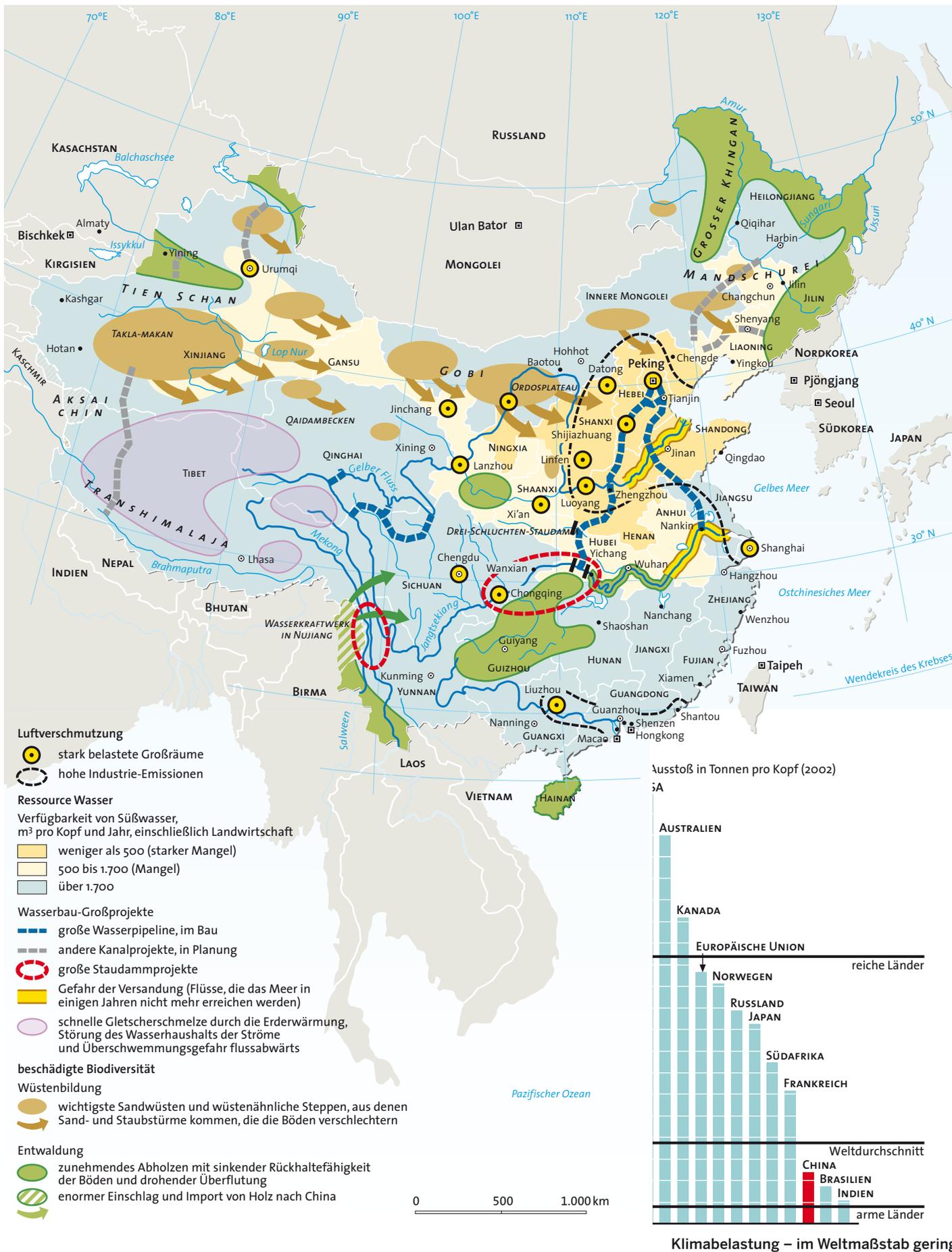
Auch der Energiebedarf Chinas wächst ins Gigantische. Das Land hat heute bereits die zweitgrößte Wasserkraftwerkskapazität der Welt. Am Jangtse ist mit dem Bau des »Drei-Schluchten-Staudamms« der größte Stausee der Welt entstanden, der mit seiner Wasserfläche von 58.000 Quadratkilometer größer ist als die Schweiz. Dieses Projekt hat nicht nur die Umsiedlung von 1,2 Millionen Menschen erzwungen, es gefährdet auch die einmalige ökologische Vielfalt dieser Region und bedroht Tierarten wie zum Beispiel den Jangtse-Delfin, der nur in diesem Fluss vorkommt.

In China wurden 2004 2,5 Millionen private Kraftfahrzeuge produziert. Wenn dieser Trend weitergeht, wird das Land rasch zum weltweit größten Erzeuger von Treibhausgasen aufsteigen und die Preise für Erdöl und natürliche Rohstoffe weiter in die Höhe treiben. Bereits heute verbraucht China mehr als 40 Prozent der Weltkohleproduktion, bei Stahl und Nickel sind es 25 Prozent und bei Aluminium 19 Prozent. Auf der Weltrangliste der Erdölkonsumenten hat China bereits Platz zwei (hinter den USA) erreicht und Japan hinter sich gelassen. Kein Land der Welt baut mehr Autobahnen. Derzeit kommen jährlich 5.000 Kilometer hinzu, womit das Schnellstraßennetz bis 2010 auf 70.000 Kilometer ausgebaut sein wird.

Ein Bericht der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften von 2004 kam zu dem Ergebnis, dass bei einer ungebremsten Fortsetzung dieser Entwicklung die sozialen Folgen und Umweltbelastungen so gravierend ausfallen würden, dass die Wachstumsrate um 2 Prozent reduziert würde. Für 2005 kalkulierten Beamte der Zentralregierung, dass die Umweltkosten bei 10 Prozent des Bruttonationaleinkommens liegen – ebenso hoch wie das Wirtschaftswachstum. Aber in Peking scheint die Beschäftigung mit den ökologischen Problemen zuzunehmen. Premierminister Wen Jiabao hat sich sogar zur »ressourcenfreundlichen Gesellschaft« bekannt. Greenpeace sieht China in zehn Jahren als größten Wind- und Solarenergieproduzenten der Welt. Und selbst Ökosteuern auf Benzin, Abwasser und Emissionen scheinen nicht mehr undenkbar.

WWW

- Worldwatch/China Watch**
- www.worldwatch.org/taxonomy/term/53
- Greenpeace**
- www.yellowriversource.org
- Drei-Schluchten-Staudamm**
- de.wikipedia.org/wiki/Drei_Schluchten_Staudamm
- Desertifikation**
- de.wikipedia.org/wiki/Chinas_Gr%C3%BCne_Mauer_offiziell
- www.cenews.com.cn
- www.zhb.gov.cn/english
- Geografie und Umwelt**
- www.hphein.de/index.htm



Die Welt aus der Sicht Pekings

In seinem Bestreben, als Großmacht anerkannt zu werden, setzt China auf seine wachsende Bedeutung für die Weltwirtschaft. Zugleich sucht die chinesische Diplomatie neue Bündnisse auch in der Region – vor allem um für eine künftige Konfrontation mit den Vereinigten Staaten gewappnet zu sein.

China möchte wieder eine starke Rolle auf der internationalen Bühne spielen. Dank seinem Wirtschaftswachstum und seiner aktiven multilateralen Diplomatie stehen die Chancen gut, doch die Führung in Peking muss darauf achten, den sozialen Frieden im Inneren nicht zu gefährden. National wie international setzt sie auf pragmatische Lösungen. Ein starker Staat soll allerdings Garant der Entwicklung bleiben, denn die Erniedrigung durch die Invasionen westlicher Mächte im 19. und die japanische Besetzung im 20. Jahrhundert bleibt unvergessen. Aber auch der Zusammenbruch der Sowjetunion ist der chinesischen Führung eine Lehre.

Um alle Befürchtungen bezüglich des jüngsten Machtzuwachses zu zerstreuen, hat Peking die Losung vom »friedlichen Aufstieg« ausgegeben. Der erste Beleg für diese chinesische Variante der Versöhnung mit der bestehenden Ordnung war 2001 der Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO). China sucht keine grundsätzlichen Konflikte, sondern hofft auf eine multipolare Weltordnung, die neue Allianzen und Formen des Ausgleichs ermöglicht. Es geht darum, die eigenen Interessen in der internationalen Politik zu wahren und vor allem eine Konfrontation mit den USA zu vermeiden – die allerdings manche Beobachter als unvermeidlich ansehen. In Peking gilt die führende Weltmacht USA als wichtigster Partner. Andererseits ist die Regierung überzeugt, dass Washington finstere Pläne zur Eindämmung und Einkreisung, also zur Isolierung Chinas verfolgt.

Frieden und Unabhängigkeit gelten daher als die wichtigsten Ziele der chinesischen Außenpolitik, die auf den »Prinzipien der friedlichen Koexistenz« beruht.

Zu diesen gehören die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und die Pflege freundschaftlicher Beziehungen, aber auch die Opposition gegen jedes Hegemonialstreben. Die Atommacht China hat nicht nur 1996 ihre Atomversuche ausgesetzt und den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert, sondern auch zahlreiche Abkommen zur Rüstungskontrolle unterzeichnet. Außerdem ist China in verschiedenen regionalen Organisationen vertreten, etwa der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (Apec, 1991) oder dem Asean+3-Forum (2000), einem Verbund der Asean mit China, Japan und Südkorea.

2004 schloss Peking mit den Asean-Ländern ein diplomatisch wichtiges Abkommen, das die Einrichtung einer Freihandelszone bis 2010 vorsieht. Seit 2000 besteht das Asien-Forum von Boao, benannt nach seinem Tagungsort, einer Stadt in der südchinesischen Provinz Hainan. Zu dieser Konferenz, konzipiert wie das Weltwirtschaftsforum in Davos, entsenden 26 Staaten ihre Vertreter.

Die Taiwanfrage bleibt ein Unsicherheitsfaktor in der Region und belastet die chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Peking fordert die Wiedereingliederung der Insel ins Staatsgebiet Festlandchinas – nach der Formel »Ein China, zwei Systeme« – und hat dieses Ziel im März 2005 durch ein Antisepessionsgesetz bekräftigt. Zugleich verstärkten die USA und Japan ihre militärische Zusammenarbeit. In einer Neufassung ihres bilateralen Sicherheitsabkommens vom Februar 2005 steht nun auch Taiwan auf der Liste »gemeinsamer strategischer Interessen«. Diese Entscheidung hat angesichts der Rivalität Chinas und Japans um die Vorherrschaft in der Region unvermeidlich zu neuen Spannungen geführt.

Nach dem militärischen Eingreifen der USA in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) verstärkte die chinesische Diplomatie ihre Bemühungen um neue politische Bündnisse und um die multilaterale Absicherung der Energieversorgung. Bei der Ausrichtung der Sechsergespräche über Nordkoreas Atomprogramm (China, Russland, Japan, USA, Nord- und Südkorea) hat sich China positiv profiliert. Auch zur Europäischen Union pflegt Peking gute Beziehungen.

Das chinesische Vertrauen in Europa als verlässlichen Partner und Gegengewicht zur US-amerikanischen Hegemonie wurde allerdings erschüttert, als die EU dem Druck Washingtons nachgab und den Beschluss der Aufhebung ihres (nach der Repressionswelle von 1989 verhängten) Waffenembargos gegen China vertagte.

China hat neue Kontakte zu Brasilien und Indien geknüpft und plant, seinen Handelsaustausch mit der arabischen Welt bis 2010 zu verdreifachen. Sehr aktiv ist die chinesische Diplomatie in ganz Afrika und Lateinamerika: Von dort bezieht man Rohstoffe, dort findet man einen Absatzmarkt für die eigenen Industrieprodukte. Darüber hinaus hat sich die Shanghai Cooperation Association (SCO), ein Forum, in dem neben China und Russland auch Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisien und Usbekistan vertreten sind, zu einer »strategischen Partnerschaft« mit Russland entwickelt. Dass Washington sich in der öl- und gasreichen zentralasiatischen Region wieder stärker engagiert, bedeutet eine Herausforderung für Peking. Erste Erfolge der chinesischen Außenpolitik sind hier bereits zu verzeichnen. Im Juli 2005 forderte die SCO die Auflösung der US-Militärstützpunkte in der Region. Im Juli 2006 wurde ein erstes Manöver aller sechs Staaten angekündigt, nachdem bereits gemeinsame Übungen einzelner SCO-Mitgliedstaaten stattfanden. Eine »ostasiatische Nato« sei allerdings nicht geplant, und die militärische Kooperation sei »nicht gegen dritte Parteien gerichtet«. Diese Erklärung sollte die USA beruhigen, denen allerdings eine andere Entscheidung noch wichtiger sein dürfte: Irans Bestrebungen scheiterten, vom Beobachter zum Vollmitglied der SCO aufzurücken.

WWW

offiziell

- www.fmprc.gov.cn/eng/default.htm
- www.bjrundschau.com
- english.peopledaily.com.cn
- www.chinaview.cn

Konflikte

- de.wikipedia.org/wiki/Taiwan-Konflikt
- de.wikipedia.org/wiki/Volksrepublik_China#Territoriale_Anspruiche

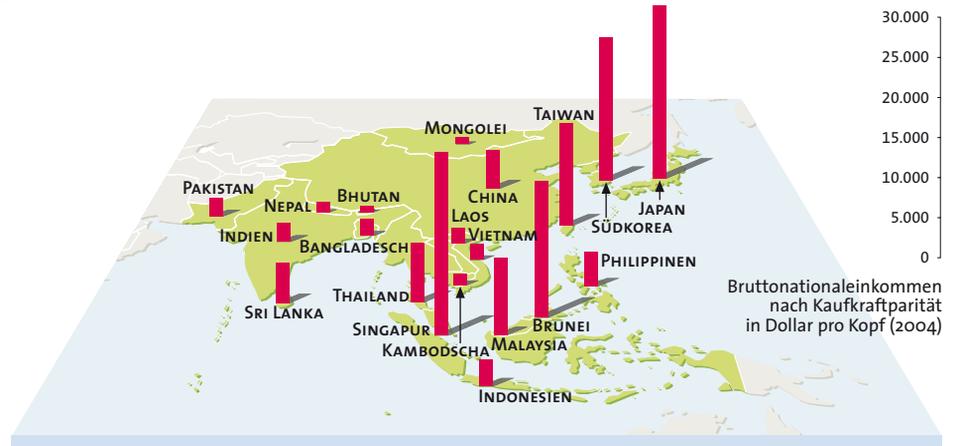


► Einflussphären in der Region

Die Welt aus der Sicht Neu-Delhis

Die indische Regierung sucht bessere Beziehungen zu China und Südostasien. Auch der Kontakt zu Russland wird intensiver. Doch der wichtigste Partner Neu-Delhis sind die USA – sie sollen Indien den Weg zur Großmacht ebnen.

Die indische Außenpolitik bemüht sich sowohl um ein Gleichgewicht der Beziehungen zu den wichtigsten Machtzentren der Welt als auch um einen Ausgleich mit seinen unmittelbaren Nachbarn. Angesichts dessen ist die Annäherung an Washington geradezu spektakulär. Nach den Atomtests von 1998 hatte es noch eine kurze Spannungsphase gegeben, weil die USA Sanktionen verhängt hatten. Doch schon 2001 haben Indien und die USA eine strategische Partnerschaft geschlossen. Die verbleibenden Unstimmigkeiten, besonders in Hinblick auf das indische Nuklear- und Weltraumprogramm, wurden Anfang 2006 durch die Vereinbarung überwunden, die seit 1974 bestehenden Lieferbeschränkungen für zivile Atomtechnologie zu beenden. Und dies, obwohl Indien den Atomwaffensperrvertrag immer noch nicht unterschrieben hat. Im Gegenzug verpflichtete sich Neu-Delhi, seine zivilen Anlagen den Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zu unterstellen, nachdem es diese aus dem militärischen Nuklearkomplex herausgelöst hatte.



Wie arm Indien und China tatsächlich noch sind ◀

Dieser Kurswechsel sorgt für Unruhe im Land. So wird es als Verlust einer unabhängigen Außenpolitik moniert, dass Indien im Rahmen der IAEA auf Druck der USA gegen den Iran und sein Atomprogramm stimmte, obwohl Neu-Delhi mit Teheran über ein Gasleitungsprojekt verhandelt, das für Indien von vitalem Interesse ist.

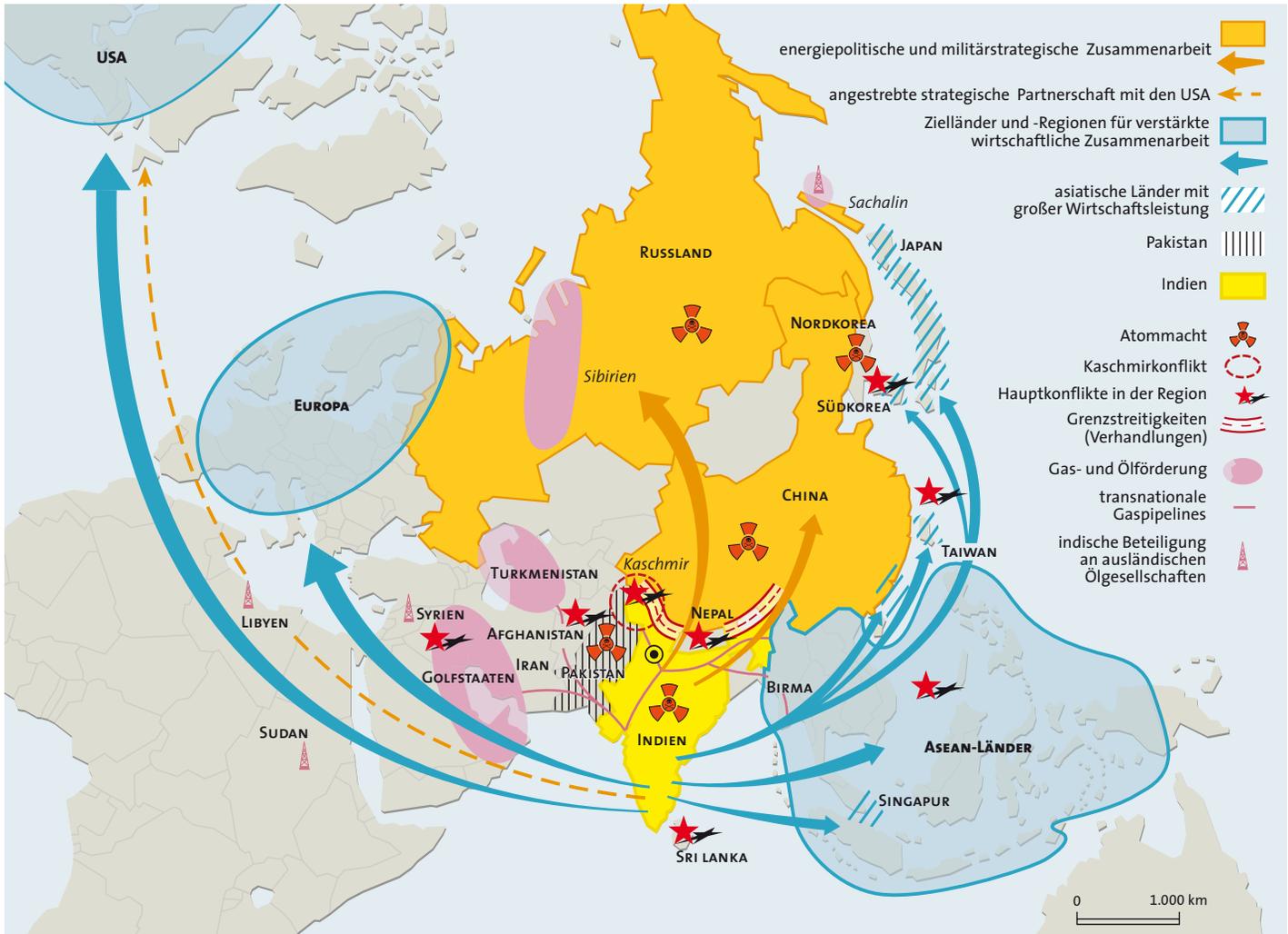
Die Europäische Union ist zwar zum ersten Handelspartner Indiens aufgestiegen und zeichnet auch für die meisten neuen Direktinvestitionen verantwortlich, aber für die Inder tritt die EU politisch zu wenig in Erscheinung, trotz der indisch-europäischen Gipfel, die seit 2000 einmal im Jahr stattfinden und den Dialog so weit voran gebracht haben, dass 2004 eine strategische Partnerschaft beschlossen wurde.

Die Beziehungen zu Russland haben sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelockert, genießen aber auch

dreieinhalb Jahrzehnte nach dem indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag von 1971 weiterhin große Bedeutung. Außer einer engen militärischen, nuklearen und raumfahrttechnologischen Zusammenarbeit wollen beide Länder ihre Handelsbeziehungen verstärken und Projekte für die gemeinsame Nutzung von Öl- und Gasquellen vorantreiben. Der Besuch Wladimir Putins im Dezember 2004, schon der dritte seit 2000, und weitere hochrangige Treffen lassen gleichartige Interessen erkennen, aber auch dieselbe Einschätzung separatistischer Bestrebungen in multikonfessionellen Vielvölkerstaaten, des radikalen Islamismus und der Veränderungen in den zentralasiatischen Diktaturen. Indien will insbesondere eine islamische Zone unter Einschluss Pakistans verhindern und zugleich von den reichen Energiequellen der Region profitieren.

► Grenzkonflikte und umstrittene Gebiete





Auf der Suche nach neuen Partnern ◀

Im Rahmen einer Politik, die vor allem »nach Osten« blickt, durchbricht Neu-Delhi auch seine traditionelle Isolierung gegenüber Ostasien, das ein rasantes Wirtschaftswachstum erlebt und wegen des chinesischen Einflusses eine latente Gefahr für die Sicherheit Indiens darstellt. Als Dialogpartner der Association of South-East Asian Nations (Asean) und deren regionalem Sicherheitsforum hat Indien 2003 ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Aufbau einer Freihandelszone mit den Asean-Staaten geschlossen, die freilich eher von politischer als von wirtschaftlicher Bedeutung ist. Zugleich hat Neu-Delhi die Handelsbeziehungen zu Japan, Singapur und Südkorea verstärkt, wie auch die militärische Zusammenarbeit mit Vietnam, Malaysia, Indonesien und Thailand.

Obwohl die Stärke Chinas ein beunruhigender Faktor bleibt, schlagen die indischen Machthaber auch gegenüber Peking eine neue Linie ein. Seit dem China-

besuch des damaligen Premierministers Vajpayee im Jahr 2003 besteht der wechselseitige Wille, die alten territorialen Streitigkeiten in einer »politischen Perspektive« zu regeln. Vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich und die erhebliche Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation können das eingefleischte Misstrauen zwischen den beiden Ländern abbauen.

Selbst die Idee einer multilateralen Zusammenarbeit zwischen Russland, China und Indien dürfte schon bald auf der Tagesordnung stehen. Aber Neu-Delhi sieht hier keinen Gegensatz zu den indisch-amerikanischen Beziehungen, die angesichts des indischen Strebens nach einer Großmachtrolle absoluten Vorrang haben. Diese Sichtweise macht den Weg für substanzielle Kompromisse gegenüber Washington frei. Davon zeugt die Gesetzesänderung bezüglich der Herstellung von Nachahmer-Medikamenten (Generika), die im Dezember 2004 von der indi-

schen Regierung beschlossen wurde und weit über die Forderungen der Welthandelsorganisation (WTO) hinausging. Auf Druck der Linksparteien und der Bürgerbewegungen hat das indische Parlament allerdings im März 2005 wesentliche Veränderungen an der Novelle vorgenommen. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass Neu-Delhi in der letzten Verhandlungsphase bei der Doha-Runde der WTO die verheerenden Folgen für das eigene Land und die armen Bevölkerungen der Dritten Welt akzeptiert – nur um den USA entgegenzukommen.

WWW

- Einleitend**
 • de.wikipedia.org/wiki/Indien
offiziell
 • www.goidirectory.nic.in
 • www.meaindia.nic.in
Medien
 • www.hinduonnet.com
 • www.tehelka.com
 • www.outlookindia.com
 • www.world-newspapers.com/india.html

Indiens später Aufschwung

Indien ist es nicht gelungen, sich der Weltwirtschaft zu entziehen. Die ursprüngliche Strategie der Importsubstitution hat aber die Voraussetzungen für schnelles Wachstum geschaffen. Trotz der Erfolge bei High-Tech-Dienstleistungen: Der Agrarsektor bleibt für Indien die Schlüsselgröße.

Jawaharlal Nehru, Indiens erster Premierminister, von 1947 bis 1964 im Amt, und die regierende Kongresspar-

tei orientierten sich am Entwicklungsmodell der Importsubstitution, das den Ersatz von teuren Einfuhren durch preiswertere einheimische Produkte vorsah. Das Modell beruhte auf einer zentralisierten Planwirtschaft, mit Hauptaugenmerk auf der Industrie, der Herausbildung eines großen öffentlichen Sektors und der Einrichtung eines Systems staatlicher Genehmigungen zur Kontrolle des privaten Sektors. Hohe Zollmauern schützten die Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz.

Durch ausgleichende Subventionen blieb das soziale Gefälle begrenzt. Zugleich entstand eine breite Mittelschicht

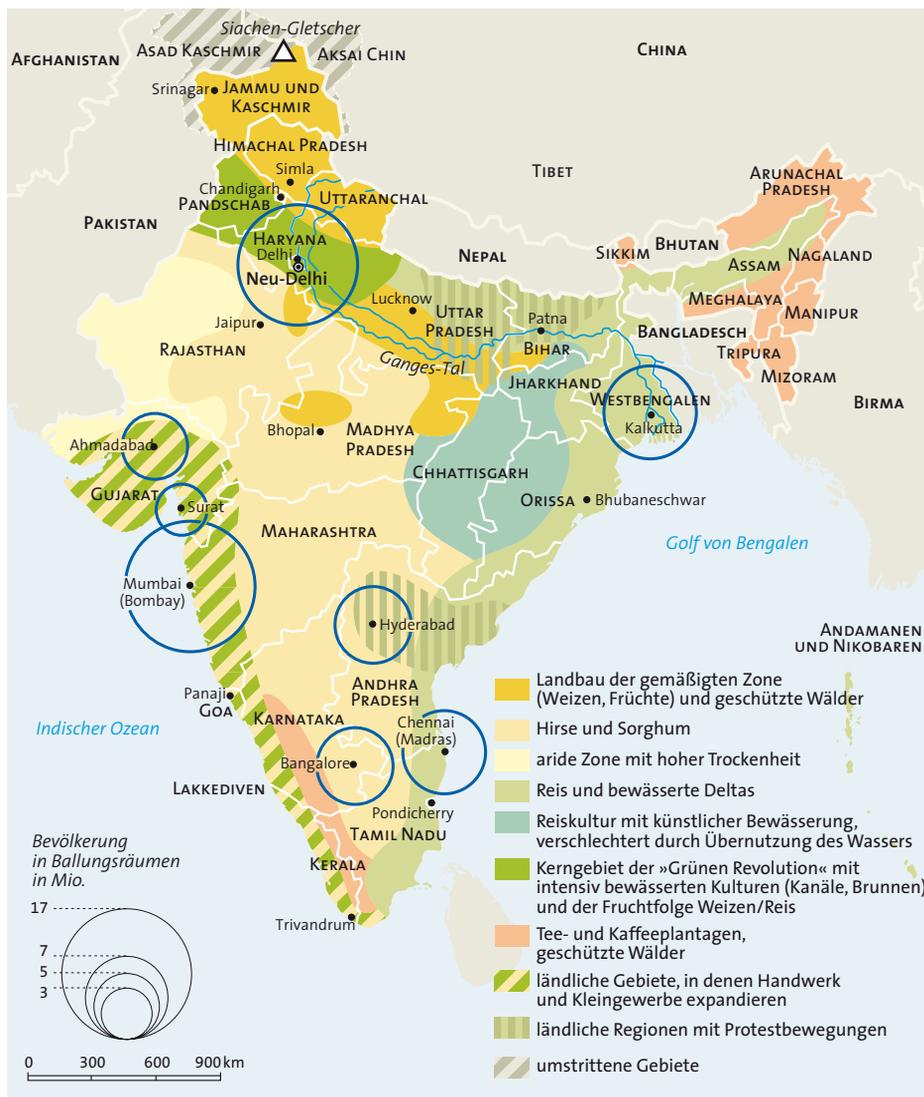
sowie eine solide, von internationalen Einflüssen abgeschirmte ökonomische Basis. An seine Grenzen stieß das System vor allem wegen seiner schwachen Produktivität und der für Indien immer dringlicher werdenden Notwendigkeit, sich in den Welthandel einzugliedern.

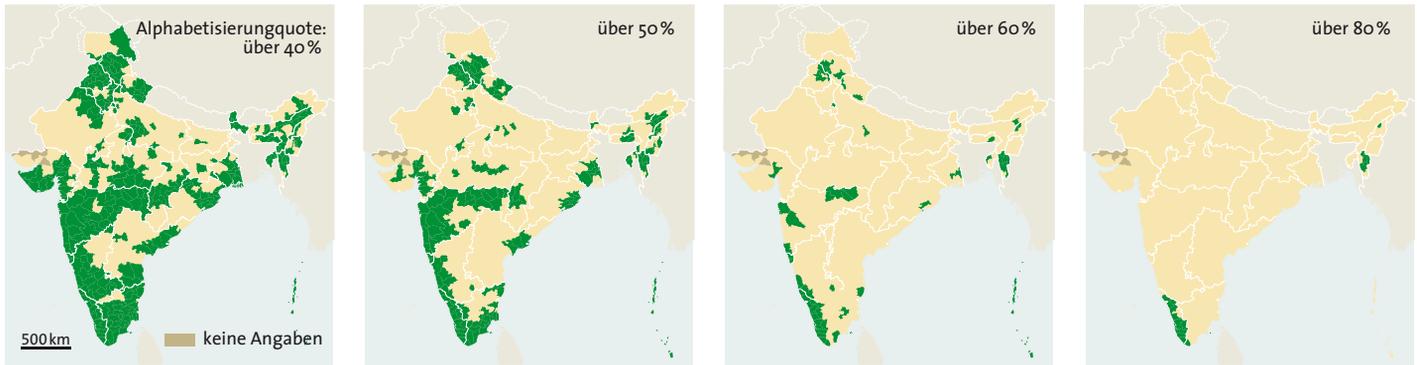
Der Staat förderte den äußerst bürokratischen öffentlichen Sektor, um die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, während die vor ausländischer Konkurrenz geschützten und staatlich kontrollierten Privatunternehmen weder nennenswerte Gewinne machen noch expandieren konnten. Schwach war auch die Exportfähigkeit, obwohl die Importe, vor allem Energieträger, zunehmend teurer wurden. Der Anteil der indischen Exporte am Welthandel sank von 1950 bis 1973 von 1,9 auf 0,6 Prozent. Im Zuge der Ölkrisen der 1970er-Jahre musste das Land immer mehr auf Kredit importieren; 1991 belief sich die Auslandsverschuldung auf 72 Milliarden Dollar. Die Devisenvorräte reichten nur noch für den Importbedarf von vier Wochen.

Angesichts dieser Schwierigkeiten, des Aufschwungs in China und der Unzufriedenheit im Lande akzeptierte die indische Regierung einen Strukturanpassungsplan des Internationalen Währungsfonds (IWF). Seither wird die Wirtschaft dereguliert, ausländische Investoren dürfen Filialen gründen und Mehrheitsanteile an indischen Unternehmen erwerben. Im gleichen Zuge werden die Importquoten abgeschafft und die Zölle, die 1991 noch 38 Prozent der staatlichen Steuereinnahmen ausmachten, abgebaut. Zwischen 1991 und 2000 sind die durchschnittlichen Zolltarife von 79 auf 30,2 Prozent gesunken, im extremsten Fall von 400 Prozent 1991 auf 35 Prozent im Jahr 2000.

Heute hat die wirtschaftliche Öffnung Indiens einen Stand erreicht, der mit dem Argentinien und Brasiliens vergleichbar ist, aber hinter dem anderer asiatischer Länder wie China oder Thailand liegt. Auch die Ausländischen Direktinvestitionen bleiben hinter denen in anderen Ländern Asiens zurück. Während ausländische Gesellschaften in zahlreichen Sektoren, vom Hotelgewerbe bis hin zum Verkehrswesen und der Energieversorgung, bis zu 100 Prozent und in der Automobilbranche immerhin 51 Prozent eines indi-

► Landwirtschaft auf dem Subkontinent





Alphabetisierungsquote bei den Frauen: mehr als die Hälfte der Inderinnen können nicht lesen und schreiben ◀

schen Unternehmens besitzen dürfen, müssen sie sich etwa im Versicherungsbereich mit einem Kapitalanteil von 27 Prozent begnügen.

Obwohl Indien zwischen 1991 und 2002 Direktinvestitionen in Höhe von 24 Milliarden Dollar sowie 23 Milliarden Anlagegelder angezogen hat, liegt die Gesamtsumme zehnmal niedriger als in China. Doch seit einigen Jahren steigen die Zuwachsraten, nicht nur wegen des Ansturus der multinationalen Softwarekonzerne, sondern auch wegen der Verlagerung industrieller Produktionsstätten, nicht zuletzt in der Automobilbranche.

Das Wachstum der indischen Exporte, hauptsächlich Textilien und Pharmaprodukte, lag zwischen 1990 und 2000 durchschnittlich bei 9 Prozent und damit über dem Anstieg der Importe um 7 Prozent. Generika, also nachgeahmte Arzneimittel, spielen dabei eine wesentliche Rolle, ebenso die Softwareproduktion. Den für

diese Bereiche geltenden Regeln und Patentvorschriften der Welthandelsorganisation hat sich Indien 2005 unterworfen. Weltweit hat Indien es mittlerweile auf ein Fünftel aller Softwareexporte gebracht. Dabei liegt der Anteil der Dienstleistungen am Exportgeschäft Indiens mit 3,9 Prozent höher als der Chinas mit 2,9 Prozent. Das ist volkswirtschaftlich von erheblicher Bedeutung, weil die Wertschöpfung bei Dienstleistungen oft größer ist als bei agrarischen oder gewerblichen Gütern.

Die spektakulärste Entwicklung der letzten Jahre ist jedoch die Offensive multinationaler indischer Konzerne, die sich neuerdings im Ausland – auch im Westen – sehen lassen. Im Jahr 2005 haben diese Firmen 12 Milliarden Dollar ausgegeben, um überall auf der Welt Unternehmen zu kaufen.

Zur Abwahl der nationalistischen indischen Regierung im Jahr 2004 trug we-

sentlich bei, dass sie die noch immer zentrale Bedeutung der Landbevölkerung und des Agrarsektors ignoriert hatte. Die neue Regierung unter der Leitung der Kongresspartei räumt ein, dass das hohe Wachstum (allein 8 Prozent von 2004 bis 2005) nicht zwangsläufig Entwicklung bedeutet. Mit anderen Worten: Der blühende Baum der Dienstleistungen darf nicht den Blick auf den noch sehr verkümmerten Wald der Landwirtschaft verstellen.

WWW

Überblick

- de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_Indiens
- hdr.undp.org/statistics/data/country_fact_sheets/cty_fs_IND.html

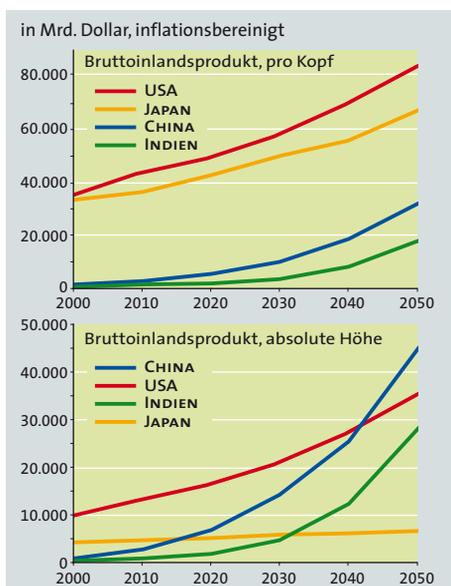
Links

- www.digaachen.de/links.htm#Wirtschaft

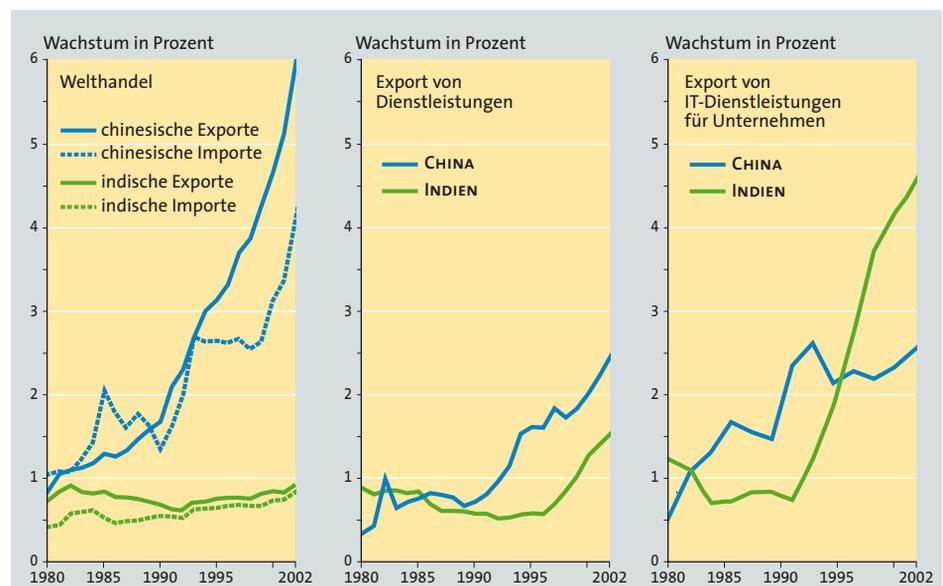
Forschungsinstitute und -gruppen

- www.cess.ac.in
- www.observerindia.com
- www.weforum.org/india
- www.economywatch.com

► **Aufholen, ein Zukunftstraum**



Dienstleistungen, Indiens Spezialität ◀



Kaschmir: Entspannung, aber keine Lösung

Im ehemaligen Himalaja-Fürstentum stehen sich Indien und Pakistan hochgerüstet gegenüber. Nach mehreren Kriegen gibt es erste Entspannungszeichen, und die Grenze wird allmählich durchlässiger – aber das Misstrauen bleibt.

Das Fürstentum Kaschmir hat sich 1947 dem unabhängigen Indien durch einen Beitrittsakt angeschlossen, der juristisch unanfechtbar ist. Die Modalitäten des Anschlusses führten aber zu Konflikten und Kriegen mit den beiden Nachbarn Pakistan und China. Und auch im Verhältnis der Regionalhauptstadt Sri-

nagar zur Zentrale in Neu-Delhi sorgte die Integration von Anfang an für böses Blut.

Denn Neu-Delhi hat die in diesem Pakt vorgesehene größtmögliche Autonomie des neuen Unionsstaates Jammu und Kaschmir, die 1951 im Artikel 370 der indischen Verfassung garantiert und 1952 durch das mit Premierminister Sheikh Abdullah unterzeichnete »Delhi Agreement« bestätigt wurde, systematisch unterwandert. 1953 ließ die indische Zentralregierung Sheikh Abdullah verhaften. Man verdächtigte ihn erneuter Unabhängigkeitsbestrebungen, nachdem seine Partei, die National Conference, bei den Wahlen von 1951 alle 75 Sitze der verfassungsgebenden Versammlung von Jammu und Kaschmir gewonnen hatte. Diese stimmte dennoch 1957 der endgültigen Integration in die Indische Union zu. Ihre Beschlüsse liefen auf einen neuen, weniger autonomen Sonderstatus hinaus, der 1975 von Sheikh Abdullah selbst verbürgt

wurde. Neu-Delhi hatte ihn nach fast zwanzigjähriger Freiheitsberaubung wieder an die Macht gebracht.

Zugleich entwickelte sich unter den Kaschmiris eine tiefe Unzufriedenheit mit der eigenen Führung. Autoritarismus, Vetternwirtschaft und Korruption machten zunichte, was die Bevölkerung sich von den Investitionen der indischen Zentralregierung erhoffen konnte. Die Wohlstanen kamen nur einer Elite zugute. Auch die Rückkehr Sheikh Abdullaha an die Macht änderte nichts daran. Nach seinem Tod im Jahr 1982 verschlimmerte sich die Situation. Neu-Delhi spielte offen den »Königsmacher« in Srinagar. Vor allem der gebildeten Jugend blieb damit jeder politische Einfluss verwehrt.

Der Diskreditierung der National Conference und der Wahlbetrug von 1987 gaben das Signal zum bewaffneten Kampf. An diesem beteiligten sich zunächst verschiedene Gruppen, von denen sich als wichtigste die unabhängige laizistische Jammu and Kaschmir Liberation Front (JKLF) hervortat. Doch im Lauf der Kämpfe übernahmen die von Pakistan unterstützten islamistischen Dschihadisten eine immer größere Rolle.

Nach mehr als zehn Jahren grausamer Repression und eskalierendem Terror sind heute die ersten Anzeichen von Entspannung zu bemerken. Seit 1996 knüpft Neu-Delhi wieder an den 1990 ausgesetzten Demokratisierungsprozess an. Zwar boykottierte die All Party Hurriyat Conference, einer Gruppierung separatistischer Parteien mit unterschiedlichen Zielen, die Wahl von 2002. Aber trotz der Versuche, die Wähler einzuschüchtern, brachten diese als relativ frei eingestuften Wahlen die Autonomen der demokratischen Volkspartei Peoples Democratic Party (PDP) an die Macht.

Von Neu-Delhi unterstützt, verfolgt die PDP gegenüber den separatistischen Gruppierungen eine Politik der Normalisierung. Es ist ihr gelungen, die gemäßigten Elemente der Hurriyat in den Dialog einzubinden, die mittlerweile überzeugt sind, dass die Dschihadisten-Gruppen der Sache Kaschmirs schaden, und die den bewaffneten Kampf für aussichtslos hal-

► Von drei Nachbarmächten zerteilt





Das britische Empire und sein Ende ◀

ten. Vor allem aber lassen Indien und Pakistan heute den gemeinsamen Willen erkennen, aus der Sackgasse herauszukommen. Bisher hatte die pakistanische Seite eine Volksabstimmung über die Zukunft ganz Kaschmirs verlangt, die nach Ansicht Indiens durch den Beitrittsbeschluss von 1957 gegenstandslos ist. Doch jetzt hat der pakistanische Präsi-

dent Pervez Musharraf seine Bereitschaft angedeutet, auf ein Referendum in Kaschmir zu verzichten. Wünschenswert sei, beiden Teilen Kaschmirs weitestgehende Autonomie zu gewähren. Zudem schlug Musharraf vor, die Grenzlinie zwischen dem indischen Kaschmir (Jammu und Kaschmir) und dem pakistanischen Kaschmir (Asad Kaschmir) mit der Zeit »irrelevant« zu machen.

Indien scheint indes bereit, die Kaschmiris in die Friedensgespräche mit Pakistan einzubeziehen. Konkrete Zeichen dieses Tauwetters sind Lockerungen an der Grenze. So wurde etwa eine tägliche Busverbindung zwischen Srinagar und Muzaffarabad, der Hauptstadt von Asad Kaschmir, eingerichtet. Ihr soll möglicherweise eine zweite, zwischen Kargil und Skardu in den Nordgebieten, folgen. Auch erlaubte Neu-Delhi der Führungsspitze der Hurriyat, in die pakistanische Hauptstadt Islamabad zu reisen.

Doch eine endgültige Lösung liegt noch in weiter Ferne. Außer dem eingefleischten Misstrauen zwischen Indien und Pa-

kistan und den unberechenbaren Manövern von Präsident Musharraf bereitet eine andere Frage der Regierung in Neu-Delhi Kopfzerbrechen: wie sie den Forderungen der hinduistischen Bevölkerung von Jammu und Kaschmir gerecht werden soll, insbesondere denen der durch den Terror seit 1990 aus dem Kaschmirtal vertriebenen 350.000 Pandits. Aber auch die hinduistische Bevölkerungsmehrheit in der Region Jammu und die Buddhisten der Region Ladakh wollen nicht dem Einfluss einer anderen Religion unterworfen sein. Dabei stellen die Muslime nicht nur im pakistanischen, sondern auch im indischen Teil Kaschmirs die Mehrheit der Bevölkerung.

WWW

Einführend

- de.wikipedia.org/wiki/Kaschmir
- www.suedasien.net/laender/indien/unionstates/jammukashmir.htm

Portal

- www.southasianist.info/kashmir
- offiziell**
- jammukashmir.nic.in
- www.klc.org.pk

► Eine Region, drei Religionen



Sri Lanka fehlt der Wille zur Föderation

Eine Zeit lang gab es Fortschritte in den Verhandlungen zwischen den separatistischen »Befreiungstigern« und der Regierung in Colombo. Doch die Falken haben sich wieder durchgesetzt. Auch die furchtbaren Folgen des Tsunami brachten die verfeindeten Parteien nicht zur Besinnung.

Nördlich von Vavuniya endet die Autorität des Staates Sri Lanka. Hier beginnt das Verwaltungsgebiet der Liberation Tigers, der Befreiungstiger, die mit unverhohlener Genugtuung von sich behaupten: »Wir sind ein expandierender Staat.« Ein gnadenloser »Staat«, der Kin-

dersoldaten rekrutiert, seine inneren Gegner eliminiert und seinen Chef und Gründer Vellupillai Prabhakaran zur öffentlich angebeteten Kultfigur erhoben hat.

Von der britischen Kolonialmacht gefördert, befanden sich die hinduistischen Tamilen – 18 Prozent der Bevölkerung gemäß der Volkszählung von 1981 – nach der Unabhängigkeit 1948 in einer heiklen Lage: Sie waren eine Minderheit, die von der Kolonialherrschaft profitiert hatte. Der neue Staat wurde nun von der buddhistischen singhalesischen Mehrheit beherrscht, die den Tamilen keine Chance gab. Diese versuchten vergebens, sich gegen ihre Diskriminierung mit parlamentarischen Mitteln zu wehren. Unter dem Eindruck von Pogromen griff die

nach der Unabhängigkeit geborene Generation zu den Waffen und schuf eine gefürchtete Guerilla – die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).

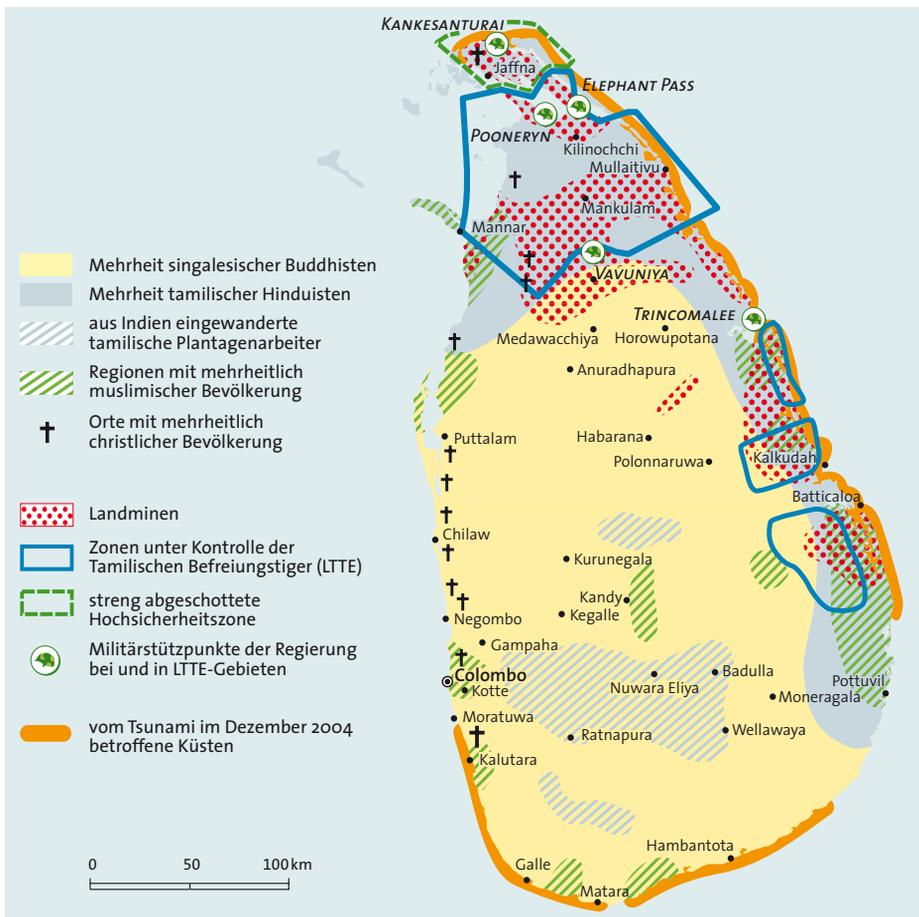
Für die große Masse der Tamilen sind die Tiger eine diktatorische Gewalt geworden, der sie ihre Sicherheit und ihre Emanzipation als Volk anvertraut haben. Dafür haben sie alte individuelle Freiheiten wie auch Rechtssicherheit und politischen Pluralismus aufgegeben. Im Jahr 2003 haben die meisten tamilischen Parteien die Befreiungstiger als ihre einzigen Repräsentanten anerkannt. Wer die Unterwerfungsgeste verweigerte, wurde von der Guerilla bedroht.

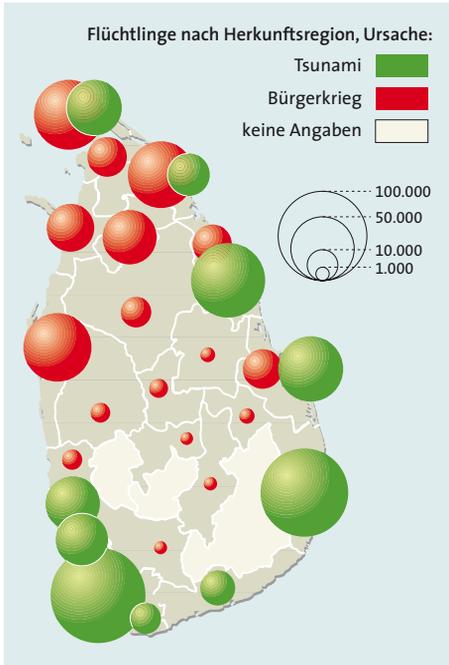
Die breite Masse der Singhalesen ist überzeugt, das kulturelle Erbe des Theravada-Buddhismus zu hüten und gegen eine indische Welt, der sie die Tamilen zurechnen, verteidigen zu müssen. Aber Neu-Delhi lehnt die Idee eines separaten Tamilenstaats in Sri Lanka entschieden ab. Im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu, wo die LTTE ihre Nachhut-Basis hatten, leben 50 Millionen Tamilen.

In Sri Lanka gibt es zwar auch Christen, aber sie spielen in dem Konflikt keine besondere Rolle. Die Muslime, auch Moors genannt, stellen 7 Prozent der Inselbevölkerung und sind die großen Verlierer. Sie sprechen Tamil, fühlen sich aber als Sri-Lanker. Sie leben vor allem in der Umgebung von Batticaloa und Trincomalee, einem der besten Naturhäfen Asiens. Sie werden wegen ihrer gesellschaftlichen Stellung beneidet und von den Tigern der Kollaboration mit der Regierung in Colombo bezichtigt. Um nicht unter deren Fuchtel zu leben, fordert die muslimische Minderheit ein eigenes föderales Gebiet nach dem Muster des indischen Unionsterritoriums Pondicherry, das als ehemalige französische Kolonie über ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung verfügt.

Bei den Friedensverhandlungen haben die LTTE zwar auf die Forderung nach einem separaten Staat verzichtet und einer föderativen Lösung zugestimmt. Aber ihr Vorschlag einer Interimsverwaltung, bei der Colombo nicht mitzureden hätte, ging weit über den Rahmen eines autonomen

► Völker und Religionen



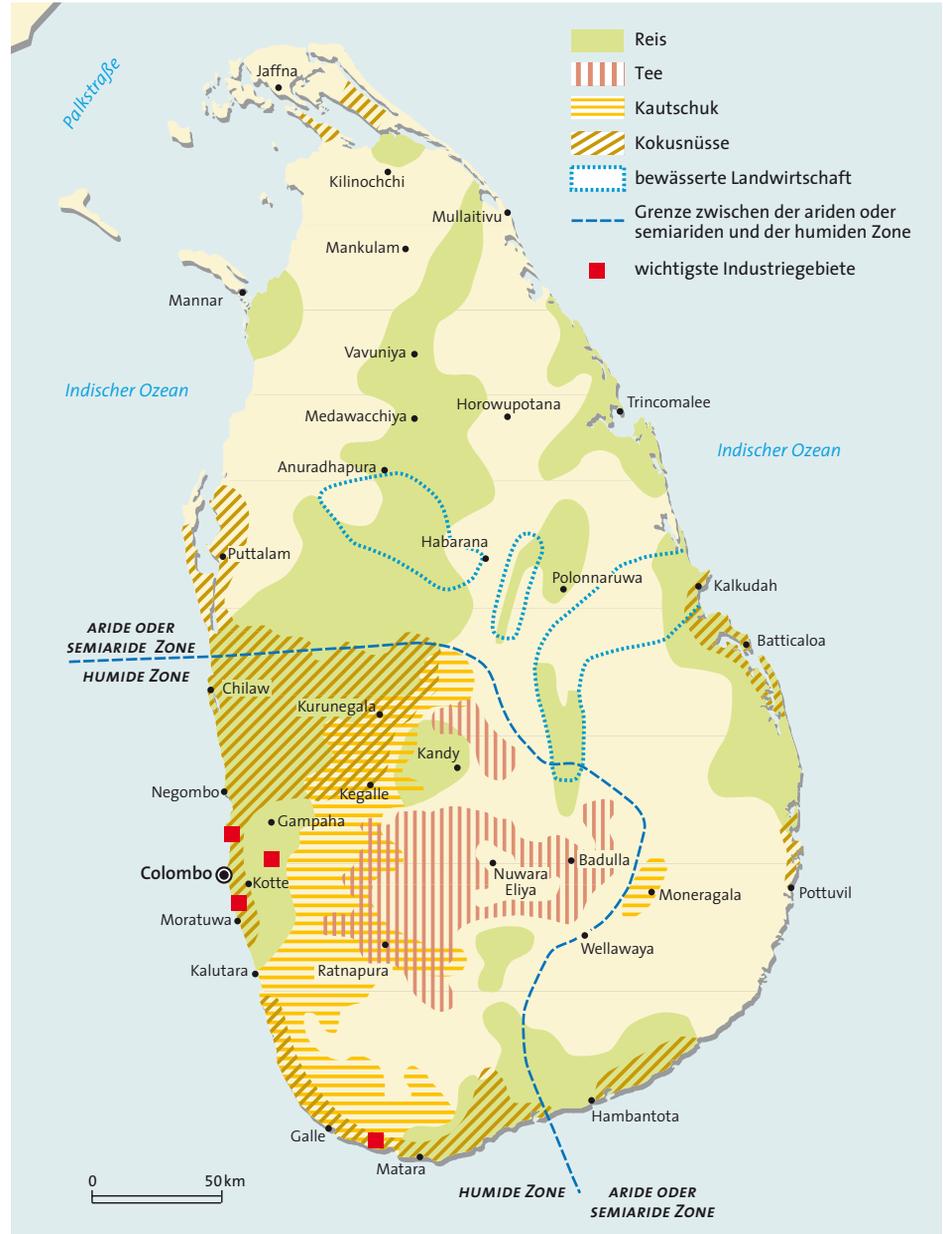


► Auf der Flucht vor Tsunami und Bürgerkrieg

men Status hinaus. Damit kam der Friedensprozess ins Stocken.

Aus Angst vor einer Teilung der Insel hat sich auch die singhalesische Mehrheit zunehmend radikalisiert. Bei den Parlamentswahlen von 2004 verlor der neoliberale Premierminister Ranil Wickremasinghe, der als zu nachgiebig gegenüber den Tigern galt, gegen ein nationalistisches Bündnis unter Führung von Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga, dem sich die Kommunisten der JVP und eine Fraktion buddhistischer Mönche anschlossen. Am 17. November 2005 wurde der »Falke« Mahinda Rajapakse, bis dahin Premierminister, in aufgeheizter Atmosphäre mit der knappen Mehrheit von 50,3 Prozent gegen die »Taube« Wickremasinghe zum neuen Staatspräsidenten gewählt.

Geschwächt sind die LTTE inzwischen durch die Abspaltung des für den Osten zuständigen Tiger-Kommandanten Karuna, durch den wahrscheinlich von den LTTE verübten Mord an dem sri-lankischen Außenminister und Hardliner Kadirgamar im August 2005 und durch die sukzessive Ausschaltung der norwegischen Regierung, dem langjährigen Vermittler zwischen den Kriegsparteien. Die singhalesische Seite hatte Oslo aber für zu guerillafreundlich gehalten. Von seinen Bündnispartnern, den Kommunisten und den Mönchen an die Kandare genommen, ignorierte der neue Präsident das föderale Modell und steuerte damit



Die Wirtschaft der Insel ◀

auf die Wiederaufnahme der militärischen Auseinandersetzung zu.

Auch die schlimmste Katastrophe in der Geschichte der Insel, der Tsunami vom 26. Dezember 2004 mit über 38.000 Toten, ließ die Volksgruppen nicht zusammenrücken, sondern hat den Konflikt im Gegenteil noch weiter verschärft. Jede Seite warf der anderen vor, die internationale Hilfe zu monopolisieren. Als endlich als Ergebnis zäher Verhandlungen zwischen Colombo und den LTTE eine Vereinbarung zur Aufschlüsselung der Hilfsgelder erzielt war, wurde es vom Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt.

Sri Lanka verfügt mit seiner hohen Alphabetisierungsrate von über 92 Prozent

der Erwachsenen (Indien: 61,3 Prozent) über ein starkes Entwicklungspotenzial. Doch nach zwanzig Jahren Krieg und 60.000 Toten hängt die Zukunft der Insel allein von der Fähigkeit der Kriegsparteien ab, einen föderalen Kompromiss zu finden.

WWW

Überblick

- de.wikipedia.org/wiki/Sri_Lanka
- www.suedasien.net/laender/sri_lanka/sri_lanka.htm
- www.lankalibrary.com

Konfliktparteien

- www.priu.gov.lk
- www.eelam.com

NGO

- www.cpalanka.org

Japan: Lernen aus der Wirtschaftskrise

Seit Mitte der 1990er-Jahre ist die japanische Gesellschaft damit beschäftigt, ihre Wirtschafts-, Vertrauens- und Identitätskrise zu überwinden. Erst in jüngster Zeit gibt es Anzeichen der Besserung.

Als die japanische Wirtschaft gegen Ende der 1980er-Jahre »die Welt einkaufte«, brach in zahlreichen Ländern eine regelrechte Nippophobie aus. Die Presse fragte sich nach den nächsten Zielen dieser alles verschlingenden Japaner,

die Unternehmen, Schlösser, Weinberge oder auch Kultursymbole an sich rissen – etwa die Columbia-Studios, die 1989 von Sony aufgekauft wurden.

Zugleich führte diese unglaubliche Erfolgsgeschichte zum Nachdenken über die Bedingungen, die Japan diese dominierende weltwirtschaftliche Rolle ermöglicht hatten. Das angebliche Modell wurde unter die Lupe genommen, und manche kamen sogar auf die Idee, es zu kopieren. Japanische Begriffe wie »keiretsu« (verflochtene Unternehmensgruppen), »kaizen« (ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess) oder »kanban« (eine flexible Produktionssteuerung) bereicherten das Vokabular der europäischen

und amerikanischen Manager. Sie hofften, damit die Zauberformeln entdeckt zu haben, um die westlichen Wirtschaftssysteme aus ihrer chronischen Krise zu führen.

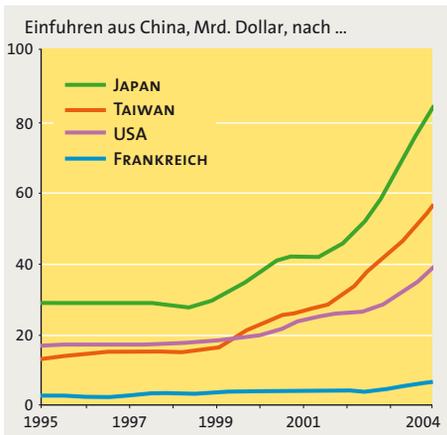
Doch die Schwärmerei für das japanische Modell war nur von kurzer Dauer. Japan stürzte in eine tiefe Wirtschaftskrise, von der es sich bis heute kaum erholt hat. Eine Spekulationsblase, die sich seit Mitte der 1980er-Jahre aufgebaut hatte und die Aktienkurse und Immobilienpreise in die Höhe trieb, platzte Anfang der 1990er-Jahre. Die »Bubble Economy« ging zu Ende, der Börsenindex Nikkei fiel von 40.000 auf 10.000 Punkte, und der gesamte Finanzsektor war auf einmal horrend überschuldet, da die Banken die überbewerteten Immobilien als Sicherheiten akzeptiert hatten. Technisch gesehen war das Land bankrott.

Japan fand sich damit in einer seit 1945 nie da gewesenen Problemsituation wieder. Grundlegende wirtschaftliche Reformen unterblieben, die Folge war eine zehnjährige Wachstumskrise. Eine korrupte Führungsriege zeigte sich unfähig, anders als mit einem unwirksamen keynesianischen Auffangverhalten zu reagieren; immer neue Konjunkturprogramme trieben nun auch noch die Staatsverschuldung in ungekannte Höhen. Aber auch die globale Situation änderte sich. Bis dahin hatte sich Japan mit seiner wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigen können, ohne nennenswerte Rüstungsausgaben finanzieren zu müssen oder eine regionalpolitische Verantwortung zu übernehmen. Jetzt aber drängte Washington, die militärische Zurückhaltung aufzugeben.

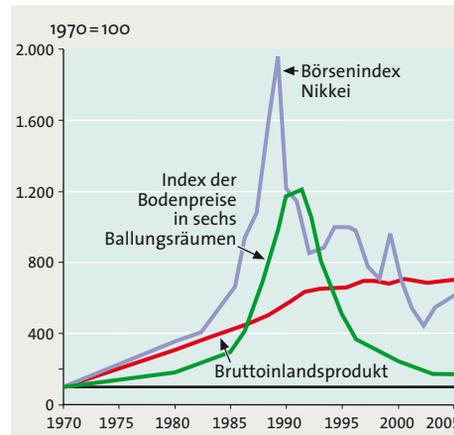
Damit nicht genug: 1995 geschah der Giftgasanschlag auf die U-Bahn von Tokio und wenige Monate später das Erdbeben von Kobe, bei dem der Katastrophenschutz vollkommen versagte. Das war für einen großen Teil der Bevölkerung ein ähnlicher psychologischer Schock wie 1945 die Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Die Krise des Selbstbewusstseins verlangte einen Aufbruch auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Dieser Prozess war und ist insofern nicht einfach, als viele Japaner die Bezugspunkte, an denen sie sich ihr Leben lang orientiert hatten, verloren haben.

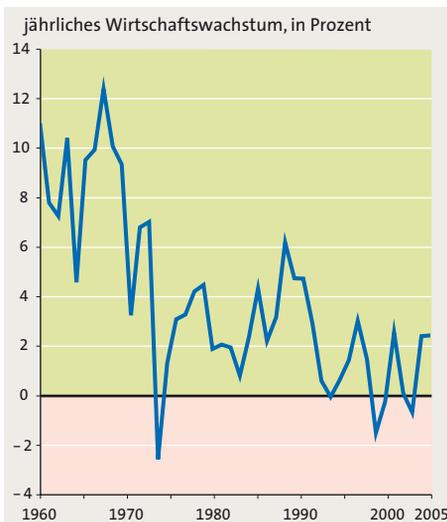
► Hauptabnehmer chinesischer Exporte



► Geplatzte Blase, stagnierende Wirtschaft

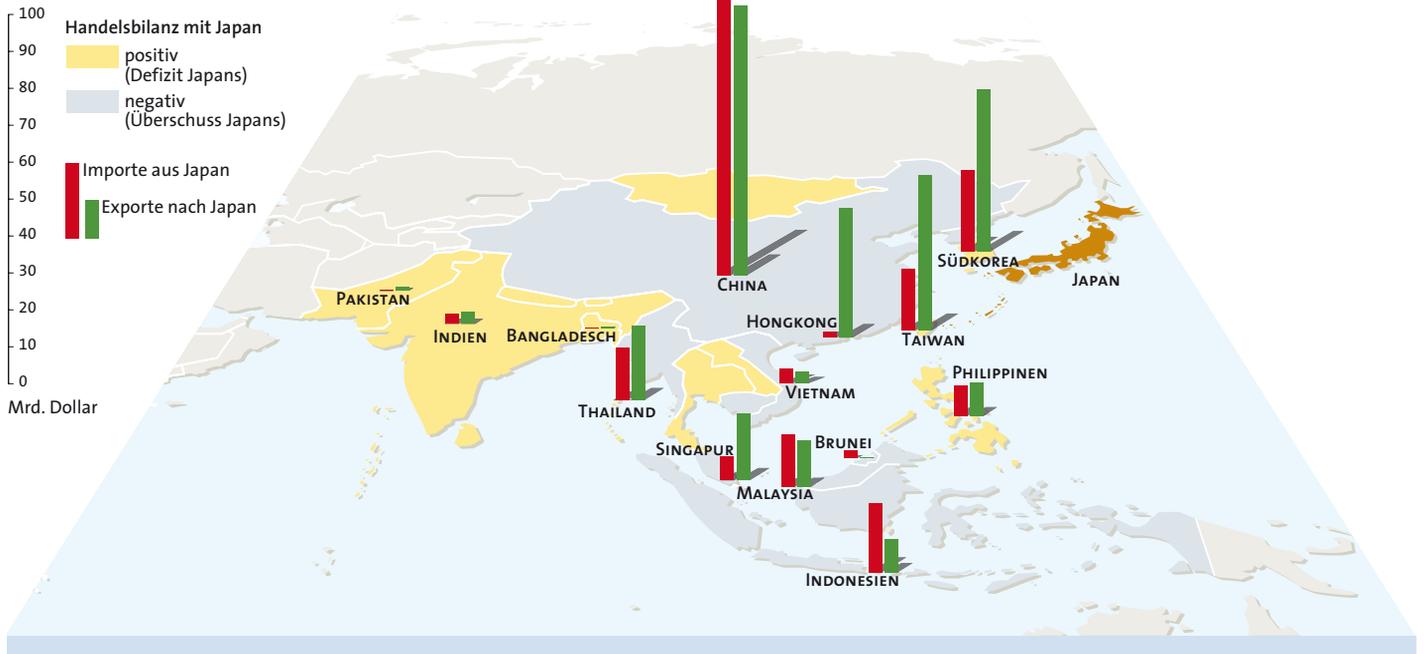


► Tendenzieller Fall der Wachstumsrate



► Angst vor Kündigung, eine neue Erfahrung





Der Handel mit den asiatischen Nachbarn ◀

Zunächst mussten sich die meisten großen Unternehmen vom Konzept der Anstellung auf Lebenszeit und eines mit den Dienstjahren steigenden Gehalts verabschieden, um die Lohnkosten zu senken und auf internationalem Niveau wieder eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen. Der Staat, dem es seit dem Krieg gelungen war, die nationale Wirtschaft zu lenken, erwies sich als unfähig, dem Druck der neoliberalen Anforderungen zu widerstehen. Arbeitslosigkeit, Deflation und eine schrumpfende ökonomische Basis beendeten den Traum von der Wohlstandsgesellschaft. Und schließlich

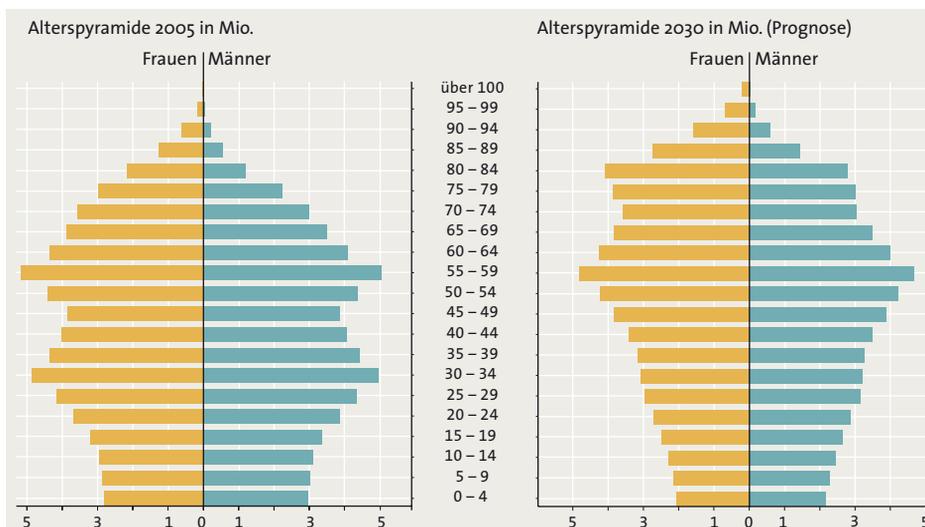
verbreitete sich in der Gesellschaft die Einsicht, dass ein Schulsystem überholt war, dessen Auftrag darin bestand, den japanischen Unternehmen gehorsame Untertanen zu liefern.

Der Verlust dieser Bezugspunkte führte in eine Zeit sozialer Instabilität, in der wachsende Kriminalität, politischer Populismus oder auch eine steigende Selbstmordrate Schlagzeilen machten. Gleichzeitig hat sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Angesichts der zögernden Reaktionen des Staates auf das Erdbeben von Kobe – Fehler, die sich seither wiederholt haben – entstanden Netzwerke ge-

genseitiger Hilfeleistung, die 1998 zu einem Gesetz führten, das die Bildung gemeinnütziger Vereine zuließ. Diese Initiativen, die für japanische Verhältnisse etwas Neues sind, kümmern sich besonders um die Versorgung der alternden Bevölkerung.

Neu ist das Auftauchen von Online-Diensten, die am Fundament der bislang vorherrschenden großen Gesellschaften rütteln. Bei den neuen Technologien, vom Handy über Computer bis zu Videospielen und Zeichentrickfilmen, konnte Japan allerdings eher an seine alten Stärken in der Kommunikations- und Unterhaltungsindustrie anknüpfen. Seit 2004 hat die Exportbranche wieder Anschluss an die weltwirtschaftlichen Entwicklungen gefunden. Deshalb ist nicht ausgeschlossen, dass Japan uns in weiteren zehn Jahren ein zweites Mal mit einer globalen Einkaufstour überrascht.

► Die alternde Bevölkerung



WWW

Überblick

- de.wikipedia.org/wiki/Wirtschaft_Japans
- www.britannica.com/wdpdf/Japan.pdf
- www.weltpolitik.net/Regionen/AsienPazifik/Japan/

offiziell

- www.boj.or.jp/en
- www.jetro.go.jp
- www.stat.go.jp

nichtkommerziell

- japanfocus.org/

Jugendliche

- www.taz.de/pt/2006/05/12.1/mondeText.artikel.a0050.idx.15
- www.atimes.com/atimes/Japan/FG28Dh01.html
- en.wikipedia.org/wiki/Livedoor

Die Welt aus der Sicht Tokios

Außenpolitisch hat Japan hauptsächlich den asiatischen Kontinent im Blick. Aber auch andere Regionen werden interessant. Vor allem als Geldgeber in der Entwicklungshilfe und durch mehr Präsenz in den internationalen Organisationen verstärkt Japan sein Gewicht.

Es gab eine Zeit, da präsentierte der japanische Premierminister Nakasone sein Land als den »unsinkbaren Flugzeugträger« der USA. Anfang der 1980er-Jahre, mitten im Kalten Krieg, schockierte eine solche Äußerung kaum – außer vielleicht die Sowjets, die befürchteten, das Land der aufgehenden Sonne könnte ihnen die Durchfahrt zwischen dem Ochotskischen Meer und dem Pazifik versperren.

Die Japaner waren von den sowjetischen Expansionsbestrebungen beunruhigt, vom Einmarsch in Afghanistan ebenso wie von der Stationierung von SS-20-Raketen in Sibirien. Zugleich wollten sie ihre wirtschaftliche Entwicklung ohne die Last von Militärausgaben fortsetzen. So sahen sie keinen Grund, das seit 1952 bestehende Militärbündnis mit den USA infrage zu stellen, und glaubten sogar, es noch ausbauen zu können. Und als Nakasone von einer »Schicksalsgemeinschaft« zwischen Tokio und Washington sprach, wusste jeder, dass er eine unverbrüchliche Bindung an die USA meinte, in deren Windschatten es international häufiger aufzutreten gedachte.

Die Handelsstreitigkeiten mit dem Partner, der Druck aus den USA, für die eigene Sicherheit tiefer in die Tasche zu greifen, aber auch der Zusammenbruch der Sowjetunion setzten Nakasones Ambitionen ein Ende. Hinzu kam, dass 1990 die Spekulationsblase im japanischen Immobiliengeschäft platzte und die Volkswirtschaft in die tiefste Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stürzte. Japan musste seine Außenpolitik überdenken und seinen Platz im internationalen Geschehen neu definieren – eine schwierige Aufgabe angesichts der engen Bindungen an Washington und einer Friedensverfassung, die dem Land verbietet, eine eigene Armee zur Kriegsführung zu unterhalten.

In Zukunft möchte Tokio seine Stimme in den internationalen Organisationen stärken, um seine Interessen durchzusetzen. Dabei setzt es vor allem auf seine Finanzmacht und wählt dazu den Umweg der öffentlichen Entwicklungshilfe. Seit Premierminister Takeshita 1988 erklärt hat, er wolle Japan zum weltweit größten Geberland für die Entwicklungshilfe machen, hat es große Anstrengungen in diese Richtung unternommen.

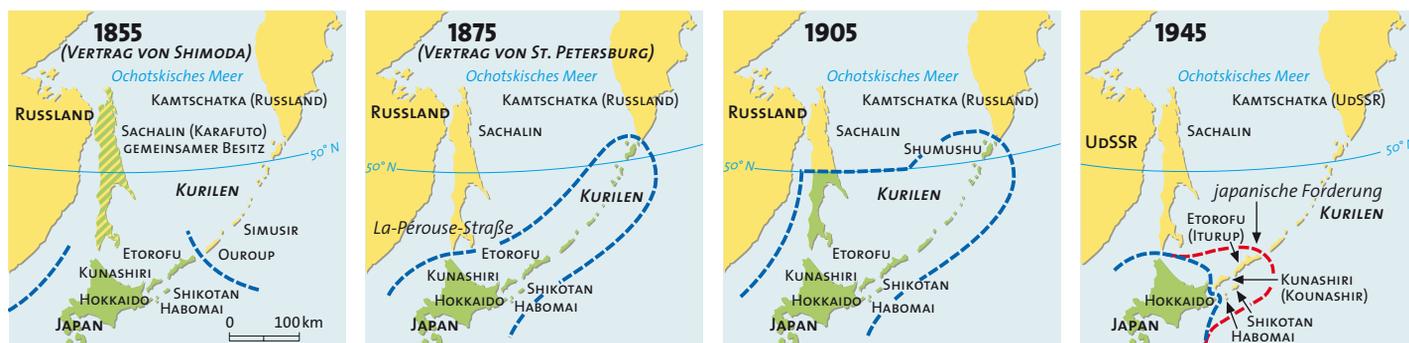
Die marode Verfassung der öffentlichen Finanzen hat Japan zwar gezwungen, die zur Verfügung gestellte Summe zurückzuführen – sie lag 2004 mit 8,9 Milliarden Dollar bei nur 0,19 Prozent der Wirtschaftsleistung. Dennoch ist sich die amtierende Regierung der Nützlichkeit dieser Politik bewusst. Sie hat die Zielgebiete nach und nach auf afrikanische und lateinamerikanische Länder ausgedehnt, die lange zugunsten Asiens vernachlässigt worden waren. Die von Japan initiierten

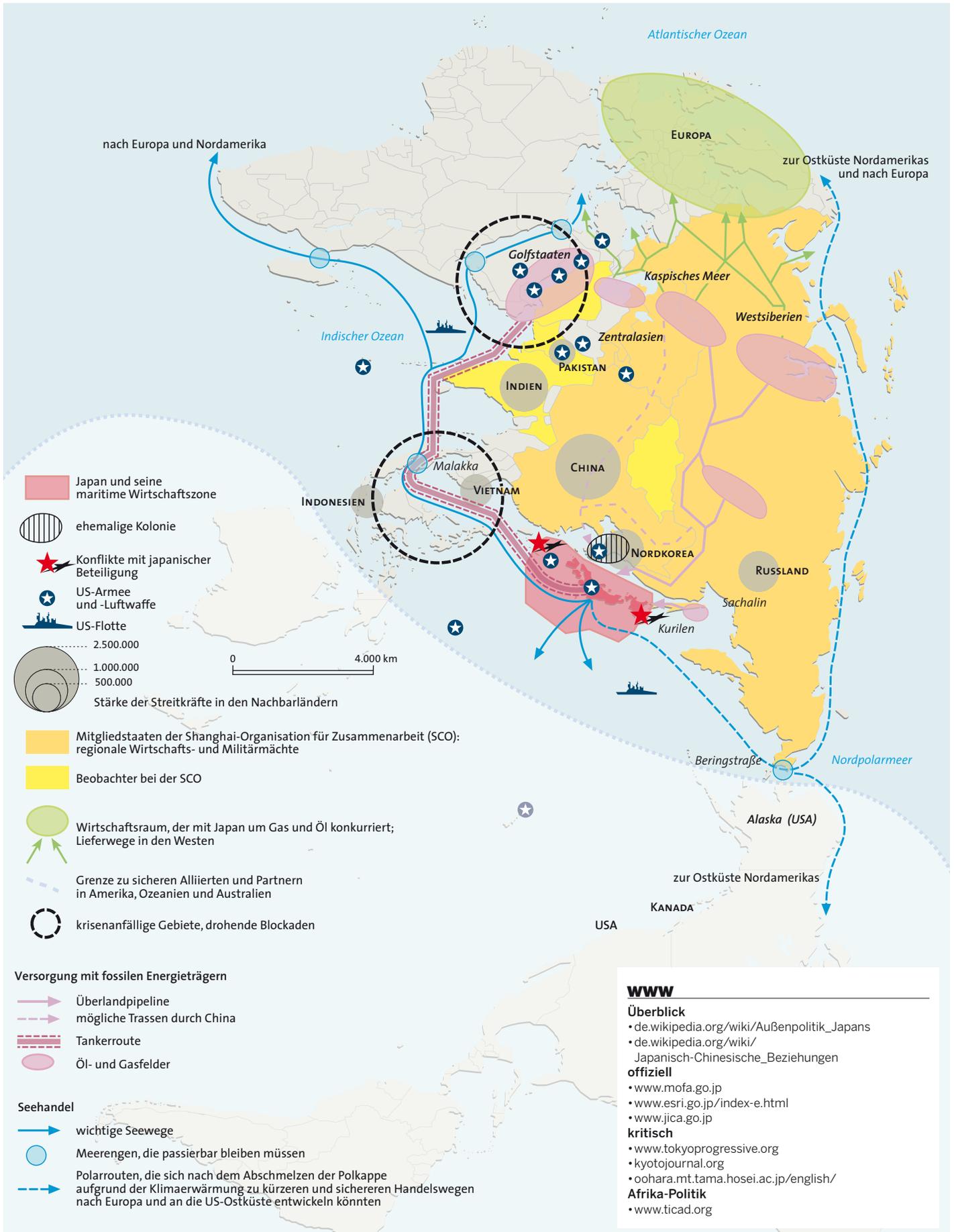
Internationalen Konferenzen für die Entwicklung Afrikas (Ticad I 1993, Ticad II 1998, Ticad III 2003) in Tokio bestätigen den Willen zu einer ausgeglicheneren Außenpolitik. Premierminister Koizumi hat im Übrigen erklärt, sein Land wolle die Afrikahilfe, die derzeit mit 530 Millionen Dollar 8,8 Prozent der Entwicklungshilfe ausmacht, bis 2008 verdoppeln.

Parallel zu diesen Bemühungen räumt die japanische Politik den asiatischen Ländern weiterhin Priorität ein. Sowohl strategisch als auch ökonomisch ist der Ferne Osten für das Land die entscheidende Region. Die Verbrechen der kaiserlichen Armee im Zweiten Weltkrieg haben in Korea und China schmerzliche Erinnerungen hinterlassen. Beide Länder sparen übrigens nicht mit Hinweisen auf diese belastende Vergangenheit, um vor einem möglichen Wiederaufleben von Nationalismus und Militarismus in Japan zu warnen – und sie können dabei auf das Verhalten zahlreicher politischer Führungskräfte verweisen, die sich bis heute weigern, die japanischen Kriegsverbrechen anzuerkennen.

Der kräftige Aufschwung der chinesischen Wirtschaft und Pekings Streben nach einer Vormachtstellung in Asien nähren neue Spannungen zwischen den beiden Staaten. Chinas Widerstand gegen eine Beförderung Japans zum Ständigen Mitglied des UN-Sicherheitsrats ist den Beziehungen nicht gerade förderlich und trägt dazu bei, Japan in der Rolle des »kleinen Vollzugsgehilfen« der USA zu halten. Dabei möchte es mit gleichem Recht wie die wichtigsten Staaten der Europäischen Union als Mittelmacht anerkannt werden.

► Umstrittene Kurilen





Japan: kalte Freundschaft zu den USA

Die beiden pazifischen Mächte haben sowohl wirtschaftlich als auch vor allem militärpolitisch viele gemeinsame Interessen. Doch inzwischen werden die Rufe nach einem »Bündnis ohne Militärbasen« lauter.

Nachdem sich Japan 1868 der Welt wieder geöffnet hatte, orientierte es sich an europäischen Staats- und Entwicklungsmodellen. Die Niederlage von 1945 führte dann aber zu einer immer stärkeren Orientierung an den USA, die das Land bis 1952 besetzt hielten. Die daraus entstandenen bilateralen Beziehungen waren entscheidend für das ökonomische und geostrategische Gleichgewicht des Kalten Kriegs in Ostasien und im westlichen Pazifik. Seit 1989 versucht Tokio, sie zu vertiefen. Zugleich will es sich von dem Partner emanzipieren, dessen neue Rolle als globale Hegemonialmacht ihn noch unersetzlicher, zugleich aber auch weniger berechenbar macht.

Auch wirtschaftlich waren die USA ein halbes Jahrhundert lang der wichtigste Partner Japans. Mit den Dollarerlösen seiner enormen Exportüberschüsse kaufte

Japan US-Staatsanleihen und finanzierte damit zum Teil die Handels- und Haushaltsdefizite Washingtons. Die ausgewogene wechselseitige Abhängigkeit, die sich trotz vieler Reibungen daraus ergab, wird heute durch den rasanten Aufstieg Chinas unterlaufen: Seit einigen Jahren hat Peking als Großkäufer von US-Schatzanweisungen Tokio abgelöst und ist zugleich der wichtigste Handelspartner Japans geworden, was dessen schwierige wirtschaftliche Erholung unterstützt. Die antiamerikanischen Nationalisten Japans sehen in dieser Entwicklung eine Schwächung des Verhältnisses zu den USA. Für die proamerikanischen Nationalisten dagegen ist eine Vertiefung der Beziehungen mit Washington unerlässlich, damit das Land seine Position behaupten kann.

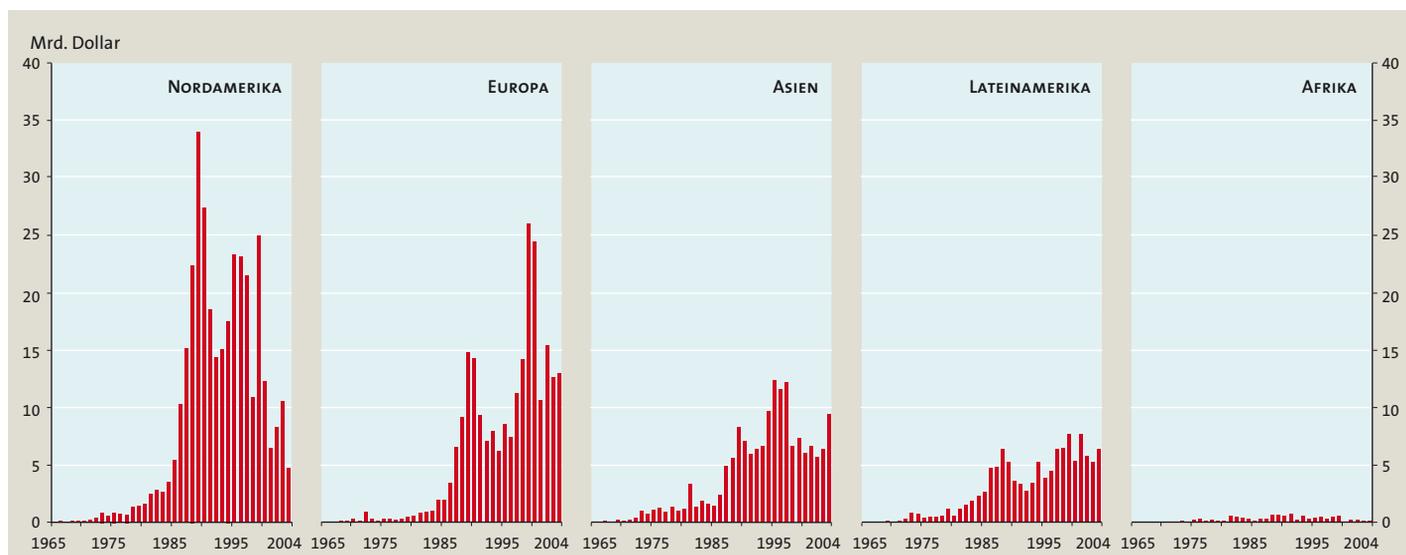
Auf der strategischen Ebene bleibt der 1952 geschlossene Vertrag mit den USA für die Sicherheit Japans lebenswichtig. Obwohl Tokio heute eine mächtige Armee besitzt und mit fast 50 Milliarden Dollar das – nach Angaben des Friedensforschungsinstituts Sipri für das Jahr 2005 – vierthöchste Militärbudget der Welt aufzuweisen hat, wird sein Handlungsspielraum durch die Verfassung stark eingeschränkt. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf ballistische Waffen, über die nicht nur Nordkorea verfügt, sondern vor allem China, das seine regio-

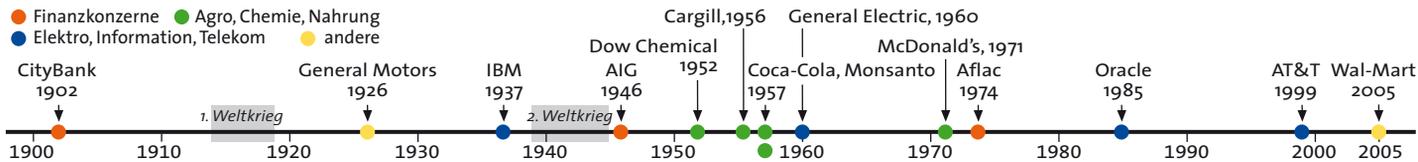
nale Vormacht wiederherstellen möchte. Die Eindämmung der »chinesischen Bedrohung« – dieser Ausdruck wurde 2004 erstmals gebraucht – ist die größte strategisch-diplomatische Sorge Tokios. Weitere Prioritäten sind die Stabilisierung der koreanischen Halbinsel, der Einfluss im Mittleren Osten, auf dessen Öl Japan angewiesen ist, und das Streben nach einem Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

Keines dieser Ziele kann ohne Unterstützung Washingtons erreicht werden. Diese Abhängigkeit äußert sich seit gut zehn Jahren in der Teilnahme an bilateralen Raketenabwehrplänen und der wachsenden militärischen Zusammenarbeit, neuerdings auch in den Diensten der japanischen Marine beim Transport von US-Truppen nach Afghanistan (2001) und in der Entsendung von 600 Soldaten in »humanitärer Mission« in den Irak (2004). Mit neuen Richtlinien für die Anwendung des Sicherheitsvertrags (1996) verpflichtete sich Tokio gegenüber den US-Streitkräften zu logistischer Hilfe, sollte es im asiatischen Raum – entsprechend der Erklärung vom Februar 2005 einschließlich Taiwans – zu einer Krise kommen. So hat Japan seinen Status als Protegé überwunden und ist zum aktiven Partner der Supermacht USA geworden.

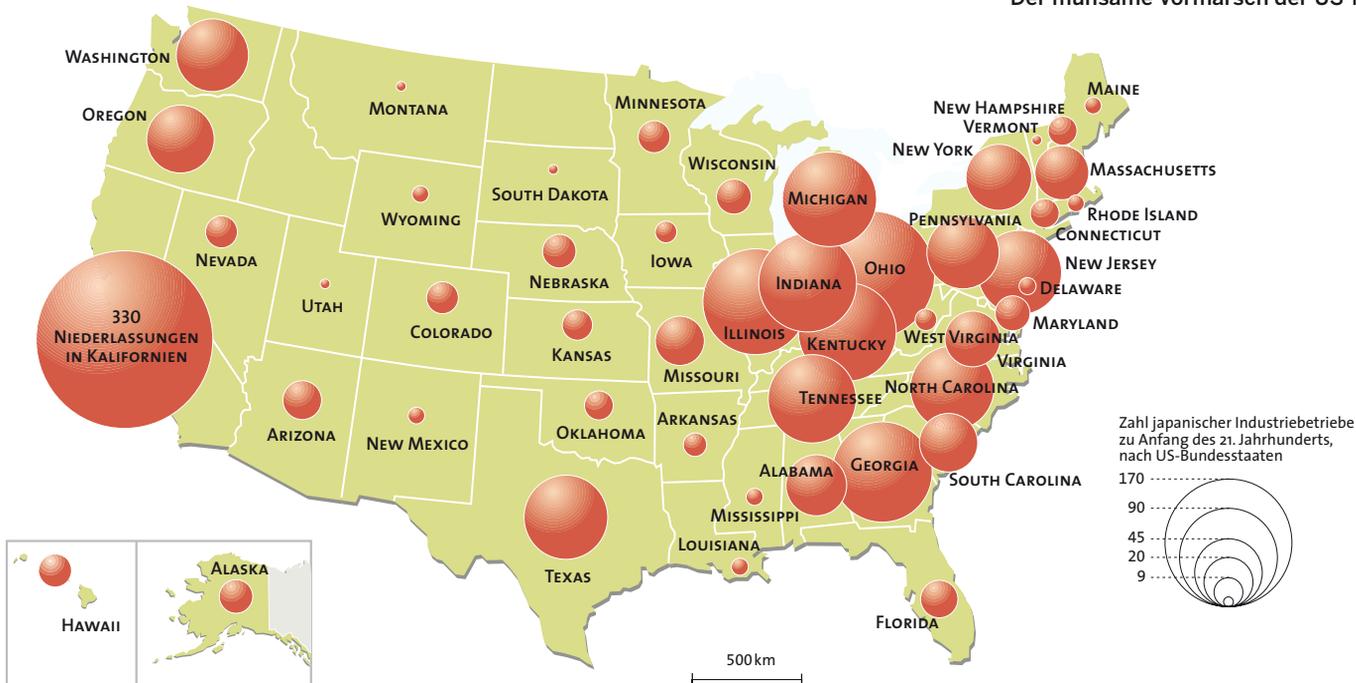
Diese Partnerschaft bleibt jedoch begrenzt. Die japanischen Streitkräfte dürfen sich nicht an Kampfhandlungen be-

► Wo Japan investiert: Industrieländer verlieren an Attraktivität, und Asien bleibt nachrangig





Der mühsame Vormarsch der US-Multis ◀



Nippons Investoren in den USA ◀

teiligen, und ihre Missionen außerhalb Asiens werden nur durch befristete Übergangsgesetze gebilligt. Zum großen Ärger der Falken im Pentagon bekräftigt Tokio bei jeder Gelegenheit den Vorrang der UNO vor einseitigen Aktionen und die Verweise auf Friedensprinzipien der japanischen Verfassung, die auf einem breiten nationalen Konsens beruhen.

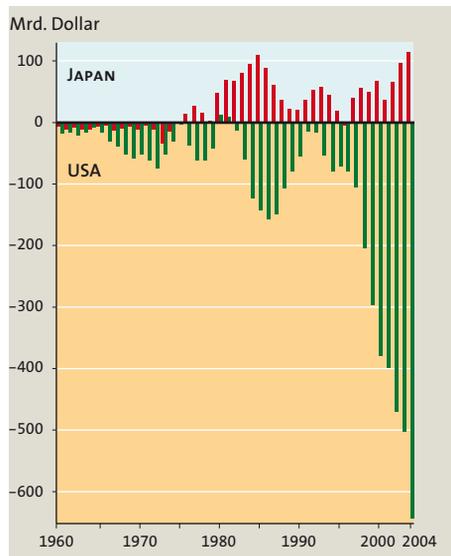
Mehrfach hat Japan sich zum Schutz seiner nationalen Interessen entschieden, anderweitige Partnerschaften zu verstärken, insbesondere in Korea und im Mittleren Osten, wo es mit dem Iran, von dem es 16 Prozent seines Rohöls bezieht, und den diversen arabischen Regimen kooperiert. Damit geht man auf Distanz zu den Neokonservativen in den USA, die ihre »demokratische Mission« notfalls auch militärisch durchsetzen wollen. Von Washington abgesetzt hat sich Tokio auch durch die Ratifizierung des Kiotoabkommens, die Unterzeichnung der Ottawa-Konvention zur Ächtung von Antipersonenminen und sein Engagement bei der Etablierung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH).

Unklar ist, ob die Doppelstrategie gegenüber Washington auf Dauer trägt. Der

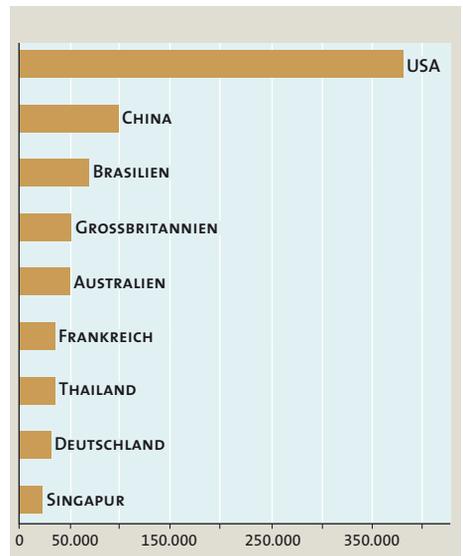
Ruf nach einem »Bündnis ohne US-Militärbasen« ist in der Öffentlichkeit neuerdings lauter zu hören. Eine Rolle spielen dabei auch die von US-Soldaten insbesondere auf Okinawa begangenen Verbrechen – und der neonationale Wind, der im ganzen japanischen Archipel zu spüren ist.

- WWW**
- Militärisches**
 - www.jda.go.jp/e/index_h.htm
 - www.apcss.org
 - Institute und Agenturen**
 - www.jpri.org
 - www.jusfc.gov
 - Dokumente**
 - www.ioc.u-tokyo.ac.jp/~worldjpn/documents/indices/docs/index-ENG.html

Unausgeglichene Handelsbilanzen ◀



Japaner im Ausland ◀



Atomwaffen und Hungersnot in Nordkorea

► Die geteilte Halbinsel



Das Regime in Pjöngjang fühlt sich von den USA bedroht und sieht die eigene Bombe als einziges Mittel, sich vor einem Angriff zu schützen. Die Krise wäre leichter zu lösen, wenn Washington auf seine »Schurken«-Rhetorik verzichtete.

Der erste Schritt zu Nordkoreas Atomwaffenprogramm war eine Antwort auf die Stationierung von US-amerikanischen Raketen in Südkorea während des Kalten Krieges. In dieser Zeit sah die strategische Doktrin Washingtons für den Ernstfall den Einsatz von Atomwaffen vor. Dies galt für Korea ebenso wie für Europa. Doch in Europa waren Atomwaffen nur als letztes Mittel vorgesehen, falls eine Invasion mit konventionellen Waffen absolut nicht zu verhindern war. Da außerdem auch die Sowjetunion über die Atombombe verfügte, hätten die USA beim Einsatz ihrer auf dem Kontinent stationierten taktischen Atomwaffen einen totalen Krieg riskiert.

Washington glaubte jedoch, in Korea taktische Atomwaffen »unmittelbar nach Ausbruch eines Krieges« ungestraft einsetzen zu können. Derartige Absichten wurden durch Militärübungen verdeutlicht, denen Szenarien eines Atomkriegs zugrunde lagen. Sicher war es das Ziel dieser Manöver, Pjöngjang abzuschrecken und vor einem konventionellen Angriff zu warnen. Doch wie Peter Hayes vom Nautilus-Institut gezeigt hat, wurde Nordkorea durch all die Drohungen so »überabgeschreckt«, dass es die Gefahr eines tatsächlichen Atomangriffs »für vorstellbar, ja sogar für wahrscheinlich hielt«.

1999, dreiunddreißig Jahre nach der Stationierung von 1958, kündigte Präsident Clinton den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Südkorea an. So machte er den Weg für das Abkommen von Pjöngjang frei, in dem 1994 das Einfrieren der nordkoreanischen Bemühungen um eine Atomwaffenproduktion auf

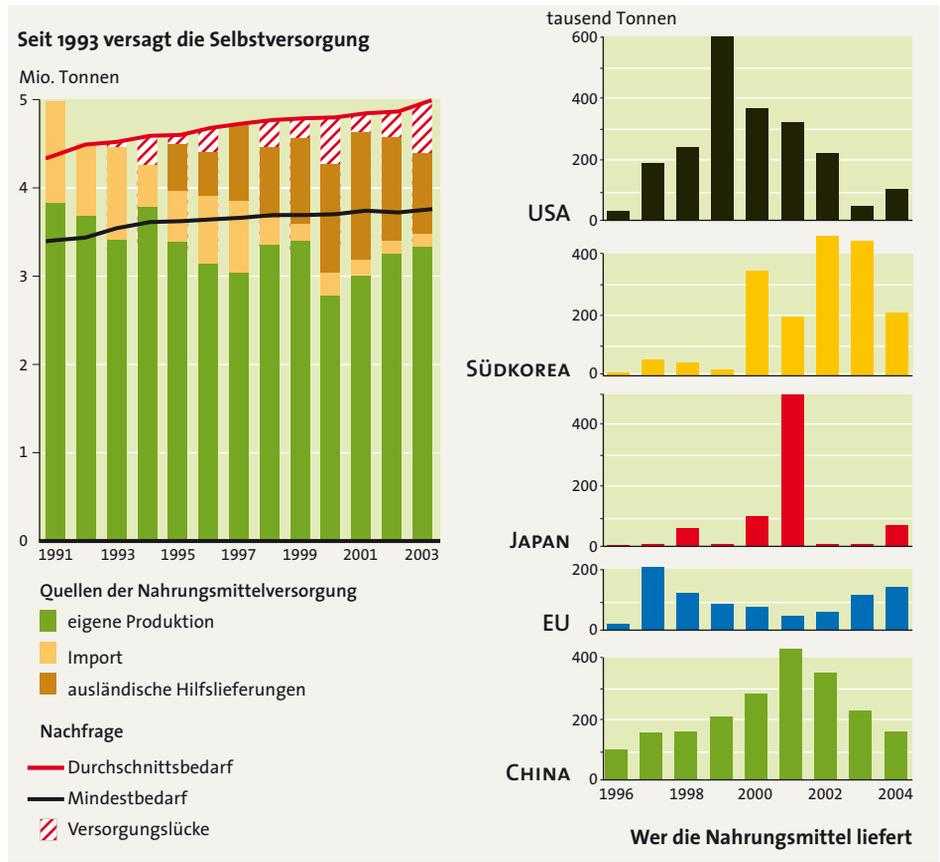
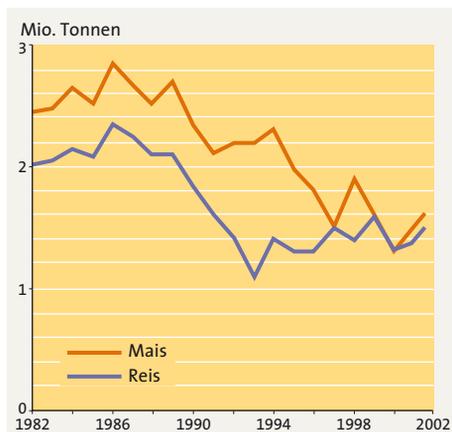
acht Jahre verabredet wurde. Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Il unterzeichnete den Vertrag gegen den Willen seiner Hardliner-Generäle, in der Hoffnung, von den USA diplomatische Anerkennung und wirtschaftliche Unterstützung zu erhalten.

Aber nichts davon ging in Erfüllung. Der Clinton-Administration waren die Hände gebunden, weil die republikanische Mehrheit im Kongress das Abkommen ablehnte. Diese argumentierte, einem totalitären Staat wie Nordkorea könne man nicht vertrauen und wenn die USA die Pjöngjang zugesagten Öllieferungen einstellten, würde Nordkorea von selbst zusammenbrechen. Es sei wünschenswert, das Ende des Nordens und seine Einverleibung in den Süden oder zumindest einen Regimewechsel herbeizuführen.

Die Befürworter des Abkommens hielten dem entgegen, es seien schon wesentliche Reformen eingeleitet worden und eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen würde die politische Liberalisierung Nordkoreas vorantreiben. Nachdem im Januar 2001 George W. Bush ins Weiße Haus eingezogen war, erklärte Außenminister Colin Powell, er wolle den Rahmenvertrag bewahren, um die Dinge »dort wieder aufzugreifen, wo die Clinton-Administration sie gelassen« habe. Aber auch er scheiterte am Widerstand der Kräfte, die einen »Regimewechsel« wollten.

Am 20. September 2002 präsentierte die Bush-Administration eine neue nationale Sicherheitsdoktrin, die Washington das Recht zusprach, einen Präventivkrieg gegen Nordkorea und andere »Schurkenstaaten« oder potenzielle Feinde zu führen. Nur drei Monate später wurde der Rahmenvertrag von den USA aufgekün-

► **Schlechte Ernten für Pjöngjang**



Ein Regime, alimentiert von der Welt ◀

digt. Daraufhin wies Nordkorea die internationalen Inspektoren, die sein Atomprogramm seit 1994 überwacht hatten, aus dem Land. Die Vertreter einer harten Linie fühlten sich durch die so genannte Bush-Doktrin in ihrem Misstrauen gegen das Abkommen bestätigt, und Pjöngjang nahm sein Atomprogramm wieder auf.

Die Bush-Administration rechtfertigte sich mit dem Vorwurf, Nordkorea habe die Urananreicherung zur Waffenproduktion weiter verfolgt und gegen das Abkommen von 1994 verstoßen. Ein Beweis dafür wurde jedoch niemals vorgelegt. Und Ko Young Koo, der Leiter des südkoreanischen Geheimdienstes, erklärte Anfang 2005, nach seinen Erkenntnissen sei »Nordkorea nicht in der Lage gewesen, die Ausrüstungen zu importieren«, deren es bedurft hätte, um eine Atomwaffenfabrik zu errichten. Wie im Fall des Irak hat das Weiße Haus die Geheimdienstinformationen zu politischen Zwecken manipuliert.

Wie auch immer die realen Voraussetzungen sein mögen, seit 2005 strebt Nordkorea seine Anerkennung als Atommacht an, um die USA von der Herbeiführung eines »Regimewechsels« abzuhal-

ten. Zugleich haben Nordkorea, Südkorea, China, Japan, die USA und Russland am 19. September 2005 in einer von allen unterzeichneten Erklärung gemeinsame Ziele festgelegt. Nordkorea kündigt darin die baldige »Aufgabe« seiner Nuklearwaffenproduktion an, während die USA im gleichen Zuge eine stufenweise Normalisierung der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen in Aussicht stellen.

Seither haben die Spannungen wieder zugenommen. Eine Raketentestreihe vom 5. Juli, die vor allem Japan beunruhigte, führte zu einer Resolution des UN-Sicherheitsrats, in der er die Einstellung des nordkoreanischen Raketenprogramms fordert. Ob Nordkorea tatsächlich in der Lage ist, einsatzfähige Atomwaffen zu produzieren, bleibt ungewiss.

WWW

- Einführend**
- de.wikipedia.org/wiki/Portal:Korea
- Institute und Verbände**
- www.ciponline.org/asia
 - www.nautilus.org/fora/security/0660Hayes.html
 - www.armscontrol.org/country/northkorea
 - www.cap-lmu.de/transatlantic/topics/korea_ngo.php
- Kritisches Netzwerk / Links**
- english.jinbo.net

Südostasien lebt vom Export

Die Volkswirtschaften der »Tiger-« und »Panterstaaten« haben sich in der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (Asean) zusammengeschlossen. Die Finanzkrise von 1997/98 ist überwunden, und die Region wächst mit den wirtschaftlich mächtigen Nachbarn im Norden zusammen.

Vor einem Jahrzehnt war noch vom »asiatischen Wunder« und den »asiatischen Werten« die Rede. Die japanische Wirtschaft gab das Tempo vor. Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur, die »Tiger-« oder »Drachenstaaten«, zogen mit – erfolgreiche Varianten des Staatskapitalismus. Die »Panterstaaten« Malaysia, Thailand, Indonesien und die Philippinen folgten dicht auf, und selbst in den Ländern Indochinas nahm das Wachstum zu.

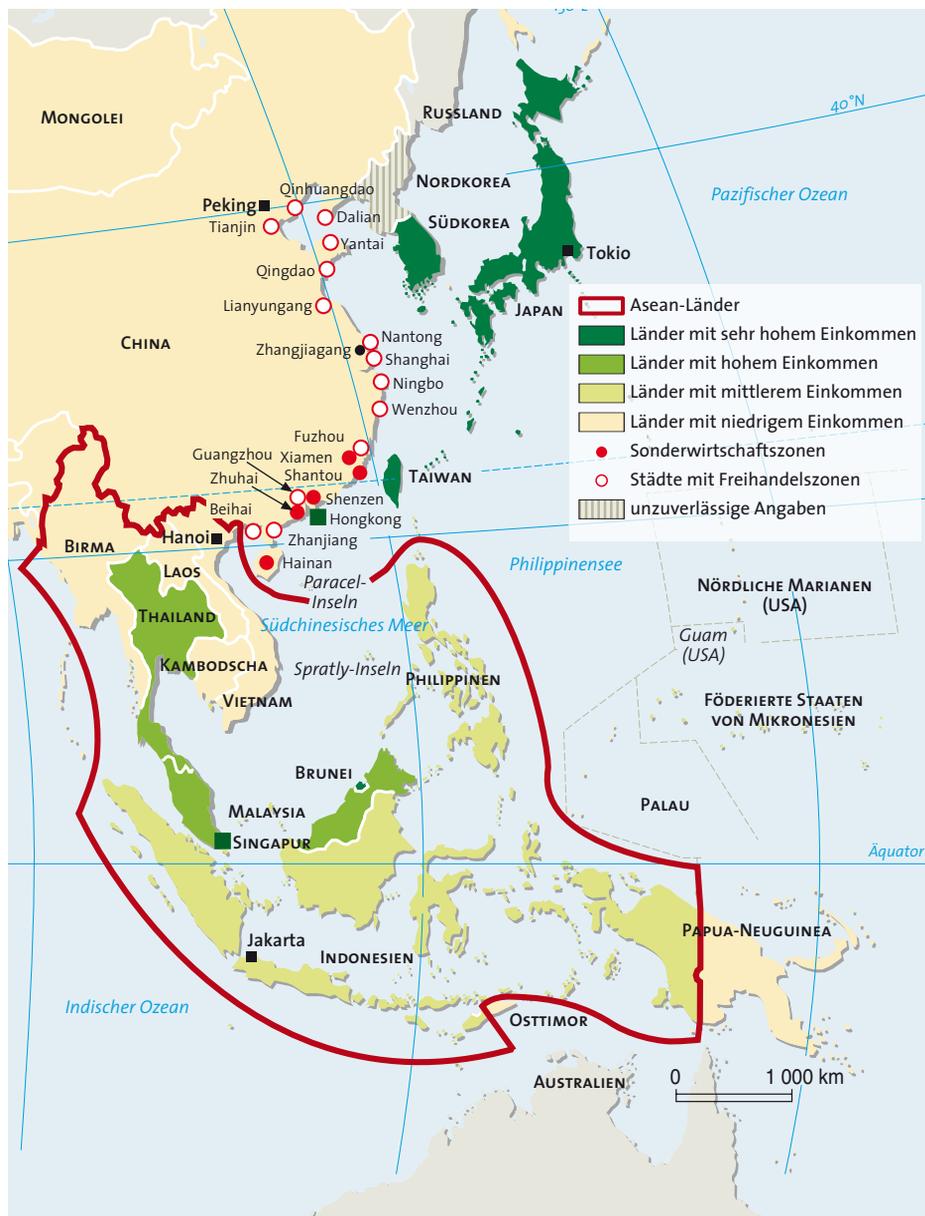
Vor allem in Südostasien zerstörte die regionale Finanzkrise von 1997/98 manche Illusion. Während sich Südkorea bald wieder kräftig erholt, brauchten Thailand und Indonesien lange, um wieder hoch zu kommen. Auch die »asiatischen Werte« wurden nüchterner betrachtet, denn Leistung, Disziplin und Meritokratie – eine Art Herrschaft der Verdienten – sind schlicht ein Teil der neokonfuzianischen Sozialethik. Der wichtigste neue Faktor für die Region ist aber die ökonomische Dynamik Chinas. Auch nach Jahren zeigen sich noch keine Anzeichen für ein Abflauen der chinesischen Konjunktur.

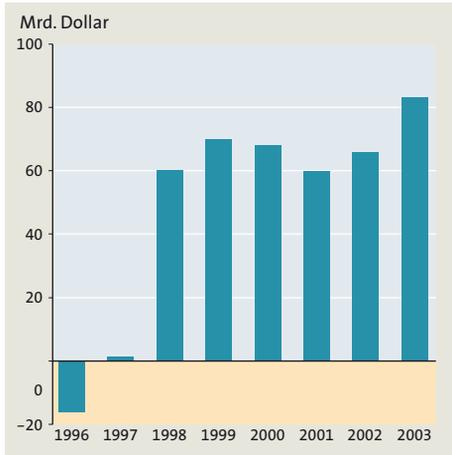
Demgegenüber erscheint der Wohlstand der Asean-Staaten (siehe nebenstehende Karte) eher bescheiden: Aktuell summiert sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aller zehn Mitgliedsländer auf 600 Milliarden Euro. Das ist ebenso viel wie das BIP Südkoreas, aber nur ein Drittel des chinesischen und ein Siebtel des japanischen BIP. Südkorea hat nur 48 Millionen Einwohner, in den Asean-Staaten leben dagegen mehr als eine halbe Milliarde Menschen. Allein Japans wirtschaftliche Erholung mit einer Wachstumsrate von 2 Prozent bedeutet, dass 83 Milliarden Euro zusätzlich erwirtschaftet werden – das ist fast so viel wie das BIP von Singapur mit seinen 4,2 Millionen Einwohnern und das Doppelte des BIP von Vietnam mit 82 Millionen Einwohnern.

Solche Vergleichszahlen ergeben jedoch kein vollständiges Bild der Entwicklung. So ist in Thailand und Indonesien in den vergangenen vierzig Jahren die Säuglingssterblichkeit um 75 Prozent zurückgegangen. Mitte des 20. Jahrhundert lag in Malaysia, auf den Philippinen und in Vietnam die Lebenserwartung unter fünfzig Jahre – heute erreicht sie fast siebzig Jahre. Abgesehen von wenigen Armutsregionen – in Birma (Myanmar), Kambodscha und Laos – wurde überall die Einschulungsquote erhöht, die Stromversorgung wurde verbessert, und die Telekommunikationsnetze wurden ausgebaut.

Die wirtschaftlichen Zuwachsraten in diesen Ländern liegen zwischen 4 und 8 Prozent im Jahr und damit deutlich über dem Bevölkerungswachstum. Vietnam

► Großregion mit gewaltigem Entwicklungsgefälle





► Exportüberschüsse der Asean-Staaten

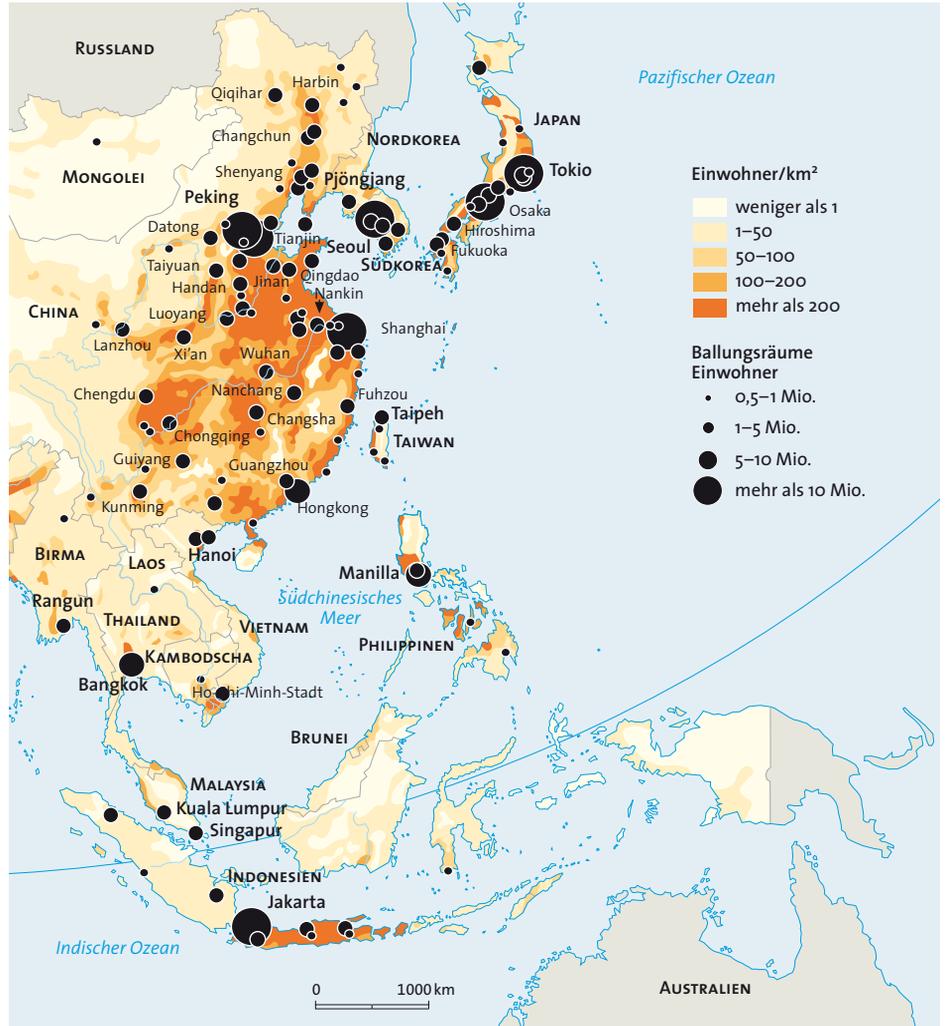
führt diese Statistik an, hatte allerdings auch besonders viel nachzuholen. Doch der wachsende Wohlstand hat seinen Preis: Zu Umweltzerstörung und Raubbau an den natürlichen Ressourcen kommen häufig Einkommensunterschiede. Es bildet sich also eine Gesellschaft zweier Geschwindigkeiten heraus. Vorerst scheint diese Region Asiens aber in der Lage, ihre Krisen und selbst Katastrophen zu bewältigen (Sarsvirus, Vogelgrippe, Ölkrise, Tsunami).

Wachstumsmotor bleibt dabei der Export. Für die Asean-Staaten sind nach wie vor die USA und Japan die wichtigsten Handelspartner. Südostasien bekommt jedoch gerade auf diesen beiden großen Märkten zunehmend Konkurrenz aus China. Der mächtige Rivale zieht aber nicht nur deutlich mehr Auslandsinvestitionen an als jedes andere asiatische Land, sondern bietet auch durch die Öffnung seiner eigenen Märkte Anreize für Handel und Investitionen.

Langsam, aber stetig nimmt somit auch der Handelsaustausch zwischen China und den Asean-Ländern zu. Japans Wirtschaft könnte weitere Wachstumsimpulse für die Region geben, wenn sich, nach fünfzehn Jahren der Stagnation, der Aufwärtstrend stabilisiert. Obwohl Ostasien insgesamt noch auf die US-Verbraucher als Kunden angewiesen ist, integrieren sich die Asean-Staaten immer stärker in diesen größeren Wirtschaftsraum, der

WWW

- Überblick
- de.wikipedia.org/wiki/Asean
- offiziell
- www.aseansec.org
- www.adb.org
- Critical Asian Studies
- www.bcasnet.org



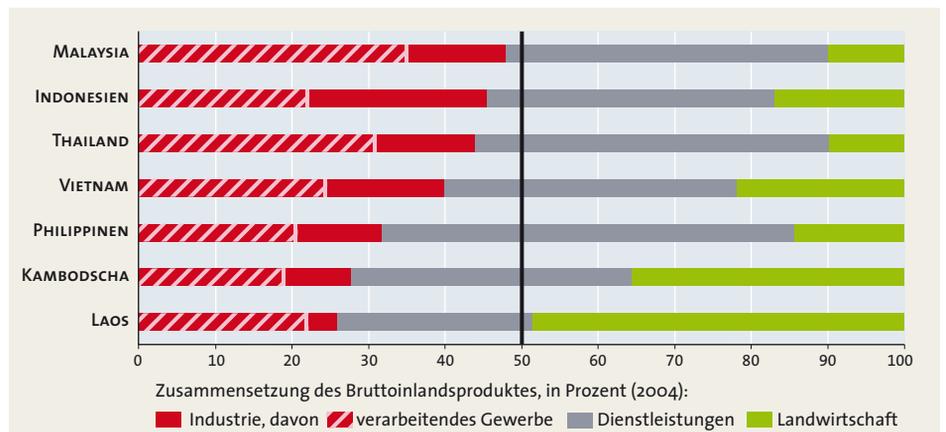
◀ Ost- und Südostasien verstärkern ▶

zunehmend preisgünstige Güter für die entwickelten Märkte produzieren wird.

Auch als Finanzzentrum gewinnt der Raum zwischen China und Indonesien eine immer größere eigenständige Bedeutung. Hier lagern bereits mehr als die

Hälfte der Devisenreserven der Welt, das meiste davon in der Volksrepublik China, Japan und Taiwan. Südostasien bleibt allerdings der Schwachpunkt dieser Großregion. Und die Asean wird daran nicht so schnell etwas ändern können.

◀ Wirtschaftssectoren im Vergleich ▶



Indonesien – langsam voran in die Demokratie

In kleinen Schritten verwandelt sich das bevölkerungsreichste muslimische Land der Welt in einen Rechtsstaat. Doch Wirtschaftskrise, islamistischer Terror und Naturkatastrophen halten den Fortschritt auf. Und das letzte Wort behalten immer noch die Militärs.

Das von der Weltbank gepriesene »Wirtschaftswunder« Indonesiens beruht auf dem Export von Industriegütern und dem geringen Preis der Arbeitskraft. Die asiatische Finanzkrise von 1997/98 hat dem Land dauerhaften Schaden zugefügt, der noch verstärkt wurde durch die Wirkungen der rigiden Anpassungsmaßnahmen, die der Internationale Währungsfonds (IWF) diktiert hat.

In der Folge dieser Krise wurde General Suharto, der 1965 nach dem Massaker an einer halben Million Kommunisten an die Macht gekommen war, zum Rücktritt

gezwungen. Suharto hatte die politische Stabilität mit repressiven Mitteln durchgesetzt. Doch in den 1990er-Jahren bekehrte die Öffentlichkeit gegen »die Familie« auf, die sich der Reichtümer des Landes bemächtigt hatte.

Nachfolger Suhartos wurde sein vormaliger Vizepräsident Habibie, der die Demokratisierung einleitete. Ihm ist auch das Referendum zu verdanken, das Osttimor trotz des rachsüchtigen Zorns der indonesischen Militärs die Unabhängigkeit verschaffte. Die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor war 1976 annektiert worden, wobei die indonesische Armee etwa ein Viertel der Bevölkerung umgebracht hatte.

Im Oktober 1999 brachten die ersten freien Wahlen seit 1955 Abdurrahman Wahid an die Macht. Der charismatische Führer der Nahdlatul Ulama (NU), einer großen muslimischen Organisation, die den auf Java vorherrschenden traditionellen Islam repräsentiert, engagierte sich seit langem für die Demokratie. Es gelang ihm zwar, die Macht der Armee

einzuschränken, aber die juristische Verfolgung des Suharto-Clans wurde bald eingestellt. An den zunehmenden Gewalttätigkeiten ließ sich ablesen, wie viel Einfluss die Kräfte des alten Regimes bewahrt hatten. Von Skandalen geschwächt, konnte Wahid weder die erwarteten Reformen durchsetzen noch die schweren religiösen und separatistischen Konflikte auf den Molukken und in Aceh und Westpapua beenden.

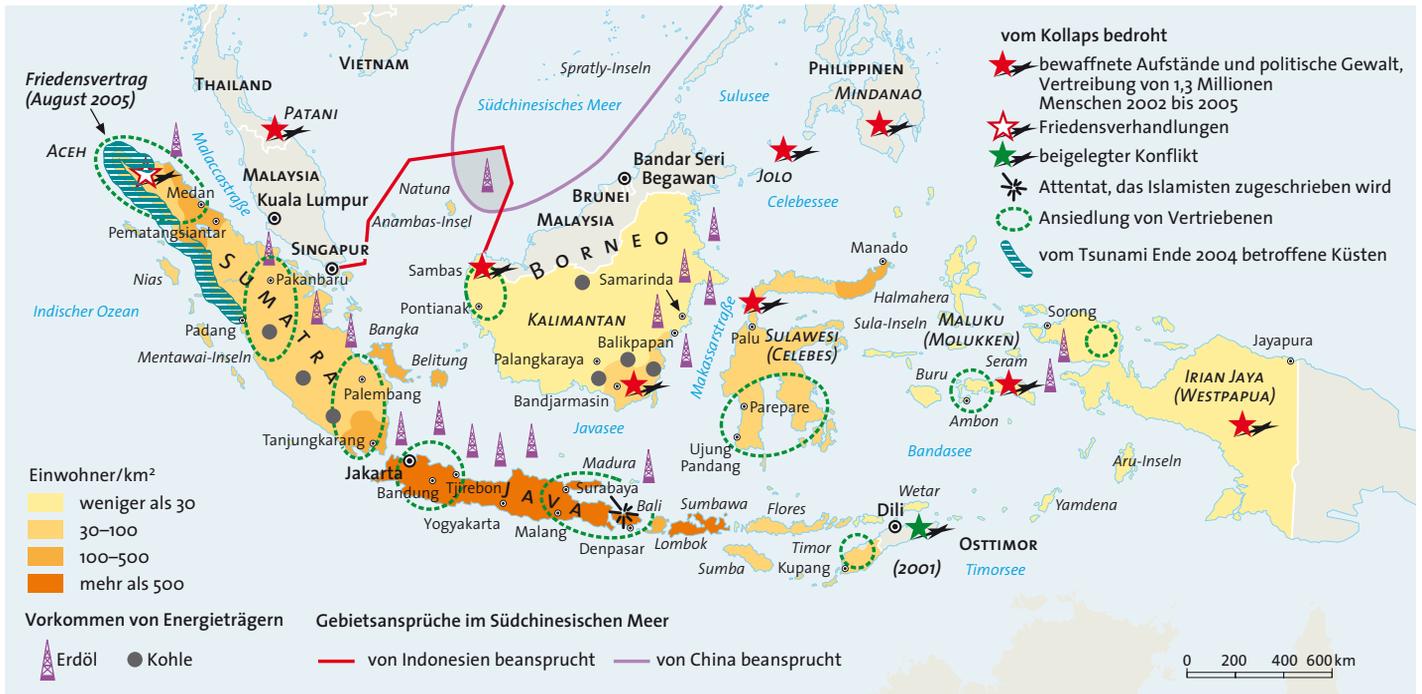
Im Juli 2001 wurde Wahid von seiner Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri abgelöst, die als Gründerin und Vorsitzende der »Kämpferischen Demokratischen Partei Indonesiens« (PDI-P) schon 1999 ein Drittel der Stimmen geholt hatte, deren Präsidentschaft aber an der Opposition der islamischen Parteien scheiterte. Die Tochter des ehemaligen Präsidenten Sukarno hat die großen Hoffnungen, die in sie gesetzt worden waren, bald enttäuscht. Sie musste Kompromisse mit den Muslimen und mit der Armee eingehen und war damit politisch gelähmt. Die wirtschaftlichen Probleme, die von der Krise von 1998 herrührten, dauerten ebenso an wie die regionalen Konflikte. Die Korruption blühte, mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung war arbeitslos, und die Hälfte der Gesamtbevölkerung lebte von weniger als zwei Dollar am Tag.

Nach dem 11. September 2001 hatte Megawati Sukarnoputri versprochen, sich am Kampf gegen den Terrorismus zu beteiligen. Aber das zu 87 Prozent muslimische Indonesien, wo ein gemäßigter Islam vorherrscht und religiöse Toleranz zu den Grundlagen der Gesellschaft gehört, wurde plötzlich selbst vom islamistischen Terror getroffen. Das Attentat auf Bali vom 12. Oktober 2002, dem 202 Menschen, vor allem westliche Touristen, zum Opfer fielen, galt als Werk einer Untergrundorganisation, der von Afghanistانبeteranen inspirierten Jemaah Islamiyah. Weitere Anschläge machten deutlich, dass der islamistische Terrorismus Anhänger in Indonesien gefunden hatte.

Trotz Festnahmen und Verurteilungen steht die indonesische Regierung vor einem Dilemma, da sie weder als islam-

► Sterblichkeit und Armut





Konflikte und Spannungen ◀

feindlich noch als Büttel der USA erscheinen möchte. So vermied sie, dem Druck aus Washington und Canberra nachzugeben und die Jemaah Islamiyah zu verbieten oder deren mutmaßlichen Führer, den alten Abu Bakar Baschir, als Verantwortlichen zu verurteilen. Zugleich weigerten sich die USA, dem indonesischen Gericht Beweise für ihre Behauptungen zu übermitteln. Am Ende protestierten die USA auch noch, als der Prediger im Juni 2006 nach Verbüßung einer Haftstrafe wegen minderer Delikte in einem korrekten Verfahren vorzeitig freigelassen wurde.

Der neue Staatschef Susilo Bambang Yudhoyono, genannt »SBY«, wurde 2004 zum ersten direkt gewählten indonesischen Präsidenten. Der 57-jährige pensionierte General aus Java gilt als Hoff-

nungsträger, obwohl er unter Suharto Karriere gemacht und mit der Tochter des Kommandanten Sarwo Edhie, der 1965 viele Massaker unter den Kommunisten befohlen hatte, verheiratet ist. Bezeichnenderweise haben die Indonesier keinen der Kandidaten gewählt, die sich auf den Islam berufen, sondern denjenigen, der den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Korruption, ein neues Wirtschaftswachstum, Ordnung und nationale Einheit verspricht.

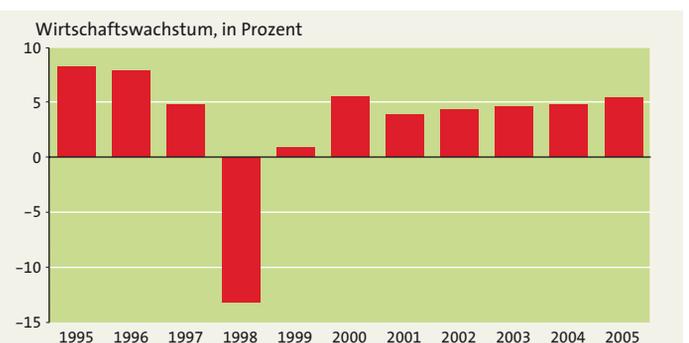
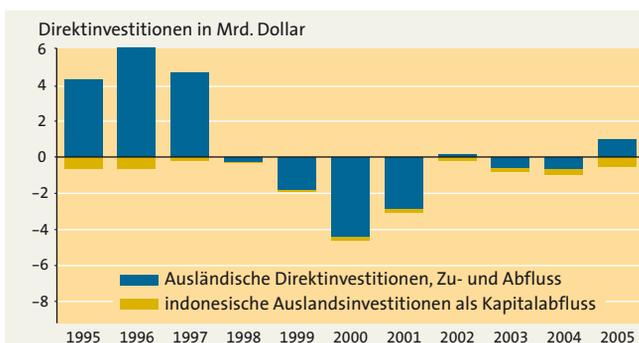
Angesichts dieser fast unlösbaren Aufgaben war der Tsunami vom Dezember 2004 mit mindestens 131.000 Toten und 500.000 Obdachlosen trotz internationaler Hilfe ein besonders harter Schlag. Seitdem hat SBY ein Friedensabkommen mit den Separatisten der Provinz Aceh geschlossen, indem er die Armee abzog.

Aber das Vertrauen der Investoren ist noch nicht wiederhergestellt. Die Wachstumsrate von 5,6 Prozent im Jahr 2005 sieht nicht schlecht aus, ist aber unzulänglich. Und der indonesische Ölreichtum ist nahezu versiegt. Das Opec-Mitglied Indonesien ist Netto-Ölimporteur geworden. Zugleich wird das Mineralöl weiter subventioniert, was bis zu einem Viertel des Staatshaushalts verschlingt. Jede weitere Preiserhöhung führt dennoch zu Massenprotesten. Nun soll auf der dicht bevölkerten Insel Java ein erstes Atomkraftwerk entstehen.

WWW

- Einführend**
- de.wikipedia.org/wiki/Indonesien
- Medien**
- www.tempointeractive.com
 - www.thejakartapost.com

Die Wirtschaftskrise von 1997 und ihre Folgen ◀



Muslime, Christen und Buddhisten – das Südostasien der Religionen

Es gibt kaum einen Konflikt in der Region zwischen Burma, Bali und den Philippinen, der nicht unter religiösen Gesichtspunkten analysiert wird. Aber nur selten spielt der Islamismus hinein – in Wirklichkeit gehen die Gewalttätigkeiten meist auf soziale und politische Konflikte zurück.

Das Interesse an den Muslimen Südostasiens resultiert häufig aus ihrer angeblichen Feindseligkeit gegen Angehörige anderer Konfessionen, und zwar nicht nur im religiösen und kulturellen, sondern auch im sozialen und politischen Bereich. Ein reines Vorurteil? Wer

sich genauer damit befasst, wie der Islam vor fast tausend Jahren über den friedlichen Weg des Fernhandels seinen Einzug in Südostasien gehalten hat, wird allerdings kaum daran zweifeln, dass die dort lebenden Muslime zu einem nachbarschaftlichen Miteinander in der Lage sind. Der Islam hat in der soziokulturellen Landschaft dieser Region seinen Platz unter den anderen Religionen gefunden, häufig sogar in enger Symbiose.

In Indonesien sind von den 220 Millionen Einwohnern 87 Prozent Muslime. Auch die malaiische Bevölkerung Malaysias beruft sich auf den Islam, genau wie die Bewohner einiger Randgebiete Thailands oder der Philippinen. Der früh nach Südostasien importierte Hinduismus lebt bis heute in Glaubensgemeinschaften auf der Insel Bali weiter, wie auch in den indischen Vierteln von Großstädten

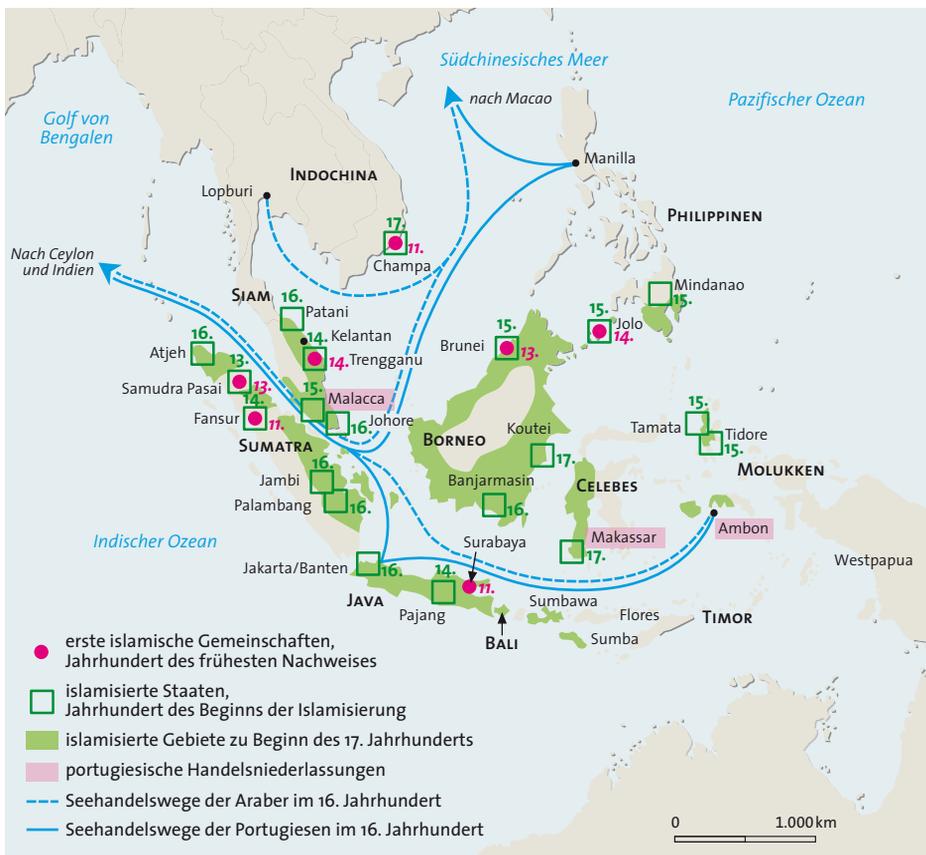
wie Bangkok in Thailand oder Kuala Lumpur in Malaysia. Die christlichen Religionen sind auch jenseits ihrer philippinische Hochburg fast überall vertreten. Ein Teil der chinesischen Diaspora ist unter europäischem Einfluss zum Christentum konvertiert, und in jüngster Zeit haben die Baptisten eifrig Missionsarbeit bei den Minderheiten der Hochländer geleistet, von Birma über Zentralvietnam bis hin nach Neuguinea. Der Buddhismus schließlich kann in Birma, Kambodscha und Thailand als Staatsreligion betrachtet werden.

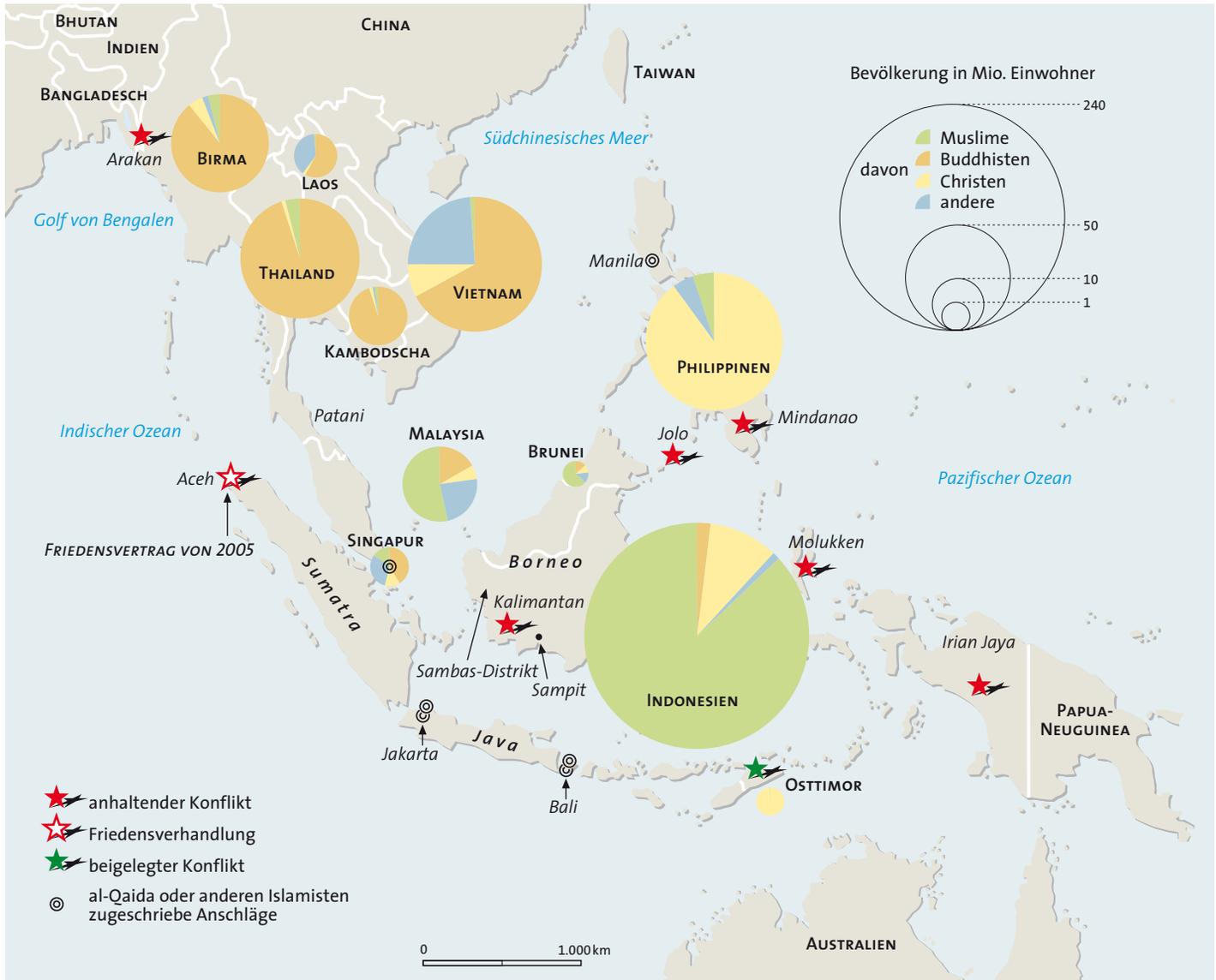
Die Unterwerfung des muslimischen Königreichs Patani durch das Thai-Königreich Siam gegen Ende des 18. Jahrhunderts war der Auslöser für lange andauernde Konflikte, die religiös eingefärbt waren. Ähnliche Wirkung hatte auch der von den Kolonialmächten erzwungene Zusammenschluss christlicher und muslimischer Glaubensgemeinschaften auf den spanischen Philippinen und in Niederländisch-Indien, dem späteren Indonesien. Aber auch in jüngster Zeit waren es eher lokale Interessen als die Religionszugehörigkeit, die solche Konflikte auf die Spitze getrieben haben.

Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 beginnt sich eine neue Lesart der Konflikte in Südostasien durchzusetzen. Ohne Rücksicht auf lokale Eigentümlichkeiten wird seitdem die Religion zum ausschließlichen Kriterium des Unterschieds, ja zum notwendigen und ausreichenden Grund für die Konfrontation erklärt. Verstärkt wurde diese von den Theoretikern des »clash of civilizations« beförderte Sichtweise durch das Auftreten der islamischen Organisation Jemaah Islamiyah, einer regionalen extremistischen Bewegung in Indonesien, die mit dem weltweiten Al-Qaida-Netzwerk in Verbindung gebracht wird.

Was lässt sich im Jahr 2006 über diese Organisation sagen – vier Jahre nach dem mörderischen Anschlag auf eine Diskothek auf Bali, der Jemaah Islamiyah bekannt gemacht hat? Es handelt sich um eine Hand voll Leute, die seit langem von sich reden machten. Die ältesten waren

► Die Anfänge des Islam in Südostasien





Viele Gläubige, viele Konflikte – aber nur wenige Glaubenskonflikte ◀

sich in den 1970er-Jahren bei islamisch-extremistischen Abenteuern irgendwo zwischen Zentraljava, Malaysia und Afghanistan begegnet und wurden weitgehend außer Gefecht gesetzt. Für diese Weltuntergangspropheten war es die größte Überraschung, dass die Jemaah Islamiyah trotz der oft ungeschickten westlichen Reaktionen auf ihre Attentate bei der allergrößten Mehrheit der Muslime in der Region keine Sympathie gefunden hat.

Zwar gewinnt der Islam aus regionalen und globalen Gründen seine Identität stiftende Kraft zurück, doch blinde Gewalt stand nie auf dem Programm der politischen Bewegungen, die sich im Süden Thailands oder auf den südlichen Philippinen im Krieg mit der Zentralregierung befinden. Ihre Kampfhandlungen sind

heute wie gestern auf Ziele gerichtet, die durch ihre Aktionen nicht unglaubwürdig werden sollen. Zwar werden Fanatiker immer die Möglichkeit zu spektakulären Aktionen haben. Aber die Attentate waren für die allermeisten Muslime Südostasiens ein derartiger Schock, dass die meisten, manchmal sogar die radikalsten sie gegen jede Vernunft den »Feinden des Islam« zur Last legen, allen voran Israel und den USA.

Dabei ist es durchaus gerechtfertigt, über das Aufleben eines islamischen Neofundamentalismus beunruhigt zu sein, der in Südostasien wie anderswo nur Intoleranz und systematische Verdummung fördert. Doch die Spannungen und die Gewalt, die diesen Teil Asiens erschüttern, sind ohne Zweifel anderen Gründen zuzuschreiben. Arbeitslosigkeit,

wirtschaftliche Schwierigkeiten und soziale Ungleichheit wecken manchmal den verzweifelten Wunsch, die eigene Identität in Opposition zu einer als feindlich empfundenen herrschenden Ordnung auf spektakuläre Weise zur Geltung zu bringen.

WWW

Statistik

• de.wikipedia.org/wiki/Bild:Weltreligionen.png

Institute

- www.irasec.com/en
- www.isim.nl
- www.zmo.de

Religionen und Gruppen

- www.sistersinislam.org.my
- www.hfph.mwn.de/igp/res/Religionsfreiheit-StdZ.pdf
- en.wikipedia.org/wiki/2002_Bali_bombing

Robot

- www.einnews.com/south-east-asia/newsfeed-south-east-asia-religion

Aus der Werkstatt des Kartografen

von PHILIPPE REKACEWICZ

Mittels einer Karte kann man die Welt aus der Luft betrachten, ganze Länder oder Kontinente mit einem Blick erfassen. Eine Karte vermittelt ein Gefühl der Macht, erzeugt die Illusion, das abgebildete Gebiet zu beherrschen. Kein Wunder, dass bei der Entstehung von Karten höchste Sorgfalt gepflegt wird und dass von der konzeptionellen Idee über die Wahl des Ausschnitts bis zur grafischen Umsetzung nichts dem Zufall überlassen bleibt.

Karten dienen unter anderem auch der »Unterwerfung« von anderen Völkern, können also einen absoluten Machtanspruch ausdrücken. Das wird höchst evident, wenn man in Rom die Via dei Fori Imperiali von der Piazza Venezia zum Kolosseum entlangwandert und nahe dem Eingang zum Forum Romanum die grotesk dimensionierten Karten betrachtet, die Mussolini in den 1930er-Jahren zum Ruhme des Römischen Reiches aufstellen ließ. Oder wenn man die Galerie delle Carte Geografiche des Vatikanischen Museums besucht, wo die Wände vom Fußboden bis zur Decke mit topografischen Karten Italiens vollgehängt sind.

Karten sind Herrschaftsinstrumente. Mit ihrer Hilfe kann man unter anderem ethnische oder nationale Ansprüche formell untermauern, zum Beispiel durch die Fixierung der aktuellen Grenzverläufe, wenn andere Staaten mit irrationalen Argumenten einen Teil des eigenen Staatsgebiets beanspruchen. Auch kann man mittels einer Karte einem Volk das Existenzrecht bestreiten. Die Vorstellung, es könnte eine »offizielle«, das heißt allseits akzeptierte Aufteilung der Welt geben, ist eine Illusion, die zu zerstören die Aufgabe der Kartografen ist.

Wie sollte eine solche »gute Karte« beschaffen sein? Alle Betroffenen haben »ihre« Wahrheit, berufen sich auf ihre eigenen Identität stiftenden historischen und geografischen Argumente. Eine »Autorität«, die gültige Regeln aufstellt und einfache Lösungen bietet, gibt es nicht. Es gibt nur mehr oder weniger überzeugende intellektuelle Konstrukte, die sich auf die Kultur, die Geschichte oder die Geografie berufen und die sich die Kartenhersteller aneignen, und das heißt vor allem die Staaten. Im besten Fall könnte eine vermittelnde Institution wie die UNO die Legitimität beanspruchen, in strittigen Fällen eine faire Lösung vorzuschlagen.

Bei der Umweltministerkonferenz der Vereinten Nationen im Februar 2001 unterbrachen die Vertreter der Volksrepublik China eine Plenarsitzung und verließen vor den ungläubig staunenden Delegierten den Saal. Sie boykottierten die weiteren Verhandlungen, weil Taiwan auf einer Karte und in einem Arbeitspapier als unabhängiger Staat auftauchte. Sie kehrten erst wieder an den Verhandlungstisch zurück, nachdem die beanstandeten Dokumente aus dem Verkehr gezogen waren.

In ähnlicher Weise zensiert die Regierung von Marokko sämtliche Publikationen mit Karten, in die eine Grenzlinie

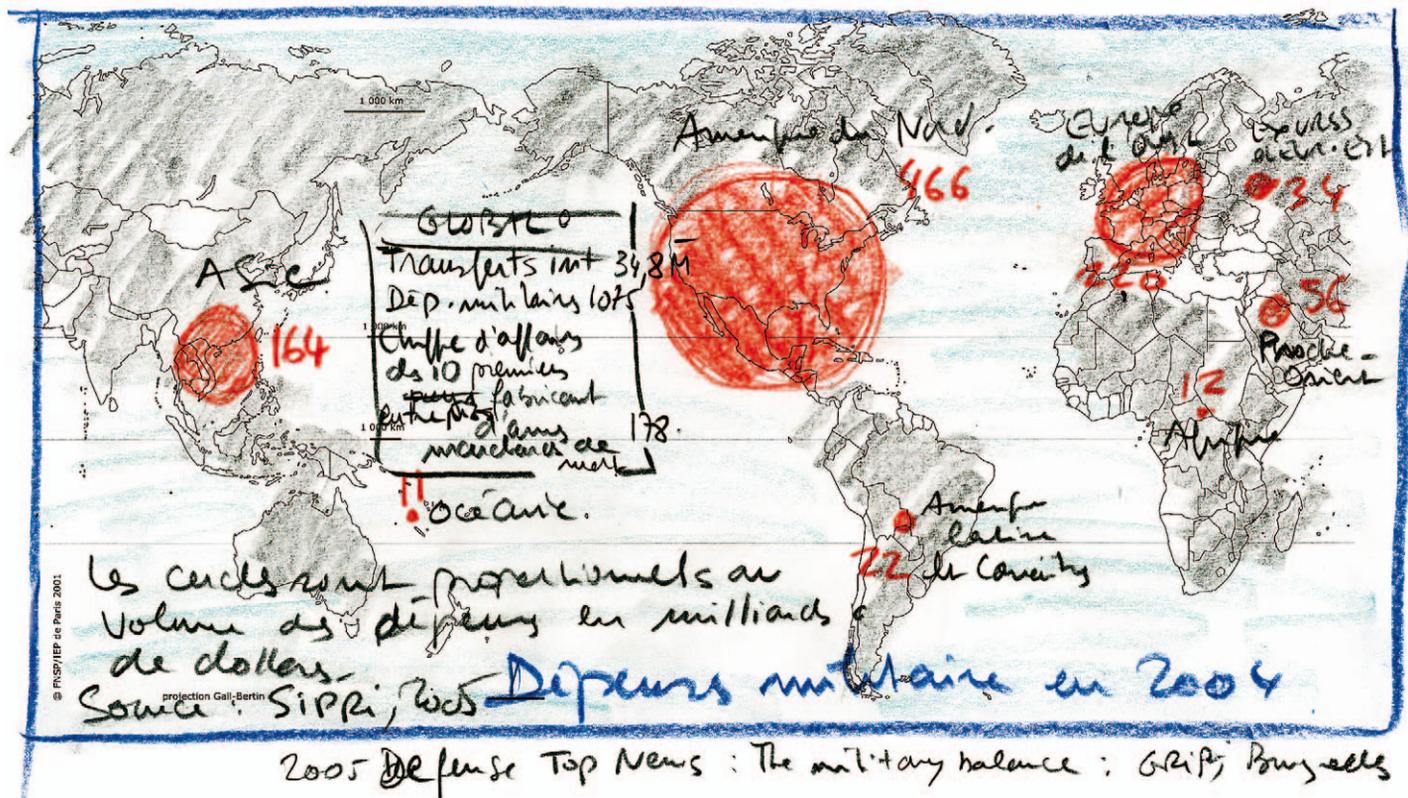
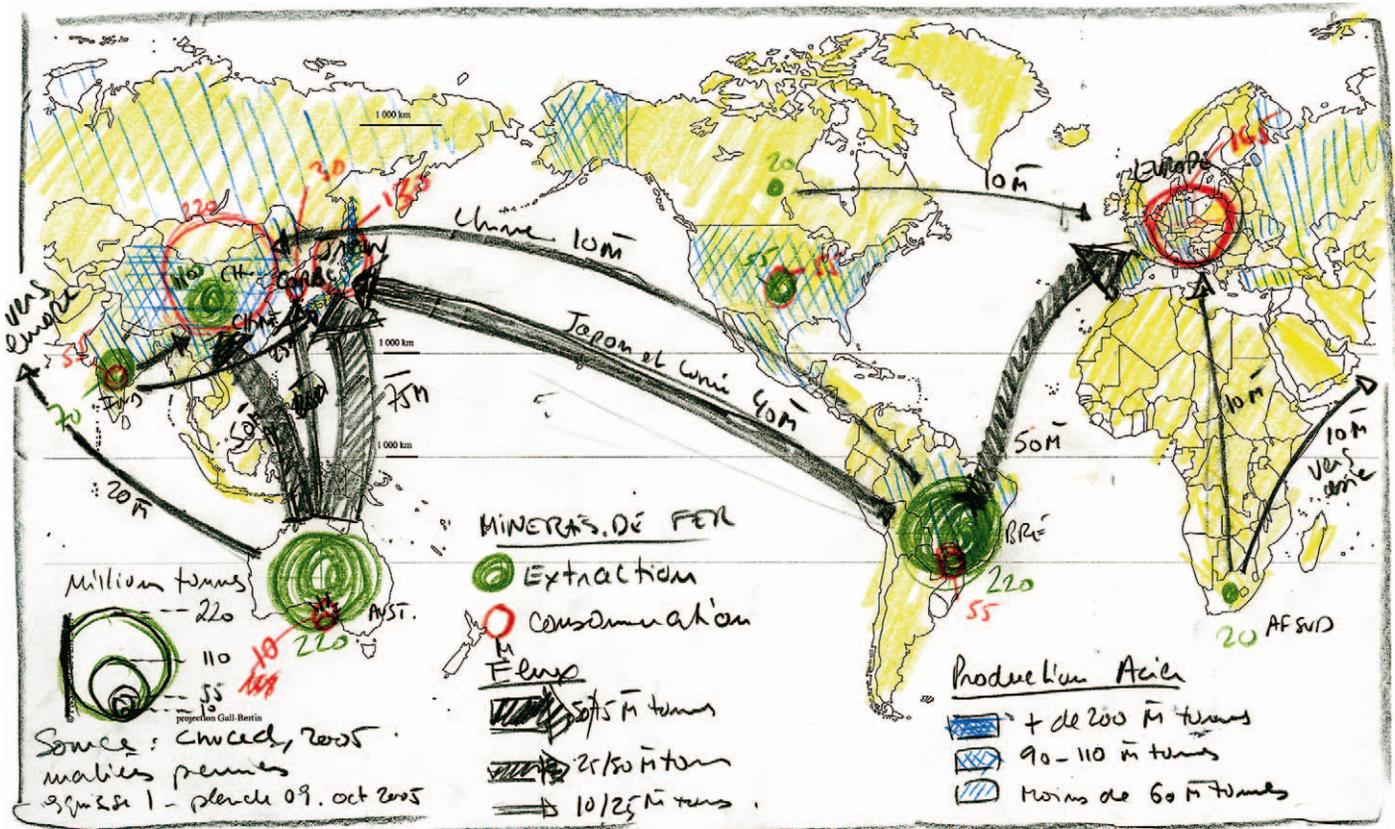
(und sei es nur eine gestrichelte) zwischen der »exspanischen« Westsahara (die Marokko seit 1976 besetzt hält) und dem Rest des Landes eingezeichnet ist. Einige andere Staaten – wie etwa Südkorea und Japan, der Iran, Indien, Griechenland und Israel – unterstützen ganz offen spezielle Lobbygruppen, die mit ziemlich brachialen Methoden der »internationalen Gemeinschaft« diktieren wollen, wie sie ihr nationales Territorium zu benennen und darzustellen habe.

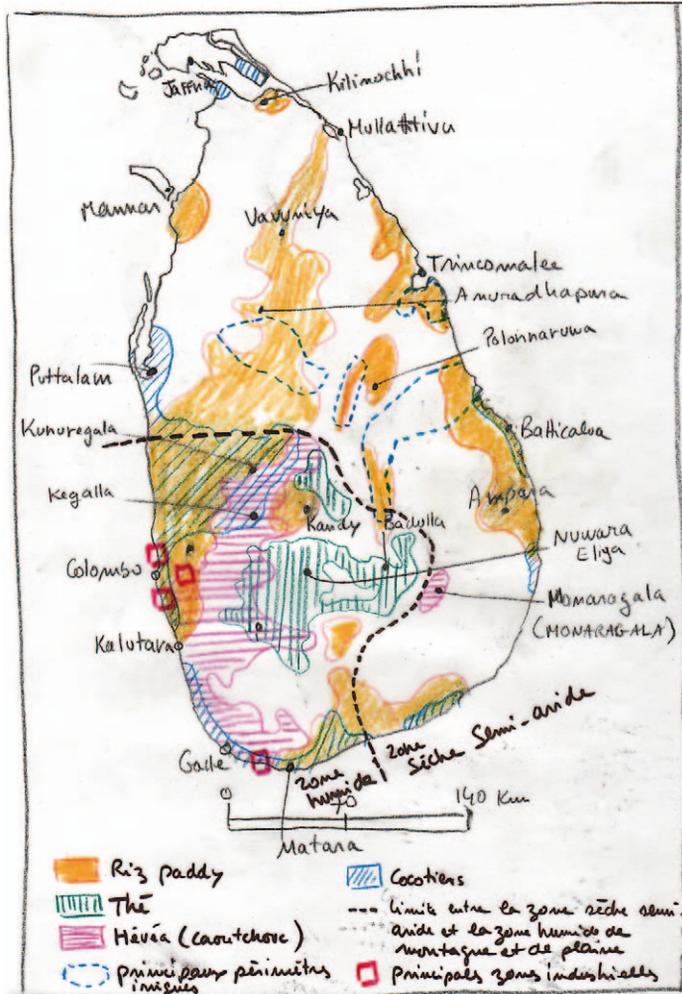
Die Karte ist außerdem und vor allem ein Bild, das mit künstlerischen Mitteln hergestellt wird. Eine Karte, könnte man mit Jean-Claude Greshens sagen, entsteht am »Zusammenfluss von exakter Wissenschaft und Kunst«¹. Sie ist nicht ganz exakte Wissenschaft und auch nicht ganz Kunst, und doch ist sie insofern Kunst, als sie sich durch Farben und Formen artikuliert, und insofern Wissenschaft, als sie auf wissenschaftlich erhobenen Daten basiert.

Für die Kartografen früherer Jahrhunderte war die Karte fraglos ein Kunstwerk, ja manchmal fast ein Lebenswerk. Stundenlang kann man diese Meisterwerke an Präzision und Eleganz bestaunen und darüber fast ihre politische Funktion vergessen: dem Monarchen eine Darstellung seines Reiches zu bieten, die Zwecken der Verwaltung und Verteidigung dient. Es bedurfte jahrelanger Arbeit, um diese Karten anzufertigen, auf denen kleine Engel trompeten, pausbäckige Windgötter den Galeonen und Karavellen die Segel blähen, Neptune und Sirenen aus den Wogen emportauchen. Heute schaut man gerührt auf die ungeschlachten und falsch proportionierten Umrisse der Kontinente, aber dafür, dass es damals keine Satellitenaufnahmen gab, waren die Darstellungen bei aller Ungenauigkeit doch verblüffend realitätsgetreu.

Heute stehen dem Kartenmacher weit mehr Elemente zur Verfügung, um sein jeweils eigenes Darstellungssystem zu entwickeln. Dabei kann er frei auf den grafischen Zeichenkodex zurückgreifen und seine Objekte nach den drei grundlegenden Kategorien – Linie, Punkt und Fläche – organisieren. Dabei vollendet sich sein Bild von der Welt in der Suche nach einem harmonischen Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Grundelementen. Mit seinem künstlerischen Ausdruckswillen kann er jedem seiner kartografischen Werke ein eigenes Gesicht verleihen, zugleich aber auch die Interpretation des Karteninhalts beeinflussen.

Jeder Leser ist vorgeprägt. Sein Verständnis der Farbe ist von seiner kulturellen Umgebung abhängig und somit relativ. Er erwartet zum Beispiel, dass ein bedrohliches Phänomen auch in einer bedrohlichen Farbe dargestellt wird. Mindestens zwei Generationen von Schülern haben noch die Karten des Kalten Krieges mit ihren typischen Farben im Kopf gespeichert: Rot für die Bösen, und Blau für die Guten. Ein bedrohliches, brutales Blutrot für die Sowjetunion und deren Satellitenstaaten und ein sanftes Aquamarin für die USA und ihre Verbündeten. Nach Michel Pastoureaux war »Blau (...) die





Lieblingsfarbe aller westlichen Staaten, weil es nicht angreift, keine Grenzen verletzt². Grün dagegen kann sehr verschiedene Bedeutungen haben: In Norwegen symbolisiert es Naturschutz, in Saudi-Arabien den Islam, und in Irland verbindet Grün als Nationalfarbe sogar die verschiedenen Gruppen über die innerirische Grenze hinweg.

Betrachtet man die Afrikakarten, insbesondere die in Europa produzierten, fallen als dominierende Farbeindrücke ein sanftes Ockergelb und ein Dunkelgrün auf: die trockene staubige Savanne und der dichte Äquatorwald. Dabei genügt ein Gang über den Markt von Ouagadougou oder Bamako, um den tatsächlichen Farbenreichtum Afrikas zu erfassen. Ein Lehrer im Tschad hat es einmal, als noch alle Schulbücher im Lande aus Frankreich kamen, auf den Punkt gebracht: »Irgendwas stimmt nicht mit den Karten. Sie sind so bleich, so fahl. Man könnte meinen, sie seien krank.«

Die Kartografie bedient sich also der Kunst, um die Welt geschönt darzustellen – oder auch hässlicher, als sie ist. Dann verstärkt der Kartenmacher womöglich einen Strich wie Paul Klee oder Joan Miró, legt Linien oder Flächen übereinander wie Jasper Johns oder Wassily Kandinsky, übertreibt Bewegungen oder Formen wie Lyonel Feininger oder Pablo Picasso, manipuliert die Farben wie Josef Albers, Johannes Itten oder Liubov Popova, dramatisiert sein Thema durch Licht und Schatten, wie Edward Hopper und Kasimir

Malewitsch es so wunderbar konnten. Und all dies, um Gutes oder Schlechtes deutlicher hervortreten zu lassen.

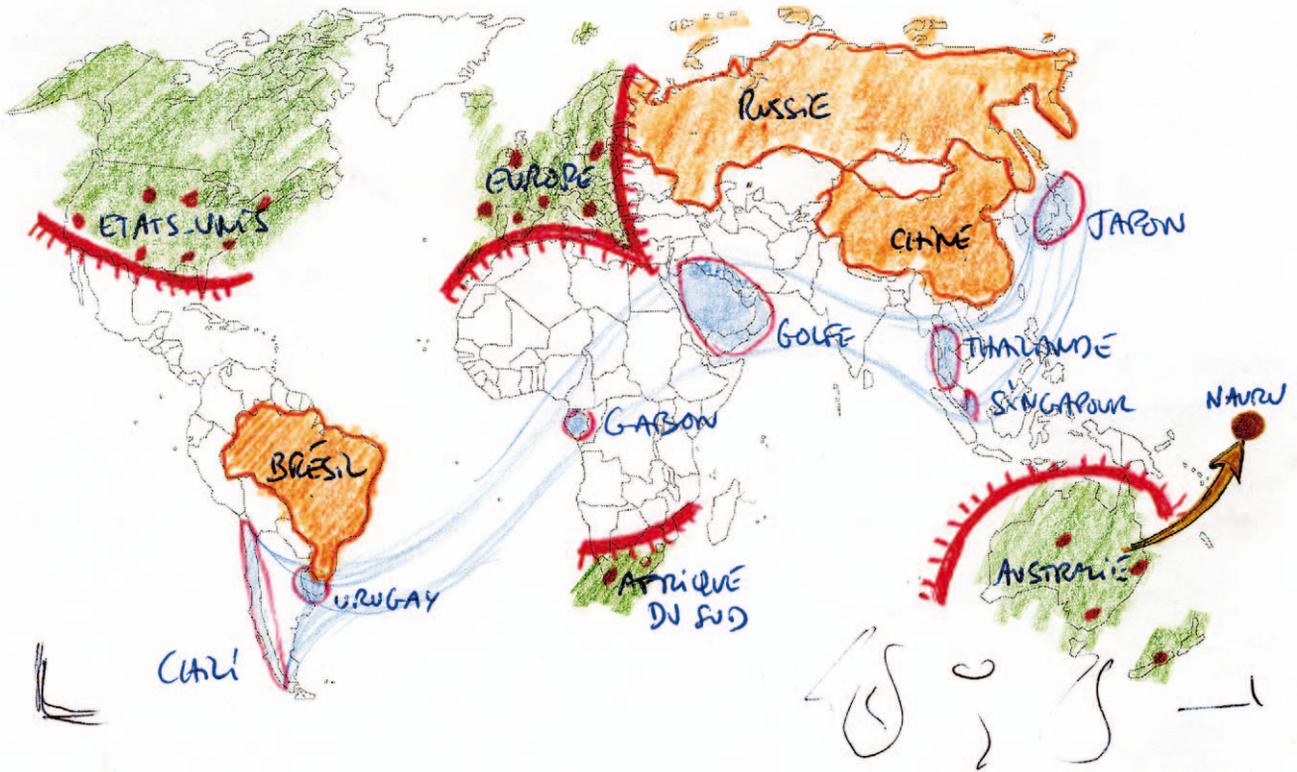
Ist jede Karte also ein individuelles Werk? In dem Maße jedenfalls, in dem sie nicht nur eine miniaturisierte Darstellung eines Territoriums bleibt, sondern auch die Eigenheiten der Bewohner zum Ausdruck bringt, oder die Wahrnehmungen, die sie von ihrer Gesellschaft und deren räumlicher Organisation haben. In diesem Wechselspiel zwischen Fakten und Wahrnehmungen ist der Kartograf Zeitzeuge und Akteur zugleich. Er wird also nacheinander zum Beobachter, zum Ökonomen, zum Demografen, zum Geomorphologen usw. und schließlich zum Geografen und zum Künstler. Um »seine Welten« zu erschaffen oder richtiger: zu erfinden, kommt er am Ende zu einem subtilen Gemisch aus der Welt, wie sie ist, und der Welt, wie er sie sich wünscht.

► **Philippe Rekacewicz**, Geograf und Kartograf, ist Autor von »L'Atlas mondial de l'eau«, Paris (Autrement) 2003.

1 Vorwort zum Katalog der Ausstellung »Cartes et figures de la Terre«, Paris (Centre Georges Pompidou) 1980.

2 Michel Pastoureau, »Dictionnaire des Couleurs de notre temps«, Paris (Bonneton) 1999, zitiert nach: Jean-Paul Bord, »Cartographie, géographie et propagande«, in: Vingtième Siècle (Paris) Oktober–Dezember 2003.

TERRITOIRES SANCTUARISÉS



MIGRANTAL
ELABORE
LE CONCEPT
DE
NASSE

-  Territoires "sanctuarisés"
-  Barrières de "défense" des territoires sanctuarisés : Mur, grillages, surveillance maritime, électronique. De nombreux morts
-  Île achetée par l'Australie à un Etat indépendant (Nauru) pour y déporter toute personne entrée clandestinement ~~sur le territoire~~ dans le pays.
-  Centres d'internement dans les sanctuaires "Fronts secondaires" ou autres pays / régions ayant mis en place des politiques d'immigration protectionnistes

 "Sanctuarisation" interne. Pas de liberté de circulation des personnes pour raisons économiques - Déplacement vers les zones d'activités économiques réglementée (Seul le

Sachregister

Die Zahlen geben jeweils die erste der beiden Seiten eines Themas an.

- Abfall**,
s. Müll
- Aids**
34, 44, 126, 174
- Alphabetisierung**,
s. Bildung
- Arbeit**
110, 116, 128, 138, 140, 142, 196, 198,
204, 206, 212
- Armut**
34, 44, 52, 80, 100, 104, 122, 126, 132,
134, 136, 140, 142, 198, 222
- Atomenergie**
22, 28, 160, 204, 218
- Atomwaffen**
22, 26, 60, 160, 202, 204, 218
- Ausländische Direktinvestitionen**
78, 80, 106, 136, 196, 206, 216, 222
- Bevölkerung**
18, 38, 40, 44, 76, 80, 82, 126, 136, 142,
168, 212, 222
- bewaffnete Konflikte**
48, 76, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162,
164, 168, 172, 174, 180, 182, 184, 186,
194, 202, 204, 208, 210, 214, 222, 224
- Bildung**
66, 80, 126, 128, 130, 132, 142, 206, 220
- Bodenschätze**
20, 84, 86, 180, 182
- Börsen**
110, 118
- Bürgerkrieg**
48, 154, 156, 176, 178, 180, 182, 184, 186
210
- Demographie**
s. Bevölkerung
- Demokratisierung**
54, 66, 144, 156, 168, 180, 198, 208, 218,
222
- Dienstleistungen**
52, 114, 116, 198, 206, 220
- Drogen**
56, 162, 186
- Einflussphären**
54, 60, 62, 76, 78, 170, 180, 202, 204, 214
- Einkommen**
52, 64, 132, 134
- Energie**
14, 20, 22, 24, 78, 88, 150, 156, 160, 166,
168, 178, 192, 196, 200, 202, 204, 222
- Entwicklungshilfe**
24, 52, 66, 80, 100, 108, 126, 214
- Erdöl**,
s. Energie
- Ethnien**
34, 48, 132, 156, 158, 164, 168, 170, 176,
182, 184, 208, 210
- Export**,
s. Handel
- Finanzmärkte**
106, 188
- Finanzsysteme**
106, 110, 118
- Frauen**
56, 76, 126, 130, 138, 142, 146,
206
- Freihandel**
s. Handel
- Geldwäsche**
118, 188
- Genozid**
172, 182, 184
- Gentechnik**
36, 200
- Gesundheit**
36, 44, 126, 128, 132, 136, 140, 142
- Gewerkschaften**
64, 146, 198
- Gini-Index**
52, 104
- Grenzkonflikte**
48, 76, 152, 156, 170, 174, 176, 184, 194,
202, 204, 208, 214, 222, 224
- Guerilla**
88, 164, 174, 186, 202, 210
- Handel**
32, 42, 52, 70, 74, 80, 106, 112, 114, 116,
120, 122, 192, 194, 196, 212, 216, 220
- Handelsbündnisse**
70, 74, 76, 88, 120, 202, 220
- HDI (Human Development Index)**
52, 132, 180
- Hunger**
34, 126, 184, 218
- Imperialismus**
50, 54, 60, 62, 88, 92, 156, 194, 214
- Industrie**
28, 116, 192, 194, 220
- Internationaler Strafgerichtshof**
94, 152, 172, 184, 216
- Internationaler Währungsfonds (IWF)**
18, 34, 44, 80, 106, 108, 132, 146, 206
- Interventionen**
78, 154, 156, 164, 172, 180
- Investitionen**
78, 80, 106, 194, 196, 198, 206,
216, 222
- Katastrophen**
14, 28, 34, 210, 222,
- Kioto-Protokoll**
216
- Klimawandel**
14, 16, 24, 28, 44, 104, 200, 216
- Kolonialismus**
112, 154, 164, 176, 188, 194, 208,
214
- Krankheiten**
44, 126, 128
- Kriminalität**
56, 118, 138, 162
- Kultur**
50, 98, 128
- Landwirtschaft**
16, 18, 32, 34, 36, 120, 122, 126, 170,
198, 200, 206, 210, 218, 220
- Lebenserwartung**,
s. Bevölkerung
- Medien**
98, 128, 154
- medizinische Versorgung**
126, 142
- Menschenhandel**
56, 100, 138, 142
- Menschenrechte**
54, 56, 58, 144
- Migration**
38, 58, 70, 76, 78, 88, 100, 106, 142, 158,
168, 172, 182, 210
- Militärausgaben**
62, 90, 126, 160, 216
- Militärbündnisse**
60, 62, 214, 216
- militärische Interventionen**
54, 56, 62, 154, 156
- Militärstützpunkte**
80, 150, 162, 170, 176, 180, 184, 188,
202, 214
- Minderheiten**
72, 82, 84, 86, 170, 158, 172, 202
- Müll**
24, 30
- multinationale Konzerne**
28, 36, 64, 90, 98, 110, 116, 126, 136,
198, 206, 212, 216
- Nachhaltigkeit**
24, 28, 104, 126
- Nahrung**
20, 34, 120, 132
- neue Weltordnung**
48, 54, 56, 58, 60, 62, 70, 74, 92

Nichtregierungsorganisationen

66, 96, 114

Patente

44, 128

Pipelines

14, 76, 150, 160, 166, 168, 184, 202, 204, 214

Recycling

s. Müll

Reichtum

40, 50, 52, 58, 92, 104, 124

Religion

48, 68, 150, 156, 160, 208, 210, 224

Ressourcen

18, 20, 24, 50, 166, 192

Revolutionen

66, 170, 194

Rohstoffe

30, 32, 76, 80, 180, 182, 184, 192, 200,

Schuldenkrise,

s. Verschuldung

Separatismus

s. Unabhängigkeitsbestrebungen

soziale Bewegungen

88, 96

Sozialpolitik

70, 116, 132, 138, 140, 194, 198

Steueroasen

118, 188

Subventionen

120, 122

Terrorismus

26, 48, 50, 54, 68, 90, 118, 160, 164, 222, 224

Treibhauseffekt,

s. Klimawandel

Umweltverschmutzung

14, 16, 28, 30, 42, 126, 200

Unabhängigkeitsbestrebungen

48, 72, 154, 158, 164, 170, 174, 178, 184, 188, 202, 208, 210, 222

Ungleichheit

18, 44, 52, 82, 86, 104, 112, 124, 130, 132, 194, 196, 198, 204, 220

Verkehr

42, 112, 114

Verschuldung

32, 80, 88, 106, 108

Verstädterung

18, 40, 150, 198, 220

Vertreibung

100, 164, 168, 172, 176, 180, 182, 184, 210, 222

Waffen

26, 90, 160

Wasser

18, 20, 40, 114, 126, 132, 150, 178, 182, 200

Weltbank

18, 34, 44, 80, 132

Welthandel,

s. Handel

Welthandelsorganisation (WTO)

64, 114, 120, 122, 146, 202

Weltwirtschaft

192, 196, 202, 212

Wirtschaftswachstum

30, 104, 114, 132, 192, 196, 200, 204, 206, 212, 220, 222

Autorenverzeichnis

- **Gilbert Achcar** (S. 48, 60, 62), lehrt Politikwissenschaft an der Universität Paris-VIII und am Centre Marc Bloch in Berlin; Autor von »Le Choc des barbaries. Terrorismes et désordre mondial«, Paris (10/18) 2004 (Neuausgabe, dt. »Der Schock der Barbarei«, Köln, Neuer ISP Verlag, 2002).
- **Dominique Bari** (S. 202), Journalist bei »L'Humanité«; Autor von »Chine: la grande mutation«, Paris (Editions sociales) 1997.
- **Akram Belkaïd** (S. 196), Journalist bei »La Tribune«; Autor von »Un regard calme sur l'Algérie«, Paris (Seuil) 2005.
- **Jacques Berthelot** (S. 120, 122), Wirtschaftswissenschaftler; Autor von »L'Agriculture, talon d'Achille de la mondialisation«, Paris (L'Harmattan) 2001.
- **Sophie Bessis** (S. 108), Wissenschaftlerin; Autorin von »L'Occident et les autres«, Paris (La Découverte) 2003.
- **Jean-Marie Bouissou** (S. 216), Historiker am Centre d'études et de recherches internationales; Autor von »Quand les sumos apprennent à danser. La fin du modèle japonais«, Paris (Fayard) 2003.
- **Emmanuelle Bournay** (S. 30), Kartografin; Koautorin von »Vital Waste Graphics, Unep-Basel Convention«, 2004.
- **Any Bourrier** (S. 26), Journalistin bei Radio France internationale.
- **Philippe Bovet** (S. 28), Journalist.
- **Colette Braeckman** (S. 182), Journalistin beim »Soir« in Brüssel; Autorin von »Les Nouveaux Prédicateurs. Politiques des puissances en Afrique centrale«, Paris (Fayard) 2003.
- **Martine Bulard** (S. 138, 140), stellvertretende Chefredakteurin von »Le Monde diplomatique«, Paris.
- **Erlends Calabuig** (S. 74), Sendechef bei Radio France Internationale
- **François Carré** (S. 20), lehrt Ozeanografie an der Pariser Sorbonne; Koautor von »Milieux littoraux. Nouvelles perspectives de l'étude«, Paris (L'Harmattan) 2005.
- **Laurent Carroué** (S. 130, 144), Geograph, Professor an der Universität Paris-VIII, Autor von »Géographie de la mondialisation«, Paris (Armand Colin) 2002
- **Françoise Cayrac-Blanchard** (S. 222), Wissenschaftlerin am Institut für Internationale Beziehungen (Ceri); Koautorin von »Indonésie, un demi-siècle de construction nationale«, Paris (L'Harmattan) 2000.
- **Christian Chesnot** (S. 150, 156), Journalist bei France-Inter; Koautor (zs. mit Georges Malbrunot) von »Mémoires dotages. Notre contre-enquête«, Paris (Calmann-Lévy) 2005.
- **Vicken Cheterian** (S. 168), freier Journalist in Genf, spezialisiert auf den Kaukasus.
- **Olivier Clochard** (S. 58), Geograph an der Universität von Poitiers
- **Béatrice Collignon** (S. 84), Dozentin an der Universität Paris-I, Ko-Autorin von »Le Monde polaire. Mutations et transitions«, Paris (Ellipses) 2005
- **Pierre Conesa** (S. 56), Hrsg. des Frühjahrshefts 2005 von »La Revue internationale et stratégique« zum Thema »La violence au nom de Dieu« (Nr. 57).
- **Michel Cool** (S. 68), Journalist, Produzent bei France Culture, Autor von »Les Nouveaux Penseurs du christianisme«, Paris (Desclée de Brouwer) 2006
- **Laurent Daveziès** (S. 72), Professor am Institut d'urbanisme de Paris an der Universität Paris-XII
- **Gabriel Defert** (S. 224), Journalist.
- **Jean-Arnault Dérens** (S. 174), Journalist, Chefredakteur von »Courrier des Balkans« (Belgrad); Autor von »Kosovo année zéro«, Paris (Paris-Méditerranée) 2006.
- **Benjamin Dessus** (S. 24), Präsident von Global Chance; Autor (zs. mit Hélène Gassin) von »So Watt? L'énergie, une affaire de citoyens«, Paris (L'Aube) 2004.
- **Gilles Dorronsoro** (S. 162), Autor von »Afghans: peuple déchiré. 1992–2002« (zs. mit dem Fotografen Stephan Gladieu), Paris (Autrement) 2002.
- **Bernard Dréano** (S. 96), Autor von »Dépression dans le Sud-Caucase. Voyage entre guerre et paix«, Paris (Paris-Méditerranée) 2003.
- **Frédéric Durand** (S. 14, 16), lehrt Geografie an der Universität Toulouse-II-Le Mirail; Autor von »La Jungle, la Nation et le Marché. Chronique indonésienne«, Paris (L'Atalante) 2001.
- **Régis Genté** (S. 66), freier Journalist; Autor (zs. mit Nicolas Jallot) von »Chevardnadze, le Renard blanc du Caucase«, Paris (Belfond) 2005.
- **Philip S. Golub** (S. 192), Journalist und Dozent für das Fach Internationale Beziehungen an der Universität Paris-VIII; Koautor von »Global Regulation. Managing Crises After the Imperial Turn«, New York (Palgrave Macmillan) 2004.
- **Cédric Gouverneur** (S. 210), Journalist.
- **Alain Gresh** (S. 54), Redakteur bei »Le Monde diplomatique«; Autor (zs. mit Dominique Vidal) von »Les Cent Clés du Proche-Orient«, Paris (Hachette) 2006.
- **Serge Halimi** (S. 64, 98), stellvertretender Chefredakteur von »Le Monde diplomatique«; Autor von »Les Nouveaux Chiens de garde«, Paris (Raisons d'agir) 2005.
- **Jean-Marie Harribey** (S. 104), Dozent an der Universität Bordeaux IV; Koordinator des von Attac herausgegebenen Buchs »Le développement a-t-il un avenir? Pour une société solidaire et économe«, Paris (Mille et une nuits) 2004.
- **Selig Harrison** (S. 218), Leiter der Asienabteilung des US-amerikanischen Center for International Policy; Autor von »Korean Endgame: A Strategy for Reunification and US Disengagement«, Princeton (Princeton UP) 2002.
- **François Houtart** (S. 52), Philosoph und Theologe, Direktor des Centre tricontinental an der Katholischen Universität Louvain-la-Neuve; Autor von »Délégitimer le capitalisme Reconstruire l'espérance«, Brüssel (Colophon) 2005.
- **Christophe Jaffrelot** (S. 206), Leiter des Instituts für Internationale Beziehungen (Ceri) in Paris und Mitarbeiter des französischen Forschungszentrums CNRS; Autor u. a. von »Inde, la démocratie par la caste. Histoire d'une mutation sociopolitique, 1885–2005«, Paris (Fayard) 2005.
- **Esther Jeffers** (S. 110), Autorin von (zs. mit Olivier Pastré) »La très grande bagarre bancaire européenne«, Paris (Economica) 2005.
- **Raoul Marc Jennar** (S. 114), wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der belgischen NGO Unité de recherche, de formation et d'information sur la globalisation (Urfig); Autor von »Europe, la trahison des élites«, Paris (Fayard) 2004.

- **Niels Kadritzke** (S. 176), freier Journalist in Berlin; Redakteur der deutschen Ausgabe von »Le Monde diplomatique«.
- **Marc Laimé** (S. 18), Journalist; Autor von »Dossier de l'eau. Pénurie, pollution, corruption«, Paris (Seuil) 2003.
- **Anne Le Huérou** (S. 164), Soziologin; Koautorin von »Tchéchénie, une affaire intérieure? Russes et Tchéchènes dans l'état de la guerre«, Paris (CERI/Autrement) 2005.
- **Maurice Lemoine** (S. 88, 186), Chefredakteur von »Le Monde diplomatique«; Autor u. a. von »Chávez presidente!« Paris (Flammarion) 2005.
- **Philippe Leymarie** (S. 92, 180, 188), Journalist bei Radio France internationale.
- **Jean de Maillard** (S. 118), Richter, spezialisiert auf Finanzkriminalität und internationale Geldwäsche; Autor u. a. von »Le Rapport censuré, critique non autorisée d'un monde déréglé«, Paris (Flammarion) 2004.
- **Nasser Mansouri-Guilani** (S. 116), Autor von »La Mondialisation à l'usage des citoyens«, Paris (L'Atelier) 2004.
- **Damien Millet** (S. 32, 34, 126), Vorsitzender von CADTM France (Komitee für die Annullierung der Schulden der Dritten Welt) und Autor von »L'Afrique sans dette«, Paris (CADTM-Syllepse) 2005.
- **Khadija Mohsen-Finan** (S. 178), Nah-Ost-Expertin am Institut Français des relations internationales (IFRI)
- **Alain Morice** (S. 58), Anthropologe am französischen Forschungszentrum CNRS, Schwerpunkt »Migration und Gesellschaft«; Koautor von »Les Lois de l'inhospitalité«, Paris (La Découverte) 1997.
- **Braulio Alfonso Moro** (S. 86), Journalist
- **Odaira Namihei** (S. 212, 214), Journalist.
- **Thierry Paquot** (S. 40), Professor für Philosophie an der Universität Paris-XII; Autor von »Demeure terrestre. Enquête vagabonde sur l'habiter«, Paris (Les Éditions de l'Imprimeur) 2005.
- **Roland-Pierre Paringaux** (S. 160), Journalist.
- **Jean-Louis Péninou** (S. 184), Journalist.
- **Sophie Pommier** (S. 154), Politologin und Nahostexpertin; Autorin von »Jérusalem: de la division au partage?« (zs. mit Agnès Levallos), Paris (Michalon) 1995.
- **Jean-Claude Pomonti** (S. 220), Journalist.
- **Jean Radvanyi** (S. 76, 78, 170), Geografieprofessor, lehrt am Zentrum für Russlandstudien des Inalco/CNRS (Paris); Autor u. a. von »La Nouvelle Russie«, Paris (Armand Colin) 2004.
- **Philippe Rivière** (S. 44, 128), Journalist bei »Le Monde diplomatique«.
- **Anne-Cécile Robert** (S. 80), Journalistin bei »Le Monde diplomatique«, Autorin von »L'Afrique au secours de l'Occident«, Paris (L'Atelier) 2004.
- **Jean-Louis Rocca** (S. 198), Wissenschaftler am Institut für Internationale Beziehungen (Ceri) in Paris; Herausgeber (zs. mit Françoise Mengin) von »Politics in China: Moving Frontiers«, New York, (Palgrave MacMillan) 2002.
- **Alain Roux** (S. 194), Autor von »La Chine au XXe siècle«, Paris (Armand Colin) 2003.
- **Jyotsna Saksena** (S. 204, 208), Dozentin am Institut National des Langues et Civilisations Orientales (Inalco), Paris.
- **Pierre Salama** (S. 106, 132), Professor an der Universität Paris XIII, Herausgeber der Zeitschrift Tiers monde; Autor (zs. mit Blandine Destremau) von »Mesures et démesure de la pauvreté«, Paris (PUF) 2001.
- **Catherine Samary** (S. 70, 112, 172), Professorin für Wirtschaft an der Universität Paris-Dauphine, Autorin u. a. von »Die Zerstörung Jugoslawiens. Ein europäischer Krieg«, Köln 1995, sowie (zs. mit Jean-Arnault Dérens) »Les Conflits yougoslaves de A à Z«, Paris (L'Atelier) 2000 (deutsch »Jugoslawien von A bis Z. Geschichte, Staaten, Wirtschaft, Ethnien, Organisationen und Personen«, Köln, Neuer ISP Verlag, erscheint in Kürze).
- **Saskia Sassen** (S. 100), Professorin für Soziologie an der Universität Chicago; Autorin u. a. von »Territory, Authority and Rights: From Medieval to Global Assemblages«, Princeton (Princeton University Press) 2006.
- **Mycle Schneider** (S. 22), internationaler Berater für Energie und Atompolitik, erhielt 1997 den Alternativen Nobelpreis; Mitherausgeber von »Energy Policy and Nuclear Power – 20 Years after the Chernobyl Disaster«, Energy & Environment, Special Issue, Volume 17, 2006.
- **Claude Serfati** (S. 90, 124), Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Saint-Quentin-en-Yvelines; Autor u. a. von »Impérialisme et militarisme, actualité du XXIe siècle«, Lausanne (Page deux) 2004.
- **Agnès Sinai** (S. 200), Mitglied der Französischen Kommission für nachhaltige Entwicklung (CFDD); Koautorin von »Sauver la Terre«, Paris (Fayard) 2003, sowie der Dokumentarfilmreihe »Terriens amers, paradis perdus«, (Arte, 2006).
- **Pierre Tartakowsky** (S. 146), Journalist, Autor von »Mise en pièce«, Paris (Folies d'encre) 2005
- **Pierre Thorez** (S. 42), Professor für Geographie an der Universität Le Havre
- **Eric Toussaint** (S. 126), Präsident des Komitees für die Annullierung der Schulden der Dritten Welt; Autor u. a. von »La Finance contre les peuples«, Paris (CADTM-Syllepse) 2004; auf deutsch erschien: »Profit oder Leben. Neoliberale Offensive und internationale Schuldenkrise«, Köln (Neuer ISP Verlag) 2000.
- **Stephanie Treillet** (S. 142), Autorin von »L'Economie du développement«, Paris (Nathan) 2006.
- **Michel Urvoy** (S. 36), Journalist bei der regional erscheinenden französischen Tageszeitung »Ouest-France«.
- **Michel Verrier** (S. 158), Journalist.
- **Dominique Vidal** (S. 50, 152), Redakteur bei »Le Monde diplomatique«, Autor u. a. von »Les Banlieues, le Proche-Orient et nous« (zs. mit Leila Shahid und Michel Warschawski), Paris (L'Atelier) 2006, sowie (zs. mit Alain Gresh) »Les 100 portes du proche orient«, Paris (L'Atelier) 1996.

Quellen der Karten

Die Quellenangaben wurden so gestaltet, dass Internet-Recherchen möglichst einfach sind

Mehrfach verwendete Abkürzungen:

AFP	Agence France-Presse
AMAP	Arctic Monitoring and Assessment Programme
ADB	Asian Development Bank
BAN	Basel Action Network
CEIP	Carnegie Endowment for International Peace
CEPII	Centre d'études prospectives et d'informations internationales
CNRS	Centre national de la recherche scientifique
DoD	U.S. Department of Defense
EEA	European Environment Agency
EIA	U.S. Energy Information Administration
FAO	Food and Agricultural Organization
FAS	Federation of American Scientists
HDR	Human Development Report (UNDP)
HRW	Human Rights Watch
IEA	International Energy Agency
Ifremer	Institut français de recherche pour l'exploitation de la mer
IISS	International Institute for Strategic Studies
ILO	International Labour Organisation
IMF	International Monetary Fund
Inalco	Institut national des langues et civilisations orientales
Isemar	Institut supérieur d'économie maritime

ISAAA	International Service for the Acquisition of Agri-Biotech Applications
Jetro	Japan External Trade Organization
Migrinter	Migrations Internationales
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
NTI	Nuclear Threat Initiative
OCHA	UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UN	United Nations
Unctad	UN Conference on Trade and Development
UNDCP	UN International Drug Control Programme
UNDESA	UN Department of Economic and Social Affairs
UNDP	UN Development Programme
Unep	UN Environment Programme
UNHCR	UN High Commissioner for Refugees
Unicef	UN Children's Fund
U.S.	United States of America
USDA	U.S. Department of Agriculture
USGS	U.S. Geological Survey
WFP	UN World Food Programme
WMO	World Meteorological Organization
WTO	World Trade Organisation

Seite 14/15

	2
1	3

1: AMAP, 1998, 2002, 2004. • World Conservation Monitoring Centre (WCMC). • EIA. • National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA). • International Permafrost Association (IPA). • Impacts of a warming Arctic: Arctic Climate Impact Assessment (ACIA) overview report, Cambridge University Press, 2004. • Vital Arctic Graphics, People and Global Heritage on Our Last Wild Shores, Unep/Grid-Arendal, 2005. 2: National Aeronautics and Space Administration (Nasa), 2004; nach einer Karte von Frédéric Durand. 3: Impacts of a warming Arctic (s. o. »ACIA«). Hadley Centre, 2005. WMO, 2005. Met Office, 2005.

Seite 16/17

	2
1	3

1, 2: Jean Robert Petit, Jean Jouzel u. a., »Climate and atmospheric history of the past 420.000 years from the Vostok ice core in Antarctica«, in: Nature 399 (Mai/Juni 1999). • David Stainforth, ClimatePrediction.net, 2005. • Intergovernmental panel on climate change (IPCC). • Unep/Grid-Arendal, 1998. 3: School of Environmental Sciences, Climatic Research Unit, University of East Anglia, 1999. • Hadley Centre, 2005. • WMO, 2005. • Met Office, 2005.

Seite 18/19

	2
1	

1: Le Monde diplomatique. 2: World Resources Institute (WRI).

Seite 20/21

	2
1	3

1: Ifremer. • FAO. • Ecosystems and Human Well-Being, Synthesis, Millennium Ecosystem Assessment, 2005. • Nach einer Karte von François Carré, Université de Paris-IV. Darstellung: Gall-Bertin-Projektion. 2: La Situation mondiale des pêches et de l'aquaculture 2004 und Annuaire statistique des pêches 2002, FAO • Global Database on Marine Fisheries and Ecosystems, Sea Around US Project, Fisheries Centre, University of British Columbia (www.searounds.org). • UNEP/GRID-Europe. 3: Ecosystems and Human Well-Being, Synthesis, Millennium Ecosystem Assessment, 2005 • Global Database on Marine Fisheries and Ecosystems, Sea Around US Project, Fisheries Centre, University British Columbia (www.searounds.org).

Seite 22/23

	3
1	2
	4

1: Worldwatch, 2005. 2: IEA, World Energy Statistics, 2004. • BP, Statistical Review of World Energy, 2004. • Französisches Industrieministerium. • AG Energiebilanzen, 2003. 3: AMAP, 1998 4: International Atomic Energy Agency (IAEA). • CEIP, 2005. • International Nuclear Safety Center (INSC), 2002. Christian Bataille, Henri Revol, »Rapport sur les incidences environnementales et sanitaires des essais nucléaires effectués par la France entre 1960 et 1996 et éléments de comparaison avec les essais des autres puissances nucléaires«, Französische Nationalversammlung (Bericht 3571) und Senat (Bericht 207), 2002.

Seite 24/25

	3
1	2
	4

1: Internationales Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA), 2005. 2, 3: La Production d'électricité d'origine renouvelable dans le monde, sixième inventaire, Observatoire des énergies renouvelables (Observ'ER). • Electricité de France (EdF), 2004. 4: Global Chance, 2005

Seite 26/27

	3
1	2
	4

2: »Elecnucl. Les centrales nucléaires dans le monde«, Commissariat à l'énergie atomique (CEA), 2004. • Bruno Barillot, »Le complexe nucléaire, des liens entre l'atome civil et l'atome militaire«, Editions CDRPC, Lyon, 2005. 3: NTL. • Bulletin of the Atomic Scientists, FAS • Natural Resources Defense Council (NRDC). • Educational Foundation for Nuclear Science (EFNS). • CEIP. 4: »Bulletin of the Atomic Scientists«, FAS.

Seite 28/29

	2
1	3

1: Environment and Security Initiative, »Central Asia-Ferghana« (2005), »The case of Central Asia and South Eastern Europe« (2003). • UNDP. • OSZE. • Nato. • Unep-Europe, Unep/Grid-Arendal. 2: Daniel C. Esty, Marc Levy u. a., »Environmental Sustainability Index: Benchmarking National Environmental Stewardship«, Yale Center for Environmental Law and Policy, Yale University, 2005. 3: Unep. • Bellona Foundation. • Ifremer. • La Documentation française. • Planet Ecology. • The Corporation.

Seite 30/31

	2
1	3
	4

1: BAN. • Silicon Valley Toxics Coalition. • Toxics Link India, Scope (Pakistan). • Greenpeace. • ILO. • International Maritime Organization (IMO). 2: »Environmental Outlook for the Chemicals Industry«, OECD, 2001. 3: OECD, 1999. 4: BAN, Mai 2005. • Sekretariate der einzelnen Konventionen.

Seite 32/33

	2
1	3
	4
	5

1: Unctad, Online-Daten. • Images économiques du monde, Sedes, 2006. • International Iron and Steel Institute (IISI). 2, 3, 4, 5: Unctad, Online-Daten, 2005.

Seite 34/35

	2
1	3

1: FAO Yearbook, 2004. 2: Unicef. • Demographic and Health Surveys (DHS). • UNDP, Länderberichte. • African Nutrition Database Initiative (Andi). 3: FAO Statistical Database. • »The State of Food Unsecurity in the World«, FAO, 2005. • Millennium Ecosystem Assessment.

Seite 36/37

	2
1	3

1: FAO Biotechnologies in Developing Countries Database (FAO-BioDeC), 2005. 2: ISAAA, 2004. • FAO, 2005. • International Federation of Organic Agriculture Movements (Ifoam), 2005. • Institute for Health and Consumer Protection (IHCP) of the European Commission's Joint Research Centre (JRC). 3: ISAAA, 2004. • Monsanto, 2005. • Clive James. • USDA.

Seite 38/39

	2
1	3
	4

1: UNDESA (Population Division), Population Ageing 1999. • UN Population Information Network (POPIN, www.un.org/popin/). 2: Daniel Noin, Atlas de la population mondiale, Reclus - La Documentation française, 1991. Die Karte wurde nach neueren Zahlen des UNDESA (Population Division) und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der Weltbank aktualisiert. 3: UNDESA, World Population 1998, The World at Six Billion (Oktober 1999) und World Population Prospects: The 2000 Revision (Februar 2001). 4: UNDESA, The World at Six Billion (Oktober 1999) und World Population Prospects: The 2004 Revision.

Seite 40/41

1	3
2	5

1: USGS. • Google Earth 2003. • Rand McNally. **2, 5:** UN Population Division **3, 4:** UN-Habitat, 2003 (Schätzungen für 2001).

Seite 42/43

1	5	6
	2	3
	4	

1: Institut du transport aérien, 2006. • Globalization and World cities (GaWC), 2002. • Magali Amiel, Guy Mélançon, Céline Rozenblat, »Réseaux multi-niveaux: l'exemple des échanges aériens mondiaux de passagers«, Mappemonde N° 79, März 2005. **3:** Images économiques du monde 2002, éditions Sedes, Paris. • Airline Business, November 2001. **4:** Panorama des ports de commerce mondiaux 2003, ISEMAR, Januar 2005. **5:** Review of maritime transport 2005; Unctad. **6:** Panorama des ports de commerce mondiaux 2003, ISEMAR, Januar 2005. • Images économiques du monde 2002, éditions Sedes, Paris.

Seite 44/45

1	3	2
---	---	---

1: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung, 2005. • Daten der WHO und von Unicef für 2003. **2:** David J. Rogers, Sarah E. Randolph, »The global spread of malaria in a future, warmer world«, Science 289, 2005. • Nach einer Karte von Hugo Alhenius, Unep/Grid-Arendal **3:** World Population Prospect, the 2002 Revision (2003). • »Population, Development and HIV/AIDS. With Particular Emphasis on Poverty: The Concise Report«, UN Population Division, 2005. • The Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAids) 2004, Daten von 2003.

Seite 48/49

1	
---	--

1: The Military Balance 2005–2006, IISS, Oxford University Press. • Centre de documentation et de recherche sur la paix et les conflits, Lyon. • Groupe de recherche et d'information sur la paix et la sécurité, Brüssel (GRIP). • International Peace Research Institute (PRIO). • Sipri Yearbook 2005.

Seite 50/51

1	3	2
---	---	---

2: Weltbank. • IMF. • Internationale Tourismus-Organisation (ITO). • Images économiques du monde 2006, Armand Colin. • International Civil Aviation Organization (ICAO). **3:** Unep/Grid-Arendal. Anamorphose von Vladimir Tikunov, Abteilung für Geografie der Universität Moskau, September 2005 (nach Daten der Weltbank).

Seite 52/53

1	3	2
---	---	---

1: Berichte des Development Assistant Committee (DAC). • OECD Journal on Development, Development Cooperation Report. • »A fair globalization – Creating opportunities for all«, ILO, 2004. • Oxfam. • Weltbank. • UNDP. **2:** HDR, 2005. **3:** Development Economics Research Group, Weltbank. • Global Rich List, 2005. • Institut National de la Statistique et des Études, 2005. Grafik mit freundlicher Genehmigung von Nicolas Roope.

Seite 54/55

1	2
---	---

1, 2: Bericht des Europarates, 24. 1. 2006. • Bericht von amnesty international, 24. 1. 2006. • Asean. • Global Security. • Pew Research Center. • USA Today/CNN/Gallup Poll, 20.–22. 1. 2006 und 2. 10. 2002. • Mercado del Sur (Mercosur). • Unesco. • The Economist. • US-Regierung. • Reuters. • AFP.

Seite 56/57

1	3	2
---	---	---

1: Rebecca Surtees, »Second Annual Report on Victims of Trafficking in South-Eastern Europe«, International Organization for Migration (IOM), 2005. • Jelena Bjelica, »Prostitution: l'esclavage des filles de l'Est«, hg. v. Editions Paris-Méditerranée und Le Courrier des Balkans, 2005. **2:** UN World Drug Report, 2005. **3:** UN World Drug Report, 2005. • Europol, 2003.

Seite 58/59

1	2
---	---

1: nach Interviews mit Alain Morice, Abteilung »Immigration et société«, CNRS, Paris, sowie mit Olivier Clochard, Migrinter, Poitiers, 2005. **2:** Daten zahlreicher Quellen des Netzwerks Migreurop. • UNHCR, 2005. Karte von Olivier Clochard (Migrinter, Poitiers). • Stefano Liberti, »il manifesto«.

Seite 60/61

1	2	3
---	---	---

1, 2, 3: Le Monde diplomatique

Seite 62/63

1	2
---	---

1: Sipri-Jahrbuch 2005. **2:** The Military Balance 2005–2006 (IISS). • Military Almanac 2004–2005, Center for Defense Information (CDI), DoD. • FAS.

Seite 64/65

1	2	3
---	---	---

1: Standard & Poor's Compustat, in: Business Week, 26. 12. 2005. Karte in Gall-Bertin-Projektion, FNSP/IEP, Paris, 2001. **2:** Unctad, World Finance Report, 2005. **3:** Compustat (a. a. O.). • Weltbank, 2005.

Seite 66/67

1	2
---	---

1, 2: Soros Foundation Network Report, 2004.

Seite 68/69

1	2	3
2		

1: John Barrett, Vereinte Nationen 1998. **2:** Le Monde diplomatique. **3:** Nach Karten von Brigitte Dumortier und Cécile Marin in: »Atlas des religions: croyances, pratiques et territoires«, Paris, 2002.

Seite 70/71

1	3	2
---	---	---

1: United (www.unitedagainstracism.org). • Noborder (www.noborder.org/dead.php). • Migreurop (www.migreurop.org). • Association des familles de victimes de l'immigration clandestine (Afvic). Karte von Olivier Clochard (Migrinter, Poitiers) und Le Monde diplomatique. **2:** EU.

Seite 72/73

1	
---	--

1: Le Monde diplomatique

Seite 74/75

1	
---	--

1: Nordischer Rat

Seite 76/77

1	3	2
---	---	---

1: Le Monde diplomatique. **2:** HDR, 2005. **3:** Statistisches Jahrbuch Russlands, 2004. • Jean Radvanyi, Gérard Wild, La Russie entre deux mondes, La Documentation photographique n° 8045, 2005.

Seite 78/79

1	3	2
---	---	---

1: Le Monde diplomatique. **2:** Statistisches Jahrbuch Russlands, 2004. **3:** CEPH, Datenbank Chelem-Pib, 2005.

Seite 80/81

1	4	5
2	3	6

1, 5: »Our Common Interest«, The Commission for Africa, März 2005. **2:** UNDP, 2005. **3:** UNDP, 2005. • Unesco. **4, 6:** Online-Daten der Unctad, 2005.

Seite 82/83

1	2	5
	3	4

1: American Community Survey 2004. • US Census Bureau, Census 2000. **2:** US Census Bureau. **3, 4, 5:** US Census Bureau. • United States Department of Commerce.

Seite 84/85

1	2
---	---

1: AMAP Assessment Report: Arctic Pollution Issues, Arctic Monitoring and Assessment Programme (AMAP), Oslo 1998. • UNEP. **2:** Béatrice Collignon, »Les Inuit, ce qu'ils savent du territoire«, Paris (L' Harmattan) 1996. • Renée Dupuis, »La Question Indienne au Canada«, Québec (Boréal) 1991. • Olive Patricia Dickason, »Canada's First Nations«, Toronto (McClelland and Stewart) 1993. • Karte der Indianer und Inuit in Kanada, Ottawa (Ministerium für indianische Angelegenheiten in Nordkanada) 2001. • Karte der wichtigsten Bergbauregionen in Kanada, Ottawa (Ministerium für Energie, Bergbau und Bodenschätze) 1993. • Amt für Statistik der kanadischen Bundesregierung.

Seite 86/87

1	4	2
---	---	---

1: United States and Mexico Borderlands, Vorlesung von Ingolf Vogeler, Lehrstuhl für Geografie an der Universität Wisconsin, USA. **2:** Instituto nacional indigenista (INI). • Agenda estadística 2001, Instituto nacional de estadística, geografía y informática (INEGI). • Regina A. Galhardi, »Maquiladoras: Prospects of Regional Integration and Globalization«, Employment and Training Papers 12, ILO. **3, 4:** US Department of Labor Statistics. • Agenda estadística 2001, Instituto nacional de estadística, geografía y informática (INEGI).

Seite 88/89

1	2
---	---

1: Online-Daten der Weltbank, 2005. **2:** U.S. State Department. • AFP. • Associated Press (AP). • The Economist. • Istituto Geografico De Agostini, Novara.

Seite 90/91

1	3
2	

1: OECD. • Sipri-Jahrbuch, 2005. **2:** International Campaign to Ban Landmines (ICBL), www.icbl.org/lm. Landmine Monitor, 2005. • Zusammenstellung der Daten durch Jasmine Desclaux Salachas, Paris.

Seite 92/93

1	3	4
2		

1, 4: UN. • Global Policy Forum. **2:** UN. • Weltbank, 2005. **3:** UN, 2004.

Seite 94/95

1	4
2	3
5	6

1, 2, 3, 4, 5, 6: Le Monde diplomatique.

Seite 96/97

1	2	3
---	---	---

1: www.forumsocialmundial.org. **2:** Jahresberichte 2003–05 der NGOs. **3:** UN. • Conseil économique et social (CES, Paris).

Seite 98/99

1	
---	--

1: Ketupa.net Media Profiles. • Les Echos. • Websites der Unternehmen, 2005.

Seite 100/101

1	2
---	---

1: Gildas Simon, »Géodynamiques des migrations internationales dans le monde«, Presses universitaires de France (PUF), 1995. • Courrier de l'Unesco, November 1998. • Migrinter. • Stand: Dezember 2005. **2:** UNHCR.

Seite 104/105

1	3
2	4

1: HDR, 2005. **2:** Online-Daten der Weltbank, 2005. **3:** Angus Maddison, »The World Economy: A Millennial Perspective«, OECD, 2001. **4:** Eurostat. • UNFCCC (GHG data). • IEA

Seite 106/107

1	2	3	4
---	---	---	---

1: Unctad, 2005. **2, 3:** Weltbank, Global Development Finance Report, 2005. **4:** »World Bank debtor reporting system and staff estimates«, in: Global Development Finance Report, Weltbank, 2005.

Seite 108/109

1	2	3
---	---	---

1: »Paying the Price«, Oxfam, 2005. **2:** World Economic Outlook, IMF, 2005. **3:** Weltbank, 2005, Daten von 2003.

Seite 110/111

1	2	3	4
---	---	---	---

1: OECD Statistics on Institutional Investors, 2001. **2:** Investment Company Institute. • Federal Reserve Board. • National Association of Government Defined Contribution Administrators (NAGDCA). • American Council of Life Insurers (ACLI). • Internal Revenue Service (IRS), Statistics of Income Division, 2004. **3:** OECD Statistics on Institutional Investors, 2003. **4:** Calpers, 2005

Seite 112/113

1	2
---	---

1: International Trade Statistics, WTO, 2005. **2:** ebd. • Unctad, 2005.

Seite 114/115

		3
1	2	4

1, 2, 3: WTO, 2005. 4: HDR, 2005. • Jahresbericht 2004, Suez. • »Whose development agenda?«, World Development Movement (WDM), 2003 (dt.: »Wessen Entwicklungsagenda?«, Stuttgart/Bonn/Berlin 2003).

Seite 116/117

		2
1	3	4

1: Unctad, World Investment Report, 2005, nach Angaben des Chip-Herstellers PMC-Sierra Inc., 2005. • CIO Magazine, November 2002. • Smart Access Survey, Merrill Lynch. 2: Doing Business, Weltbank, www.doing-business.com, 2005. 3: Goldman Sachs. • Business Week. • Forrester Research, 2005. 4: Ixis Capital Investment, The Economist, 1. 10. 2005.

Seite 118/119

		1
--	--	---

1: Jean de Maillard, »Le Rapport censuré, critique non autorisée d'un monde dérégulé«, Flammarion, 2004. • International Federation of Stock Exchanges (FIBV).

Seite 120/121

		2
		3
1		

1: WTO, 2005
2,3: FAO, 2005.

Seite 122/123

1		2

1: Focus on the Global South, focusweb.org. • Le Monde, 15. 11. 2005. 2: OECD, 2005. • Time Global Business, 2005. • The State of Agricultural Commodity Markets, FAO, 2004.

Seite 124/125

1		2

1: Forbes, 2005.
2: Conjonctures, service des études économiques de BNP Paribas, Januar/Februar 2005.

Seite 126/127

		2
1		3

1: UN, September 2005. 2: Global Water Supply and Sanitation Assessment 2000 Report, WHO. • Unicef, 2000. 3: IISS. • Oxfam. • amnesty international. • DAC/OECD. • African Development Bank (ADB). • Worldwatch Institute.

Seite 128/129

		3
1	2	4
		5

1, 2: U. S. Patent and Trademark Office, 2004. 3: Online Computer Library Center (www.oclc.org), 2004. 4, 5: The Economist, 22. 10. 2005.

Seite 130/131

		3
1		4
2		

1: Unesco, Education for All – Global Monitoring Report, 2006. 2: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung, 2005. Unesco, Online-Daten, 2006. 3: Unesco, 2005. 4: Unesco, 2006.

Seite 132/133

		3
1		
2		

1: Daniel Verger, »Bas revenus, consommation restreinte ou faible bien-être: les approches de la pauvreté à l'épreuve des comparaisons internationales«, in: Economie et Statistique 383-385, Insee, 2005. 2: U.S. Census Bureau, New York City Department of City Planning, 2000. • US Census Bureau, Population Survey, 2004. 3: Anne-Catherine Guio, »La Privation matérielle dans l'Union européenne«, Eurostat, Dezember 2005.

Seite 134/135

		2
		3
1		

1,2: Le Monde diplomatique. 3: Europäische Kommission, Dritter Zwischenbericht über wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Februar 2004. • Eurostat. • Grenzen der Verwaltungseinheiten nach EuroGeographics.

Seite 136/137

		3
1		
2		4

1: World SIMA Datenbank. • Unicef, 1999. 2: Unctad, World Investment Report, 2005. 3: UN Population Reference Bureau, Datenblatt über die Weltbevölkerung, 2005. 4: UN Population Reference Bureau, 2005.

• WIIW, 2006

Seite 138/139

		2
		3
1		

1: Paivi Haimailainen, Jukka Takala, Kaija Leena Saarela, »Global Estimates of Occupational Accidents«, ILO, März 2005. 2: Eurostat. • The Federation of European Employers (FEE), 2005. 3: Friedrich Schneider, »Size and Measurement of the Informal Economy in Ten Countries Around the World«, OECD, 2002.

Seite 140/141

		2
1		

1: U. S. Census Bureau, 2005.
2: Pensions at a Glance – Public Policies across OECD Countries, OECD, 2005.

Seite 142/143

		2
		3
1		4

1: Barbara Ehrenreich, Arlie Russell Hochschild, »Global Woman. Nannies, Maids and Sex Workers in the New Economy«, Owl Books, 2003. 2: World's Abortion Laws 2005, Center for Reproductive Rights, www.reproductiverights.org. 3, 4: HDR, 2005.

Seite 144/145

		2
		3
1		4

1, 2: Freedom House, 2006 (www.freedomhouse.org). 3: Statistisches Bundesamt Deutschland, 2005 und Wissenschaftszentrum, Berlin

Seite 146/147

		2
		3
1	3	4
		5

1: International Center for Trade Union Rights (ICTUR), 2004. 2: ILO, World Employment Report 1997–98. • Deutscher Gewerkschaftsbund, 2003. 3, 4, 5: International confederation of Free Trade Unions (ICFTU), Annual Survey of Violation of Trade Union Rights, Brüssel, 2005.

Seite 150/151

		3
1		
2		

1: Oil and Gas Journal, 2005. 2: Masahiro Murakami, »Managing Water for Peace in the Middle East: Alternative Strategies«, UN University Press, 1995. 3: »Energy Map of the Middle East and Caspian Sea«, hg. v. Petroleum Economist und Arthur Andersen, 2004. • EIA. • DoD. • Statistical Center of Iran. • UN Satellite Agency (Unosat, www.unosat.web.cern.ch). Atlas des religions, Plon/Mame, 1994. • Mohammad-Ali Amir-Moezzi, Christian Jambet, »Qu'est-ce que le shi'isme?«, Fayard, 2004.

Seite 152/153

		1
--	--	---

1: aus Karten von Mai 2002, August 2004 und September 2005 der Organisation B'Tselem (The Israeli Information Center for Rights in the Occupied Territories).

Seite 154/155

		1
		2

1, 2: G. Blake, J. Dewdney, J. Mitchell, »The Cambridge Atlas of the Middle East and North Africa«, Cambridge University Press, 1987. • Olivier Da Lage, »Géopolitique de l'Arabie saoudite«, Complexe, 1996. • Originalkarten zu den Vertragstexten von Sykes-Picot 1916 und Sévres (1920) sowie Lausanne (1923).

Seite 156/157

		3
1	2	

1: Alain Gresh und Dominique Vidal, »Les Cent Clés du Proche-Orient«, Paris, 2006. • Ramin Seddiq, »Border Disputes on the Arabian Peninsula«, Policywatch 525, The Washington Institute for Near East Policy, 2001. 2: CPDP. • EIA. 3: Hamit Bozarslan, Hosham Dawod, »La Société irakienne: communautés, pouvoirs et violences«, Karthala, 2003. • Hosham Dawod, »Tribus et pouvoirs en terre d'islam«, Paris, 2004.

Seite 158/159

		2
		3
1		

1: Institut kurde de Paris.
2: ebd. • Mehrad R. Izady, Columbia University, New York
3: Jean-François Pérouse, Istanbul, 2000.

Seite 160/161

		3
1	2	

1, 2: Sipri Yearbook 2005, Oxford University Press, 2005. 3: Geological Survey of Pakistan (GSP). • Country Analysis Briefings (CAB), EIA. • Joseph Cirincione, Jon Wolfsthal, Miriam Rajkumar, »Deadly Arsenals: Nuclear, Biological, and Chemical Threats«, CEIP, 2005. • Asia Pacific Energy Map et Energy Map of India, Petroleum Economist, 2002. • Indian Ministry of Petroleum & Natural Gas. • NTI, 2006. • FAS. • Center for Non Proliferation Studies, Monterey Institute of International Studies.

Seite 162/163

		2
1		

1: UNDCP. 2: Olivier Roy, CNRS. • Vartan Gregorian, »The Emergence of Modern Afghanistan«, Stanford University Press, 1969. • Afghanistan Opium Survey, November 2005. • Opium Rapid Assessment Survey Afghanistan, März 2005. • DoD. • Ministry of Counter Narcotics, Afghanistan, 2005.

Seite 164/165

		2
1		

1: nach einer Karte von Cécile Marin, in: Yves Plasseraud (Hg.), Atlas des minorités, Autrement, 2005. • Ethnographisches Institut, Moskau, 1995. 2: OCHA, 2005. • Memorial (Moskau).

Seite 166/167

		2
1		

1, 2: Le Monde diplomatique.

Seite 168/169

		2
		3
1		

1: Daten und Karte von Jean Radvanyi (Inalco) und Nicolas Beroutchavhili (Universität Tiflis). • Nationale Volkszählungen 2: Stephen Blank, »Central Asia's energy game intensifies«, EurasiaNet, September 2005. EIA. • Sylvaine Pasquier, »Pressions sur l'or noir«, L'Express, 1. 8. 2005. Interstate Oil and Gas Transport to Europe (Inogate). • Energy Map of the Middle East and Caspian Sea Areas, Petroleum Economist, 2003. • IEA. • Jean Radvanyi (Inalco) und Philippe Rekeawicz (Unep/Grid-Arendal), in: Environment and Security. Transforming Risks Into Cooperation. The Case of the Southern Caucasus, Unep/OSZE/UNDP, 2004

Seite 170/171

		3
1	2	4

1, 2: Nationales statistisches Büro der Republik Moldawien. • Sebök László, »Nationality map of east central and southern Europe 1989–1992«, Teledi László Foundation, Institute for Central European Studies.
3: Aldo Dami, »Les Frontières européennes de 1900 à 1975, histoire territoriale de l'Europe«, Georg éditeur, 1976. • Michael L. Haxton, Anne Pitsch, Deepa Khosla, »Gagauz in the Republic of Moldova«, Center for International Development and Conflict Management, University of Maryland, 1995 und 2000. • Radio Free Europe/Radio Liberty, »Newline Southeastern Europe«, Prag, August u. Dezember 2001. • Stephen R. Bowers, Marion T. Doss Jr, Valeria Ciobanu, »Gagauzia and Transnistria: The Moldovan Confederation Conundrum«, William R. Nelson Institute for Public Affairs, 2000. • Virginie Pál Kolsto, »Moldova and the Dniester Republic«, International Peace Research Institute (PRIO), 1997. 4: Online-Daten der Weltbank, 2005

Seite 172/173

		3
1	2	

1, 2: UNHCR. 3: Statistical Guide, Elections 2000, Statistisches Büro der Republik Jugoslawien. • European Council, Advisory committee of the Framework Convention for the Protection of National Minorities, Länderberichte. • Büro des Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen in Bosnien-Herzegowina. • Karte der ethnischen Struktur der jugoslawischen Bevölkerung, Geografische Fakultät, Universität Belgrad. • Ninth Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, 2002, OSZE/UNHCR. • Update on the Situation of Roma, Ashkaelia, Egyptian, Bosniak and Gorani in Kosovo, 2003, OSZE/UNHCR.

Seite 174/175

		3
1	2	

1: UNHCR.
2, 3: Le Monde diplomatique

Seite 176/177

		2
1		3

2: George Karouzis, »Proposals for a Solution to the Cyprus Problem«, Cosmos Press, 1976, und The Economist, 8. 3. 1975. • Marie-Pierre Richarte, »La Partition de Chypre: étude géopolitique en Méditerranée orientale«, Doktorarbeit an der Universität Paris-IV, 1995. 3: The Military Balance 2005–2006, IISS. • Statistical Service of the Republic of Cyprus.

Seite 178/179

		3
1		
2		

1: Unctad, Online-Daten, 2005.
3: Jean-François Troin, »Le Maghreb: hommes et espaces, Armand Colin«, 1985. • Marc Bonnefous, »Le Maghreb: repères et rappels«, Centre des hautes études sur l'Afrique et l'Asie modernes (CHEAM), 1998. • »L'Etat du Maghreb«, La Découverte, 1991. • Statistische Jahrbücher von Marokko und Tunesien

Seite 180/181

		3
1	2	

1, 2: Refugee Survey 2004, 2005, U.S. Committee for Refugees and Immigrants (USCRI). • UNDP. • Ministère français des affaires étrangères. • Ministère français de la défense. • Rotes Kreuz. • Norwegian Refugee Council, Genf. • OCHA.

Seite 182/183

	2
1	

1: Institute for Environmental Security, Den Haag, 2004. • Karte von Diana Rizzolio (Unep/ Grid-Europe) und Philippe Rekacewicz. **2:** HRW, The Curse of Gold, 2005. • UN Mission in the Democratic Republic of Congo (Monuc). **3:** Colette Braeckman, Le Soir. • Atlas du continent africain, groupe Jeune Afrique et éd. du Jaguar, 2000. • UN.

Seite 184/185

	2
1	3 4

1: Eritrea-Ethiopia Boundary Commission, Permanent Court of Arbitration, Den Haag, 2005. • International Boundaries Research Unit (IBRU), University of Durham. • UN. **2:** Energieministerium, Sudan. • WFP. • UNHCR. • Unicef. • U.S. Agency for International Development (USAid). • The Military Balance 2005–2006, IISS. • USGS. **4:** Internal Displacement Monitoring Center (IDMC). • WFP. • Unep.

Seite 186/187

	2
1	3

1: UNDCP, 2005. • Médecins sans frontières. **2:** FAS. • Transnational Institute Briefing Series, 2003. **3:** Le Monde diplomatique.

Seite 188/189

	2
1	

1: Le Monde diplomatique. **2:** UN.

Seite 192/193

	2 3
1	

1, 3: Paul Bairoch: »Victoires et déboires. Histoire économique et sociale du monde du XVIIe siècle à nos jours«, Bd. 2, Gallimard, Paris, 1997. **2:** Online-Daten der Weltbank.

Seite 194/195

	2 3
1	

1: Atlas der Volksrepublik China, Ausgabe 2004. • Marianne Bastid, »L'Evolution de la société chinoise à la fin de la dynastie des Qing, 1873–1911«, Cahiers du Centre Chine 1, CNRS-EHESS, 1979. • Jean Chesneaux, Marianne Bastid, »La Chine – Des guerres de l'opium à la guerre franco-chinoise (1840–1885)«, Hatier, 1974. **2, 3:** Le Monde diplomatique.

Seite 196/197

	2
1	3 4 5

1: Online-Daten der WTO, Dezember 2005. **2:** The Economist, 19. 11. 2005. • China Statistical Yearbook 2005, China Statistics Press. • Asian Development Bank (ADB). **3:** ADB. • Weltbank. **4:** World Investment Report, Unctad. • Weltbank, 2005. **5:** »Chine. Atelier du monde, marché pour l'Europe«, La Lettre du CEPII 245, Mai 2005.

Seite 198/199

1	3
2	4 5

1: Le Monde diplomatique. **2, 3, 5:** China Statistical Yearbook 2005. **4:** International Disaster Database, www.em-dat.net, Université catholique de Louvain, Belgien.

Seite 200/201

	1
	2

1, 2: China Statistical Yearbook 2005. • State Environmental Protection Administration of China (SEPA). • Journal of Arid Environment, 2003, 2004. Frédéric Lasserre, Université de Laval, Québec. • Pierre Haski, Libération, 2004, 2005. • China Daily, 2004, 2005. • Atlas of Remote Sensing Investigation on Eco-Environment in Western China, SEPA, Science Press, 2002. • Andreas Richter u.a., »Increase in tropospheric nitrogen dioxide over China observed from space«, in: Nature 437, 1. 9. 2005. • Online-Daten der Weltbank, 2005. • UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). • IEA. • EEA

Seite 202/203

	1

1: Le Monde diplomatique.

Seite 204/205

1	3
2	

1: Online-Daten der Weltbank, 2005. **2, 3:** Le Monde diplomatique

Seite 206/207

	2
1	3 4

1: Frédéric Landy, »L'Union indienne«, Ed. du Temps, 2002. • Volkszählung, 2001, • Unep. **2:** Volkszählung, 2001. **3:** D. Wilson und R. Purushotaman (2003), in: Sophie Chauvin, Françoise Lemoine, »L'Economie indienne: changements structurels et perspectives à long terme«, Arbeitspapier n° 2005-04, April 2005. **4:** CEPII, Daten: Chelem.

Seite 208/209

	2
1	3

1: Le Monde diplomatique. **2:** H. V. Hodson, »The Great Divide: Britain-India-Pakistan«, Hutchinson, 1969, Nachdruck Oxford, 2001. • Percival Spear, »A History of India«, Penguin Books, 1970. • Prem Shankar Jha, »Kashmir, 1947: Rival Versions of History«, Oxford, 1996. • R. P. Masani, »Britain in India«, Oxford University Press, 1960. • Nirad C. Chaudhuri, »Thy Hand, Great Anarch! India: 1921–1952«, Chatto and Windus, 1987. **3:** Le Monde diplomatique.

Seite 210/211

	2 3
1	

1, 2, 3: Eric Meyer, »Sri Lanka, entre particularisme et mondialisation.« Sammlung »Asie plurielle«, La Documentation française, 2001. • »Climate Prediction and Application for Sri Lanka«, International Research Institute for Climate Prediction at the Earth Institute, Columbia University. • Department of Census and Statistics, Sri Lanka. • »Fiche de synthèse Sri Lanka Oktober 2005«, Direction générale du Trésor et de la politique économique (DGTPPE) und Direction des relations économiques extérieures (DREE), Französisches Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie, Paris. Chris Smith, »In the Shadow of a Cease-Fire: The Impacts of Small Arms Availability and Misuse in Sri Lanka«, Occasional Paper no. 11, Small Arms Survey, Oktober 2003. • MapAction (www.mapaction.org). • UNDP Mine Action (www.undp.org/bcpr/mineaction/index.htm). • UNHCR, März 2005. • IDP Survey 2002, 2004 Puttalam Survey, IDP Return Movements, Ministry of Social Welfare and Government of Sri Lanka.

Seite 212/213

	5
1 2	3 4 6

1: Französische Botschaft in Japan. **2:** Bank of Japan. **3:** Weltbank, 2005. **4:** Statistics Bureau, Ministry of Internal Affairs and Communications, Tokio. **5:** »Japanese Trade in 2004«, Economic Research Department, Jetro, 2005. **6:** Population Projection for Japan, National Institute of Population and Social Security Research, März 2002.

Seite 214/215

	2
1	

1, 2: Le Monde diplomatique.

Seite 216/217

	2 3
1	4 5

1: Jetro. • Monthly Finance Review, Policy Research Institute, Ministry of Finance, Tokio. • Bank of Japan. **2:** Jahresberichte multinationaler Konzerne. **3:** Jetro Annual Report 2002, Ministry of Finance, Februar 2003. **4:** Weltbank. • IWF. • Unctad. • U. S. Department of Commerce. • Ministry of Commerce, Industry and Enterprise, Tokio. **5:** »Statistics on Japan: Nationals Overseas«, Consular and Migration Policy Division, Ministry of Foreign Affairs, Tokio, April 2005

Seite 218/219

	2
1	3

1: The Production Estimates and Crop Assessment Division (Pecad) of the Foreign Agricultural Service, USDA. • OCHA. • Reliefweb (www.reliefweb.int/w/rwb.nsf) • WFP, 2002. • The Military Balance 2005–2006, IISS. • Rodney W. Jones, Mark G. McDonough, »Tracking Nuclear Proliferation: A Guide in Maps and Charts«, CEIP, 1998. **2:** Stephan Haggard, Marcus Noland, »Hunger and Rights: The Politics of Famine in North Korea«, U.S. Committee for Rights in North Korea (HRNK). • USDA. • WFP. **3:** USDA.

Seite 220/221

	2 3
1	4

1: Weltbank. • ADB. **2, 4:** Asean, Finance and Macroeconomic Surveillance Unit (FMSU) Database. **3:** Weltbank. • Unep. • Statistische Ämter und Volkszählungsbehörden. • Geohive Global Statistics (www.geohive.com).

Seite 222/223

	2
1	3

1: National Socio-Economic Survey, Module Consumption, Badan Pusat Statistik (BPS – Statistics Indonesia), 2002. **2:** USCRI. • WFP. • Global Internally Displaced People Project, Norwegian Refugee Council, Genf. • USGS. • ReliefWeb. • OCHA. • Datensammlung zu den Konflikten von Philippe Rekacewicz. **3:** Wirtschaftsdaten zu Indonesien, Französisches Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie (Minefi, Paris), Mai 2005

Seite 224/225

	2
1	

1: Stéphane Dovert, Rémy Madinier, »Les Musulmans d'Asie du Sud-Est face au vertige de la radicalisation«, Les Indes savantes, Paris, 2003. **2:** Jan Lahmeyer, Population statistics (Populstats), Universität Utrecht (www.library.uu.nl/wesp/populstat/populhome.html). • Nationale Statistiken. • Geohive. • »East Timor, International Religious Freedom Report 2004«, Bureau of Democracy, Rights and Labor, US Department of State (www.state.gov/g/drl/rls/irf/2004/35397.htm)